PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Forschungsministerin eröffnet UN-Dekade in Deutschland

Die Vereinten Nationen (UN) haben dieses Jahrzehnt von 2021 bis 2030 zur Internationalen Dekade der Ozeanforschung für nachhaltige Entwicklung (*Decade of Ocean Science for Sustainable Development*) ausgerufen. Zum Start der Dekade in Deutschland fand am 1. Juni 2021 ein internationaler High-Level-Auftakt statt.

Unter dem Motto „Creating the Ocean we want“ hatte die deutsche Forschungsministerin Anja Karliczek zum virtuellen Auftakt der Dekade eingeladen.

Mit der „*First International Ocean Decade Conference*“ feierten das Bundesministerium für Bildung und Forschung und die Zwischenstaatliche Ozeanografische Kommission der UNESCO (IOC) den Start der UN-Ozeandekade. Die prominent besetzte Online-Veranstaltung lud gemeinsam mit nationalen, europäischen und internationalen Politiker*innen, Wissenschaftler*innen sowie Leiter*innen von UN-Organisationen die Akteure aus der ganzen Welt zu einem historischen Jahrzehnt der Ozeanforschung ein.

Der High-Level-Auftakt markierte zudem den Start einer begleitenden Konferenzreihe. Sieben virtuelle so genannte *Laboratorien* („Decade Laboratories“), die sich an den Zielen der Ozeandekade orientieren, führen ab dem Sommer 2021 über ein Jahr hinweg das Momentum der High-Level-Konferenz fort. Ziel ist es, drängende Forschungsfragen zu diskutieren sowie Partnerschaften und Dialoge zur Umsetzung des Implementationsplans der Ozeandekade anzuregen.

Mit einem internationalen Call werden Forschende und marine Stakeholder weltweit eingeladen, die interaktiven *Laboratorien* virtuell zu bereichern. Hier kann man sich den Aufruf zum Mitmachen anschauen: <https://www.oceandecade->

conference.com/en/call-for-proposals.php

Info: Die UN-Dekade hat das Ziel, die zentrale Rolle des Ozeans für unser Ökosystem Erde und unser Leben stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken. Konkret sollen internationale Partnerschaften zur Erreichung der Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen gebildet und gestärkt werden. Insbesondere das Nachhaltigkeitsziel 14 „Leben unter Wasser“ - Bewahrung und nachhaltige Nutzung der Ozeane, Meere und Meeresressourcen - steht dabei im Vordergrund. Die Dekade steht unter dem Motto: „*The science we need for the ocean we want*“.

(<https://www.oceandecade.org/>,
<https://www.bmbf.de/de/karliczek-eroeffnet-high-level-konferenz-der-un-ozeandekade-14319.html>)

Handbuch zur Kinder-gesundheit veröffentlicht

Die Abteilung *Public Health Division* innerhalb der *Pacific Community* (SPC) hat Anfang Mai ein Handbuch für medizinische Fachkräfte und Ausbilder*innen herausgegeben: Die „*Pacific guidelines for healthy infants and children under five years of age*“ richten sich an Gesundheitsfachkräfte und Pädagogen, um eine standardisierte und qualitativ hochwertige Ernährungsversorgung zu bieten, die sich an internationalen Richtlinien orientiert und gleichzeitig für den pazifischen Kontext geeignet ist, um die Kapazitäten der pazifischen Inselstaaten zur Erreichung der globalen Ernährungsziele zu stärken.

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Zahl der übergewichtigen Kinder weltweit verdreifacht, so dass heute insgesamt 340 Millionen Kinder und Jugendliche übergewichtig oder fettleibig sind. In einigen pazifischen Inselstaaten gelten 30 % der Kinder als adipös und 50 % als übergewichtig. Eine gute Ernährung ist das A und O, um Kleinkinder vor dem zu bewahren, was als "dreifache Last der Mangelernährung" bekannt ist: Übergewicht/Adipositas, Unterernährung und Mikronährstoffmangel. Hier setzt das Handbuch mit Ratschlägen und Praxisbeispielen

an.

Die ersten Jahre bis zum fünften Lebensjahr sind ein kritischer Zeitraum, in dem eine optimale Ernährung sichergestellt werden muss, um eine Grundlage für lebenslange gute Gesundheit und Entwicklung zu schaffen und das Risiko von nicht übertragbaren Krankheiten im späteren Leben zu verringern.

Info: Die pazifischen Richtlinien für gesunde Säuglinge und Kinder unter fünf Jahren sind erhältlich unter: <http://purl.org/spc/digilib/doc/m8gmg>

(Pressemitteilung SPC Media 06.05.21)

PNA weht Verwaltung in Majuro ein

Die PNA (*Parties to the Nauru Agreement*) hat am 22. April 2021 ein modernes, vierstöckiges Bürogebäude in Uliga in Betrieb genommen. Uliga ist ein Motu im Osten des Majuro-Atolls der Marshall-Inseln. Bereits seit 2020 befindet sich die Verwaltung der PNA auf den Marshall-Inseln, nun wurde ein moderneres und größeres Bürogebäude eingeweiht.

Pandemiebedingt fand die Einweihung des Gebäudes im kleinen Rahmen im Konferenzraum der neuen PNA-Zentrale statt.

PNA-Geschäftsführer Ludwig Kumoru sagte bei der Einweihung, man werde nach Ende der Einreisebestimmungen für die Marshall-Inseln Vertreter*innen aller Mitgliedsstaaten der PNA zu einem großen Fest nach Majuro einladen.

In dem Verwaltungsgebäude sollen neben der Buchhaltung auch die Abteilungen für das *Vessel Day Scheme* (ein System, bei dem eine bestimmte Anzahl von Fangtagen an die meistbietenden Fischereibetriebe verkauft und gehandelt wird) sowie für die Informationsbearbeitung der Fischerei-Daten aus allen PNA-Ländern untergebracht werden.

Info: Das *Nauru Agreement* ist ein Abkommen über die Fischerei im nördlichen und westlichen Pazifik. Es wurde am 11. Februar 1982 in Nauru unterzeichnet. Vertragsparteien sind die Föderierten Staaten

von Mikronesien, Kiribati, die Marshall-Inseln, Nauru, Palau, Papua-Neuguinea, die Salomonen und Tuvalu. Es gilt in den ausschließlichen Wirtschaftszonen dieser Inselstaaten. Das Gebiet umfasst etwa 14,8 Millionen Quadratkilometer.

Gegenstand des Abkommens ist die Ringwadenfischerei nach Thunfischen, insbesondere dem Echten Bonito und dem Gelbflossen-Thun. In den Gewässern der Vertragsstaaten sind etwa 50 % des globalen Aufkommens an Echtem Bonito beheimatet.

Die PNA hat sich auf verschiedene Schutzmaßnahmen geeinigt. Dazu zählen u.a. die Sperrung der Hochseefischerei, die Kontrolle von Fischsammelgeräten (Fish Aggregating Devices, FADs), der Schutz von Walhaien sowie das Verbot des Jagens nach Delfinen in ihren Gewässern. (<https://www.ffa.int/node/326>, <https://www.pnatuna.com/>, Marshall Islands Journal 14.05.21)

Gemüse kann auch im Winter angebaut werden

Neue Forschungsergebnisse aus dem *College of New Caledonia* (Neukaledonien) zeigen, dass Gemüse wie Salat und grüne Zwiebeln erfolgreich in Gewächshäusern während der Wintermonate angebaut werden können.

Biologie-Dozentin Jennifer Catherall erklärte, man habe zwei Versuchsprojekte durchgeführt, eines in Prince George und eines in Quesnel. Dazu wurden verschiedene Kombinationen von Behandlungen durchgeführt, wie z. B. die Hinzufügung von kostengünstiger LED-Beleuchtung sowie die Hinzufügung einer zweiten Abdeckung oder Kuppeln („Minidomes“) über den Pflanzen.

Die LED-Beleuchtung hatte den größten Einfluss auf das Wachstum im Vergleich zu Pflanzen, die nur natürliches Licht hatten.

Die Installation der LED-Beleuchtung ermöglichte es den Studiendurchführenden Salat und grüne Zwiebeln bis weit in den Dezember hinein in reifer Größe zu ernten. Die Kuppeln über den Ge-

wächshäusern hatten jedoch keinen Einfluss auf das Wachstum des Gemüses.

Catherall erklärte, ihrer Einschätzung nach seien asiatische Gemüsesorten wie Pakchoi und Bokcho besonders geeignet zum Anbau in Gewächshäusern.

Sie könne sich vorstellen, dass auch in anderen Pazifikstaaten Pflanzversuche in Gewächshäusern gemacht werden. Das würde Einkommensmöglichkeiten vor allem für Frauen schaffen. Sie könnten dann ihre Früchte auch in der kalten Saison auf Winter-Bauernmärkten verkaufen und ein Einkommen erwirtschaften.

Catherall sagte: *„Mit dem Klimawandel werden wir möglicherweise mit heißeren Sommern und milderen Wintern konfrontiert. Diese Studie bietet Möglichkeiten, den Anbau von Nutzpflanzen in der kühlen Jahreszeit später im Jahr fortzusetzen. Dies erhöht die Nahrungsmittelsicherheit für die Region, da kleine Landwirte auch außerhalb der Saison weiter produzieren.“* (*Horti daily* 19.04.21, <https://cnc.bc.ca/news/detail/2021/04/16/cnc-research-aims-to-extend-northern-growing-seasons>)

Ministerialverordnung schränkt Internetfreiheit in Indonesien ein

Indigene Papuas erleben seit einigen Wochen massive Einschränkungen in der Ausübung ihrer Meinungsfreiheit. Öffentliche Versammlungen und Kundgebungen werden unter Einsatz der Sicherheitskräfte (zum Teil gewaltsam) aufgelöst, weshalb besonders in Zeiten der Corona-Pandemie das Internet vermehrt an Bedeutung für den Austausch gewann. Viele Papuas nutzen soziale Medien und Nachrichtendienste, um sich und andere über den anhaltenden bewaffneten Konflikt in Westpapua zu informieren und sind daher auf die Internetfreiheit angewiesen.

Diese Internetfreiheit steht mit der neuen Verordnung der indonesischen Regierung auf dem Spiel. Bereits im November 2020 trat diese sogenannte *„Ministerialverordnung 5“* (MR5) in Kraft. Die darin

enthaltenen Pläne können sich besonders auf die indonesische Berichterstattung aus und über Westpapua auswirken.

Die MR5 verlangt von allen privaten digitalen Diensten und Plattformen, sich beim *Ministerium für Kommunikation und Informationstechnologie* zu registrieren und sich zu verpflichten, den Zugang zu ihren Systemen und Daten wie in der Verordnung festgelegt zu ermöglichen. MR5 regelt alle privaten *„Betreiber elektronischer Systeme“*, die in Indonesien zugänglich sind, um soziale Medien und andere Plattformen zum Austausch von Inhalten, digitale Marktplätze, Suchmaschinen, Finanzdienstleistungen, Datenverarbeitungsdienste und Kommunikationsdienste, die Messaging oder Videoanrufe und Spiele anbieten, einzuschließen. Die neue Verordnung betrifft nationale und regionale digitale Dienste und Plattformen, aber auch multinationale Unternehmen wie Google, Facebook, Twitter und TikTok.

Diese Unternehmen müssen *„sicherstellen“*, dass ihre Plattform keine *„verbotenen Inhalte“* enthält oder deren Verbreitung erleichtert, was bedeutet, dass sie verpflichtet sind, Inhalte zu überwachen. Ein Versäumnis kann zur Sperrung der gesamten Plattform führen. Die Anforderung der Verordnung an Unternehmen, Inhalte proaktiv zu überwachen oder zu filtern, ist sowohl mit dem Recht auf Privatsphäre unvereinbar als auch geeignet, eine Zensur zu bewirken, so *Human Rights Watch*.

„Die Ministerialverordnung 5 ist ein Instrument der Zensur, das den vielen digitalen Diensten und Plattformen, die in Indonesien genutzt werden, unrealistische Lasten auferlegt“, sagte Linda Lakhdhir, Rechtsberaterin für Asien bei *Human Rights Watch*. *„Es birgt ernsthafte Risiken für die Privatsphäre, die Meinungsfreiheit und den Zugang zu Informationen der indonesischen Internetnutzer.“*

Die Definition von verbotenen Inhalten in der Verordnung ist extrem weit gefasst und umfasst nicht nur Inhalte, die gegen die ohnehin schon sehr weit gefassten indonesischen Gesetze zur Einschränkung

der Meinungsäußerung verstoßen, sondern auch Material, das "öffentliche Unruhen oder öffentliche Unordnung verursacht" oder Informationen darüber, wie man Zugang zu verbotenem Material erhält.

Bei "dringenden" Anfragen verlangt die Verordnung, dass das Unternehmen den Inhalt innerhalb von vier Stunden herunternimmt. Für alle anderen verbotenen Inhalte müssen sie dies innerhalb von 24 Stunden nach der Benachrichtigung durch das Ministerium tun. Wenn sie dies nicht tun, können die Regulierungsbehörden den Dienst sperren oder, im Falle von Diensteanbietern, die nutzergenerierte Inhalte ermöglichen, erhebliche Geldstrafen verhängen.

Die für die Reaktion vorgesehene Zeit sei unrealistisch kurz, so *Human Rights Watch* - insbesondere für Unternehmen, die in mehreren Zeitzonen arbeiten. Unangemessen kurze Zeiträume für die Entfernung von Inhalten würden höchstwahrscheinlich dazu führen, dass Dienstleister präventiv Inhalte entfernen, um die Einhaltung der Vorschriften zu gewährleisten. Sie könnten kleinere Anbieter zur Schließung zwingen, die nicht über ausreichendes Personal verfügen, um auf solche Anfragen zu reagieren, so *Human Rights Watch*.

Die Verordnung scheint weder für das Unternehmen noch für die Person, die den Inhalt gepostet hat, einen Mechanismus vorzusehen, um die Anordnung des Ministeriums anzufechten, entweder bevor oder nachdem der Inhalt entfernt wurde. Das Fehlen von Verfahrensgarantien und von Möglichkeiten, gegen Entscheidungen Einspruch zu erheben, vergrößere laut *Humans Rights Watch* und anderen NGOs nur das Risiko, dass die Regulierungsbehörden die Bestimmungen zur Entfernung von Inhalten missbrauchen.

Gemäß der Verordnung müssen Unternehmen auch Zugang zu ihren "Systemen" und "Daten" für "Überwachungszwecke" gewähren, wenn die Behörden dies verlangen. Außerdem müssen Unternehmen den Strafverfolgungsbehörden den Zugriff auf elektronische Daten für strafrechtliche Ermittlungen bei

Straftaten ermöglichen, die mit einer Strafe von mindestens zwei Jahren Gefängnis bedroht sind.

Um Zugangsfragen zu erleichtern, verlangt die Verordnung von jedem Unternehmen, eine lokale Kontaktperson zu benennen, die solche Anfragen entgegennimmt und bearbeitet. Ein Unternehmen, das es versäumt, Aufsichtsbehörden und Strafverfolgungsbehörden Zugang zu gewähren, muss mit Strafen rechnen, die von einer schriftlichen Verwarnung bis zum Entzug der Registrierung reichen. *Human Rights Watch* fürchtet, dass die Anforderung, eine lokale Kontaktperson in Indonesien zu benennen, Unternehmen viel anfälliger für den Druck machen werde, überzogenen Aufforderungen zur Entfernung von Inhalten nachzukommen, und unweigerlich zu einer Zunahme von unnötiger Zensur führe und die Privatsphäre der Menschen und ihr Recht auf Zugang zu Informationen gefährde.

„MR5 ist eine Menschenrechtskatastrophe, die die Meinungsfreiheit in Indonesien zerstören wird, und sollte in seiner derzeitigen Form nicht angewendet werden“, sagte Lakhdhir. *„Die indonesische Regierung sollte die Verordnung sofort aussetzen und einen Konsultationsprozess mit Interessenvertretern und zivilgesellschaftlichen Gruppen einleiten, basierend auf der Prämisse, dass jede neue oder überarbeitete Verordnung mit internationalen Standards für Datenschutz und freie Meinungsäußerung übereinstimmen muss.“*

(Westpapua-Netzwerk online 10.06.21, <https://freedomhouse.org/report/freedom-net/2020/pandemics-digital-shadow>, <https://www.hrw.org/news/2021/05/21/indonesia-suspend-revise-new-internet-regulation>)

Microsoft soll Sprache Ebon aufnehmen

Coby Culbertson, Technologievorstand für die Schulen im Dubuque Schulbezirk im US-amerikanischen Bundesstaat Iowa, in der eine große Gruppe Marshallesischsprachiger Einwohner*innen lebt, hat eine Initiative zur Aufnahme von Ebon (Sprache auf den Marshall-Inseln) in die Übersetzerfunktion von *Microsoft* gestartet.

Seit 1992 habe sich eine große Gemeinde von Marshallesisch-Sprechenden im Bezirk Dubuque angesiedelt und die Sprachbarriere vor allem für ältere Einwanderer*innen sei immer noch sehr hoch, erklärte Culbertson. Viele Menschen müssten Englischkurse an Volkshochschulen belegen, um die Kriterien für einen dauerhaften Aufenthalt in den USA nachweisen zu können. Die Möglichkeit, Schul- und Arbeitsmaterialien via der Übersetzer-Funktion des internationalen Technologieunternehmens *Microsoft* in die Ebon-Sprache automatisch übersetzen zu lassen, wäre eine große Erleichterung für den Alltag der marshallesischen *Community*, sagte Culbertson.

Seine Initiative stieß nicht nur in Dubuque auf Begeisterung. Weltweit kommentierten Ebon-Sprachige in den Sozialen Medien die Idee und beglückwünschten Ebon zu seinem Vorstoß. Culbertson rechnet sich jedoch nicht wirklich eine Chance aus, dass *Microsoft* künftig auch eine Übersetzerfunktion für Ebon anbieten wird. Dies sei abhängig von der Anzahl der Sprechenden und bekanntermaßen sei Ebon weltweit betrachtet eher eine „Nischensprache“. Immerhin böte *Microsoft* jedoch bereits Übersetzungen in die pazifischen Sprachen Samoanisch, Tahitisch, Tongaisch und Fidschianisch an.

Info: Die marshallische Sprache Ebon ist die malayo-polynesische Nationalsprache der Marshall-Inseln. Es gibt zwei Dialekte: Ralik und Ratak.

Hier kann man direkt an den Hard- und Softwareentwickler *Microsoft* schreiben und sich dafür einsetzen, dass eine Übersetzerfunktion in Ebon angeboten wird:

<https://www.dbqschools.org/2021/03/vote-to-add-the-marshallese-language-to-microsoft-translator/>

(Marshall Islands Journal 26.03.21, <https://www.facebook.com/dbqschools/posts/3687758551352961>)

Marshall-Inseln treten Formosa-Club bei

Um seine Beziehungen in den Pazifik in den Bereichen Gesundheit, Tourismus und Kunst und Kultur zu vertiefen, hat Taiwan den regionalen *Indo-Pacific Formosa-Club* gegründet und die Marshall-Inseln Anfang Mai aufgenommen. Die feierliche Zeremonie fand auf Einladung der taiwanesischen Botschaft im Konferenzzentrum des *Marshall Islands Resort* statt im Beisein fast des gesamten Kabinetts der Inseln. Parlamentssprecher Kenneth Kedi und Präsident David Kabua gratulierten unisono Taiwan zur Gründung der neuen regionalen Abteilung der Interessensgemeinschaft.

Der taiwanische Botschafter für die Marshall-Inseln, Jeffrey Hsiao, bedankte sich bei den anwesenden 33 Senatoren, die einstimmig die Resolution No 42 verabschiedet hatten, in der es um den Beitritt der Marshall-Inseln zum Club ging. Botschafter Hsiao betonte, er erhoffe sich Unterstützung bei der Bewerbung Taiwans um eine Vollmitgliedschaft bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO).

Außenminister Carsten Nemra versprach, die Marshall-Inseln würden sich dafür einsetzen, dass Taiwan einen Sitz in der Generalversammlung der Vereinten Nationen erhält.

Info: Die regionale Abteilung des Formosa-Clubs ist eine länderübergreifende interparlamentarische Plattform, der fast 250 Abgeordnete aus 15 Ländern des Indo-Pazifiks angehören, die gemeinsame Werte wie Demokratie, Menschenrechte, Freiheit sowie die Aufrechterhaltung von Recht und Gesetz vertreten. Der Club wurde im Oktober 2019 gegründet. Ziel des Clubs ist es, Taiwan eine Stimme auf internationaler Ebene zu verleihen und das Land bei seinen Bemühungen zu unterstützen, als eigenständiger Staat anerkannt und in die Vereinten Nationen und deren diverse Gremien aufgenommen zu werden. Bisher gibt es regionale Ableger des Clubs in Europa (u.a. in Deutschland, Frankreich und Großbritannien), Lateinamerika, Afrika und im westlichen Asien.

Zuletzt hatte der Formosa Club an die WHO geschrieben und seine tiefe Besorgnis über Taiwans Nichtbeteiligung in dieser Sonderbehörde der Vereinten Nationen zum Ausdruck gebracht. Das Schreiben war von 1.000 Abgeordneten des Europaparlaments und nationalen Volksvertretungen in ganz Europa unterzeichnet worden. (*Taiwan Heute* 11.06.21, *Marshall Islands Journal* 07.05.21, https://www.taiwanembassy.org/be_en/post/7009.html, *Twitter Account des Clubs*)

Dichter aus Guam gewinnt Buchpreis

Der gebürtige Chamorro Craig Santos Perez aus Guam hat die Goldmedaille des *Nautilus Book Award* für sein 2020 erschienen Buch *„Habitat Treshold“* bekommen. Der Dichter erhielt die Buchauszeichnung für seine Beschreibungen der drastischen Klimawandelfolgen für den Pazifik und seine Bemühungen, ein nachhaltigeres Leben zu skizzieren. In dem Buch schildert Perez die Auswirkungen der Erderwärmung auf Guam und Hawai'i. Er sagt über sein Werk: *„Ich stelle auch planetarische Verbindungen her, um zu zeigen, wie alles miteinander verbunden ist. Das ist es, was ein ökologisches Bewusstsein ausmacht: die Verbundenheit zwischen Mensch und Natur, Mensch und anderen Arten, dem Lokalen und dem Globalen zu sehen.“*

Dr. Craig Santos Perez ist gebürtiger Chamorro. Er wurde in Mongmong-Toto-Maite auf Guam geboren. Er hat sich weltweit als Dichter, Essayist, Herausgeber und Aktivist einen Namen gemacht und schreibt und performt zu den Themen Umwelt, Klima und Kolonialismus. Perez unterrichtet als Professor für kreatives Schreiben, pazifische Literatur und „Environmental Poetry“ an der University of Hawai'i in Manoa. Er ist verheiratet und hat eine Tochter.

Info: Der amerikanische Nautilus-Preis würdigt veröffentlichte Arbeiten zum Thema Umwelt und soziale Gerechtigkeit. Der Preis ist eine jährliche Auszeichnung von Büchern im Genre der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit, der 1998 in den USA gegründet wurde. Der Preis ist mit einer Geldprämie

dotiert und soll Bücher in Kategorien auszeichnen, die *„einen Unterschied machen und inspirieren“*.

Der *Nautilus Award* ist nach der Nautilus-Schale als Symbol für Weisheit und Wachstum benannt. Das Motto des Verlags lautet: *„Better books for a better world.“* (<https://nautilusbookawards.com/>, <http://craigsantosperez.com/>)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Anstieg der Corona- Infektionen

In Papua-Neuguinea steigen die Corona-Infektionszahlen seit einigen Wochen extrem an. Am 21. Juni wurde 16.933 Fälle sowie 173 Todesfälle erfasst. Derzeit werden täglich mehr als 200 Infektionen gemeldet, wobei Experten des *Institute of Medical Research* von einer hohen Dunkelziffer ausgehen. Bisher wurden Infektionen aus 19 der 22 Provinzen gemeldet. Im Rahmen der COVAX-Strategie hat PNG bisher 38.176 Impfdosen für seine rund 7,5 Millionen Einwohner*innen erhalten und verabreicht.

Aufgrund der hohen Infektionsrate hatte Premierminister James Marape bereits Ende April beschlossen, die nächste Parlamentssitzung bis zum 10. August 2021 zu vertagen, nachdem bei einer Reihentestung im Parlament ein Parlamentarier sowie 42 Angestellte positiv getestet worden waren. Kurz vor Bekanntgabe der Vertagung bis in den August verabschiedete das Parlament den *National Energy Act 2020* sowie den *Electricity Amendment Act*. (*Johns Hopkins Corona Map* 21.06.21, *Business Advantage PNG* 26.04.21, *Channel New Asia* 21.04.21)

Rückgang des Tourismus

Der Minister für Tourismus, Kunst und Kultur, Isi Henry Leonard, hat im April die Touristenzahlen für das vergangene Jahr vorgestellt. Auf-

grund der Reisebeschränkungen in Folge der Corona-Pandemie sind 2020 rund 82 % weniger Tourist*innen nach PNG gereist als im Jahr 2019. Die Tourismusbehörde verzeichnete für 2020 nur 39.000 ausländische Besucher*innen (2019: 170.000 Besucher*innen), die aufgrund geschlossener Häfen und ausgesetzter Kreuzfahrten alle per Flugzeug einreisten. Die wenigen Besucher*innen kamen dabei der Reihenfolge nach aus Australien, den Philippinen und China. Von den 39.000 Einreisenden waren nur 3.399 reine Erholungssuchende, alle anderen kamen aus beruflichen Gründen, zu Tagungen und Konferenzen oder zur Teilnahme an professionellen Sport- und Kulturveranstaltungen ins Land.

Die Besucher ließen 156 Millionen Kina (ca. 50 Mio. €) im Land (2019: 715 Millionen Kina). (*PNG Business News* 17.02.21, 23.04.21)

Johanniter halfen Schwesterorganisation

Ein siebenköpfiges medizinisches Team der Johanniter hat im April vier Wochen lang die Schwesterorganisation St. John Ambulance bei der Versorgung von Corona-Patient*innen unterstützt. St John hatte im Auftrag der Regierung das Behelfskrankenhaus „*Florence Nightingale COVID Centre*“ mit 296 Feldbetten in Port Moresby errichtet.

Zu den Aufgaben des Teams unter Leitung von Manfred Emmerling gehörte auch die medizinische Evakuierung aus entlegenen Regionen des Landes per Hubschrauber oder Kleinflugzeug. Außerdem besuchte das Team Gesundheitseinrichtungen („Aid Posts“) in kleinen Dörfern, überbrachte Schutzausrüstung und Desinfektionsmittel und hielt dort Hygieneschulungen. Das deutsche Team bestand aus einem Arzt, zwei Notfallsanitätern, zwei Rettungssassistenten und zwei Krankenschwestern.

Die mitgereisten Notfallsanitäter zeigten sich begeistert vom Engagement einheimischer Krankenschwestern, die ohne Corona-Impfung mit wenig Material unter

schwierigsten Bedingungen um das Leben der Patient*innen kämpften.

Der Einsatz der deutschen Johanniter wurde von der Europäischen Union und *St John International* finanziert.

Info: Die *St John Ambulance Papua-Neuguinea* ist Teil des weltweiten *Order of St John* und seit 1957 als eigenständige Hilfsorganisation im Land registriert. *St John* ist vor allem in den Bereichen Ambulanz, Notfallversorgung und Pre-Hospital-Versorgung aktiv und Teil der landesweiten Flugambulanz. Außerdem bietet die Organisation Erste-Hilfe-Kurse an. *St John Papua-Neuguinea* spielt seit Beginn der COVID-Pandemie eine entscheidende Rolle in der medizinischen Versorgung der Bevölkerung im Auftrag der Regierung. (*www.johanniter.de* 08.04., 05.05.21)

Frauen als „Hexen“ gefoltert

Zwei Frauen sind von rund 20 Männern Ende April in der Hauptstadt Port Moresby gefangen genommen und brutal gefoltert worden. Den Frauen wurde „Hexerei“ vorgeworfen.

Die Tat ereignete sich in der Siedlung 5 Mile. Eines der Opfer konnte den Männern entkommen und von der Polizei aufgegriffen werden. Das zweite Opfer wurde schwer verletzt und gefesselt in einem Garten gefunden. Die Polizei brachte die Verletzten in das General Hospital, wo ihre durch Brenneisen und Schläge hervorgerufenen Verletzungen behandelt wurden. Der Fahrer des Notarzwagens erklärte, man werde auch eine Traumatherapie für die Opfer im Krankenhaus beginnen.

Nach Angaben der Polizei sind die rund 20 Täter namentlich bekannt. Ihnen drohen harte Strafen.

Powes Parkop, Gouverneur des *National Capital District*, äußerte sich entsetzt über die Tat. Es sei höchste Zeit, dass endlich die bereits 2016 beschlossene *National Gender Bases Violence Strategy* in Kraft trete. Diese sei 2016 für einen Zeitraum von zehn Jahren bis 2026

beschlossen worden und noch immer sei nichts geschehen. Hier sei PNG einfach zu langsam in der Umsetzung, beklagte der Gouverneur. (*The Guardian* 27.04.21)

Neue Plantage geplant

Mit einer Investition in Höhe von 1,2 Millionen Kina (ca. 400.000 €) soll in Bogia in der Provinz Madang eine neue Kaffee- und Kakaoplantage angelegt werden.

600.000 Kina dafür kommen vom *PNG Cocoa Board*, die anderen 600.000 Kina von der *Bogia District Development Authority*.

Die Investition ist als Anschubfinanzierung gedacht, wie der geschäftsführende Direktor von *Cocoa Board*, Boto Gaupu, erklärte. In Bogia habe es früher große Plantagen gegeben, die leider seit einigen Jahren brachlägen. Man wolle diese Plantagen wieder in Betrieb nehmen und auch weitere chash crops wie Kaffee anbauen. Die Einnahmen kämen direkt den rund 100.000 Bewohner*innen des Bezirks Bogia zu Gute, sagte Gaupu.

Robert Naguri, das Parlamentsmitglied für den Distrikt, erklärte, man werde bei dem Aufbau neuer Plantagen auch mit lokalen Nichtregierungsorganisationen aus dem Bereich Umweltschutz zusammenarbeiten. (*PNG Business News* 02.06.21)

Kumul erhält Lizenzen für drei Gasfelder

Die nationale Ölgesellschaft von Papua-Neuguinea, *Kumul Petroleum*, hat Retentionslizenzen für drei Gasfunde erhalten, die noch bis Oktober 2020 von der Firma *Oil Search* gehalten wurden.

Laut Kumul umfassen die *Petroleum Retention Licences* (PRL) 48, 49 und 50 die Gasfelder in Kimu, Barikewa und Uramu.

Die Felder Kimu und Barikewa liegen an der Küste, während Urumu ein Flachwasservorkommen vor der Südküste ist. Die drei Felder verfügen zusammen über etwa 2 Billionen Kubikfuß Gas mit 50-60 Millionen Barrel Kondensat.

Wapu Sonk, der Geschäftsführer von Kumul, sagte, dass die Regierung eine "Take Back PNG"-Politik verfolge, bei der Vermögenswerte, die nicht kommerzialisiert wurden, an Kumul übertragen werden. „Wir werden billigere und kosteneffektivere Wege erforschen, um diese Felder nicht nur in der LNG- und Gasproduktion, sondern auch in der nachgelagerten Verarbeitung, Stromerzeugung, Branntkalk- und Zementproduktion zu nutzen“, erklärte Sonk.

(<https://www.upstreamonline.com/exploration/papua-new-guinea-company-awarded-fields-as-part-of-take-back-png-policy/2-1-1001499>)

PNG übernimmt Mehrheit an Porgera-Mine

Nach rund einem Jahr des Stillstandes der Goldmine Porgera haben die Regierung und die Betreiberkonzerne, die kanadische Firma *Barrick Gold* und die chinesische Firma *Zijin Mining*, eine Einigung über ihre künftige Zusammenarbeit erzielt. Der Staat Papua-Neuguinea hält künftig die Mehrheit an der weltweit größten Goldmine in der Provinz Enga.

Der Konflikt zwischen der Regierung, den Vertretern der Landbesitzer und dem Konzern um die Gewinne aus der Mine eskalierte im April 2020, nachdem *Barrick* die Arbeiten in Porgera eingestellt hatte. *Barricks* Konzession war im Jahr 2019 ausgelaufen, der Konzern hatte eine Verlängerung um zwanzig Jahre gefordert.

Die Regierung in Port Moresby lehnte dies mit Blick auf von der Mine verursachte Umweltschäden ab. Premierminister James Marape verweigerte eine Vertragsverlängerung mit dem Hinweis darauf, er müsse die Interessen aller Einwohner*innen des Landes schützen und drohte *Barrick* sogar mit dem Rauswurf.

Der nun geschlossene Vertrag sei wegweisend für zukünftige Projekte in der Region, erklärte Marape. Im neuen Joint Venture verfügt Papua-Neuguinea über 51 % der Anteile an der Porgera-Mine. Die restlichen 49 % verbleiben bei *Barrick Niugini Limited* (BNL), der Betreibergesellschaft, die zu gleichen Teilen *Barrick Gold* und *Zijin Mining* gehört.

Papua-Neuguinea erhält darüber hinaus das Recht, nach zehn Jahren die bei BNL verbleibenden 49 % der Anteile zu „einem fairen Marktwert“ zu erstehen.

Der Geschäftsführer von Barrick, Mark Bristow erklärte, der Konzern wolle Porgera gemeinsam mit den Teilhabern zu einer Goldmine von Weltklasse machen. Betreiber des Werks wird weiterhin BNL sein. An der Wiederaufnahme des Betriebes wird nun gearbeitet, *Zijin* rechnet mit einem Start noch im laufenden Jahr.

Zur Vorbereitung auf die Wiederinbetriebnahme der Mine wurden bereits Anfang April fünf langjährige technische Angestellte der Mine aus dem Leitungsteam des „*Care and Maintenance Camp*“ nach diversen Trainings und Workshops zu „Minen-Managern“ ernannt. Die Zertifikate für die erfolgreichen Fortbildungen der fünf Männer stellte die *Mineral Resources Authority* (MRA) aus. Nur ein geprüfter „Minen-Manager“ darf und kann die Sicherheit von Menschen und Maschinen auf dem Gelände der Mine garantieren. Es handelt sich um eine verantwortungsvolle Position, für die eine umfangreiche Ausbildung nötig ist.

Die Kosten für den Neustart der Mine trägt BNL. Die erzielten Gewinne werden zwischen den papuanischen Anteilseignern und BNL über die komplette Lebenszeit der Mine gerechnet im Verhältnis 53:47 geteilt. Zuvor erhielten die papuanischen Anteilseigner rund 25 Prozent. Die Lizenzzahlungen Barricks an die Landbesitzer werden von 2 auf 3 % gesteigert.

Info: Die Tagebau-Mine 600 Kilometer nordwestlich der Hauptstadt Port Moresby steuert mit ca. 12 % einen wichtigen Teil zu den Exporten des Staates bei. 2019 wurden rund 600.000 Unzen Gold gefördert, dazu kommt noch ein erheblicher Anteil an Silber.

(<https://www.derstandard.de/story/2000125832576/papua-neuguinea-uebernimmt-mehrheit-an-goldmine-porgera> 14.04.21, *PNG Business News* 06.04.21, 08.04.21, *Reuters* 09.04.21)

BOUGAINVILLE

Mehrere Konsultationen

Die Initiative „Independence Ready Mission“ (IRM) der Autonomen Regierung von Bougainville (Autonomous Bougainville Government, ABG) sieht eine Reihe von gemeinsamen Beratungen zwischen der ABG und der Zentralregierung von Papua-Neuguinea vor. So traf sich ABG-Präsident Ishmael Toroama am 17. Mai mit Premierminister James Marape in Kokopo (Provinz East New Britain), um über das weitere Vorgehen bei der Umsetzung des Volksabstimmungsergebnisses zu beraten. 97,7 % der Bevölkerung von Bougainville hatten sich bei dem Referendum im Jahr 2019 für die Unabhängigkeit der Inselgruppe im Osten der Insel Neuguinea ausgesprochen. Bevor die autonome Region unabhängig werden kann, bedarf es einer finalen Ratifizierung des Ergebnisses durch das neuguineische Parlament.

Am Rande dieser ersten Konsultation im Rahmen der IRM in Kokopo, an der auch mehrere Berater und Parlamentarier teilnahmen, sagte Toroama, die Bevölkerung von Bougainville habe sich mehrheitlich für die Unabhängigkeit ausgesprochen, jetzt müsse dieser Wunsch auch umgesetzt werden und die Bürger*innen müssten sich ihrer Verantwortung als zukünftig unabhängiger Staat stellen.

Toroama forderte, Bougainville müsse innerhalb der nächsten vier Jahre für unabhängig erklärt werden. Er peile den Juni 2025 an, so der ABG-Präsident.

Während der Konsultation in Kokopo veranstaltete die Delegation aus Bougainville eine Morgenfeier am 17. Mai. Gefeierte wurde damit der so genannte „Bougainville Remembrance Day“: Am 17. Mai 1990 hatte der Kommandant der *Bougainville Revolutionary Army*, Francis Ona, in Arawa (Provinz Central Bougainville) die Bougainville-Flagge gehisst und eine Erklärung zur künftigen Unabhängigkeit der Insel verlesen. Alljährlich wird seitdem am 17. Mai der rund 15.000 Opfer der Bougainville-Krise gedacht. (*Pressemitteilung ABG* 16.05.21, 19.05.21, *The National* 20.05.19)

Präsident ruft Veteranen zu Mitarbeit auf

Bei der diesjährigen Mitgliederversammlung der *Bougainville Veterans Association* in der Gemeinde Tunuru in der Provinz Central Bougainville hat Präsident Ishmael Toroama die Veteranen aufgefordert, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen und sich ehrenamtlich für alle Belange rund um die mögliche zukünftige Unabhängigkeit der autonomen Region zu engagieren. Toroama, ein ehemaliger Kommandant der *Bougainville Revolutionary Army*, sagte, sie alle hätten an vorderster Front mit militärischen Mitteln für die Unabhängigkeit gekämpft. Nun sei es an der Zeit, sich mit friedlichen Mitteln und ohne Waffengewalt für Bougainville einzusetzen. Mit ihrer Erfahrung könnten die Veteranen der Bougainville-Krise der Regierung unter Toroama wertvolle Ratschläge geben, wie sich Bougainville nach der Unabhängigkeit weiter entwickeln solle, erklärte der Präsident. Auch Kriegsveteranen könnten sich im Friedensprozess einbringen, betonte Toroama leidenschaftlich. (*Radio NZ Intern. 27.04.21*)

UNDP unterstützt Unabhängigkeitsprozess

Das Entwicklungshilfeprogramm der Vereinten Nationen UNDP hat dem *National Coordination Office for Bougainville Affairs* (NCOBA) zwei Allradfahrzeuge der Firma Toyota sowie Hardware im Bereich der Informationstechnologie gespendet. Der UNDP-Beauftragte für Papua-Neuguinea, der Deutsche Dirk Wagener, übergab die Waren im Wert von 325.000 Kina (ca. 100.000 €) an Wemin Boi vom NCOBA. Mit dem technischen Zubehör soll das NCOBA-Büro ausgestattet und aufgerüstet werden. Dies sei die zentrale Schaltstelle auf dem Weg zu einer Unabhängigkeit der autonomen Region, hieß es.

Die UNDP unterstütze Bougainville bereits seit dem Ende der Krise in den späten 1990er Jahren und wolle jetzt dazu beitragen, den Friedensprozess auf Bougainville weiter zu fördern, erklärte Wagener. Für

die UNDP sei es wichtig, auch im Post-Referendums-Prozess an der Seite Bougainvilles zu stehen und die Regierung bei der Umsetzung der Beschlüsse aus dem *Bougainville Peace Agreement* zu unterstützen. (<https://reliefweb.int/report/papua-new-guinea/undp-supplies-vehicles-and-ict-equipment-support-bougainville-peace-process> 20.04.21)

Erster Corona-Toter

Am 20. April verstarb erstmals ein Einwohner von Bougainville an Corona. Zu diesem Zeitpunkt gab es 284 positive Fälle in der autonomen Region.

Der Pandemiebeauftragte von Bougainville, Clement Totavun, erklärte, trotz der Hygiene- und Abstandsregeln steige die Zahl der Corona-Infektionen enorm. 16 Menschen mussten bisher intensivmedizinisch betreut werden. Noch gebe es auch keine ausreichenden Kapazitäten für die Durchführung von PCR-Tests direkt vor Ort. Die Proben müssten aus Buka zunächst nach Port Moresby geschickt werden. (*Radio NZ Intern. 20.04.21, Johns Hopkins University Corona Map*)

SALOMONEN

Schutz der Wälder gefordert

Das Umweltministerium der Salomonen hat die Notwendigkeit hervorgehoben, die Wälder vor der Abholzung zu schützen, nachdem kürzlich ein Bericht über neue Sichtungen des Blaugesicht-Papageienfinken (lat. *Erythrura trichroa*) veröffentlicht worden war.

Der Vogel wurde auf den Inseln Malaita und Makira gesichtet. Der Bericht, der am 4. August 2020 im *Wilson Journal of Ornithology* veröffentlicht wurde, basiert auf Feldforschungen, die zwischen 2015 und 2018 von einem Team der Abteilung für Biologie an der Universität von New Mexico (USA) durchgeführt wurden.

Der Bericht erweitert das bisher bekannte Verbreitungsgebiet des Papageis über die beiden Inseln Kolombangara und Guadalcanal hin-

aus. Er signalisiert die Notwendigkeit, die Regenwälder des Landes vor der Bedrohung durch kommerziellen Holzeinschlag zu schützen.

Jenna McCullough, eine an der Studie beteiligte Wissenschaftlerin, sagte, sie hoffe, dass dieser Bericht zu einem besseren Verständnis der Evolutionsgeschichte und der Vielfalt der Vogelwelt auf dem Archipel der Salomonen beitragen könnte.

Der Hauptautor der Studie, Lucas DeCicco, erklärte, er hoffe, dass der Bericht Informationen liefert, die von den lokalen Gemeinden genutzt werden können, um ihre Bemühungen zu unterstützen, das Land für zukünftige Generationen zu erhalten.

„Viele Gebiete der Salomon-Inseln sind durch Bergbau und Forstwirtschaft bedroht, darunter auch Gebiete auf Malaita und Makira, wo wir Blauflügel-Papageienfinken gefunden haben“, sagte DeCicco von der Universität von Kansas (USA).

Im Hahorarumu Uru-Schutzgebiet auf Malaita, wo der Papageienfink 2015 gesichtet und untersucht wurde, findet derzeit ein Holzeinschlag statt, der die Population gefährdet. Wenn die traditionellen Landeigner nicht genug Geld für den Naturschutz bekämen, seien sie bereit, auf etwas umzusteigen, das wirtschaftlich lukrativer sei - daher die Unterstützung für den Holzeinschlag und den Bergbau, beklagen die Forscher*innen in ihrem Bericht.

Josef Hurutarau, der stellvertretende Direktor für Naturschutz im Ministerium für Umwelt, Klimawandel, Katastrophenmanagement und Meteorologie (MECDM), sagte, der Bericht liefere nützliche Informationen angesichts der Notwendigkeit, den Erhaltungszustand der Flora und Fauna der Salomon-Inseln zu verstehen.

„Bei Schutzprogrammen auf nationaler Ebene ist es unser Ziel, die Verteilung und die Population von Arten genau zu kennen, vor allem von solchen, die auf den Salomonen endemisch, bedroht und vom Aussterben bedroht sind“, sagte Hurutarau.

Das Ministerium wolle nun seine Datenbank über das Vorkommen endemischer Vögel ergänzen und Richtlinien zum besseren Schutz einheimischer Vogelarten entwickeln, erläuterte Hurutarau.

Info: Der erste Kommissar des britischen Protektorats der Salomonen, C.M. Woodford, entdeckte und sammelte den Blaugrünen Papageienfink erstmals 1887 auf der Insel Guadalcanal. Im Jahr 1969 wurde die Art dann auch auf anderen Inseln innerhalb der geographischen Salomonen gefunden - zuerst auf Bougainville (PNG) im Jahr 1969 und dann auf Kolombangara im Jahr 1974.

Die an der Studie beteiligten Wissenschaftler*innen stammten von der University of Kansas, der University of Hawai'i in Manoa, Honolulu, und der University of New Mexico. Sie arbeiteten mit der lokalen Nichtregierungsorganisation *Ecological Solutions Solomon Islands* und lokalen Führern aus dem Dorf Na'ara auf Makira und Waisisi auf Malaita zusammen. (*Earth Journalism Network, Bericht von Priestley Habru, 30.01.21*)

Regierung schließt Grenze

Aus Sorge um die Zunahme von Corona-Infektionen hat die Regierung der Salomonen die Grenze zur autonomen Region Bougainville auch für den kleinen Grenzverkehr geschlossen. Premierminister Manasseh Sogavare erklärte Papua-Neuguinea mit seinen steigenden Fallzahlen zum Hochrisikogebiet und erklärte, der Grenzverkehr werde ab sofort engmaschig kontrolliert.

Bereits im März letzten Jahres hatte die Regierung von Papua-Neuguinea seine Grenzen geschlossen, ein Übertritt auf die Salomonen war damit verboten. Nach Aussage des Pandemiebeauftragten hielten sich jedoch die wenigsten Menschen an das Verbot des Grenzübertritts, da die Menschen an das private Reisen für Handel, Gewerbe und Familienbesuche zwischen den Inseln der Salomonen und Bougainville gewöhnt seien. Damit sei nun Schluss, drohte Premier Sogavare. Man müsse ver-

hindern, durch Grenzübertritte mehr Corona-Fälle ins Land zu holen, sagte er.

Von Beginn der Pandemie an bis zum Juni des Jahres verzeichnen die Salomonen nur 20 Corona-Infektionen, darunter keinen einzigen Todesfall. (*Post Courier 30.04.21, <https://covid19.who.int/region/wpro/country/sb>*)

Impfstoff aus China

Bereits Mitte April erhielten die Salomonen als einer der ersten Pazifikstaaten COVID-19-Impfdosen des chinesischen Herstellers Sinopharm. Die Lieferung des Impfstoffes wurde direkt am Flughafen entgegengenommen. An der feierlichen Zeremonie auf dem Rollfeld des Flughafens in Honiara nahmen teil der chinesische Botschafter auf den Salomonen, Li Ming, der stellvertretende Premierminister der Salomonen, Manasseh Maelanga, sowie der Gesundheitsminister Culwick Togamana.

China sei das erste Land, das den Salomonen COVID-19-Impfstoffe auf bilateralem Weg zur Verfügung stelle, erklärte Botschafter Ming. Dies sei ein Ausdruck der langjährigen Freundschaft und guten Beziehungen zwischen China und den Salomonen, ergänzte er.

Bis zum 8. Juni waren auf den Salomonen 11.536 Impfungen verabreicht worden.

(http://www.xinhuanet.com/english/2021-04/12/c_139874701_2.htm)

FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Oliver Hasenkamp, Mitglied im Vorstand des Pazifik-Netzwerkes, Berlin.]

Dramatische Zuspitzung der Covid-19-Infektionen

Seit April spitzt sich die Covid-19-Situation in Fidschi immer dramatischer zu und steigt die Anzahl der Neuinfektionen stetig an. Darunter finden sich insbesondere zahlreiche Fälle der als besonders ansteckend bekannten sogenannten Delta-Variante des Covid-19-Virus. War Fidschi bis April noch stolz darauf, dass es seit etwa einem Jahr keine

neuen sogenannten *community transmissions*, also Ansteckungen innerhalb des Landes und außerhalb der Grenzquarantäne, mehr gegeben hat, breiten sich die Infektionen mittlerweile rasant aus und steigen seit Mitte Mai exponentiell an. Besonders stark betroffen ist die Hauptinsel Viti Levu mit der Western Division, insbesondere die Regionen um die Städte Nadi, Lautoka und Ba, sowie mittlerweile auch die Central Division mit der Hauptstadt Suva.

Die Gesamtzahl der bestätigten Covid-19-Infektionen lag zum Redaktionsschluss (Stand: 21.6.2021) bei 1.964 Fällen. Die Dunkelziffer dürfte möglicherweise deutlich höher liegen, da die Behörden mittlerweile nicht mehr in der Lage sind, einzelne Infektionen nachzuverfolgen. Bis zum 17. April 2021 lag die Zahl der bestätigten Infektionen noch bei lediglich 72, die meisten davon erfolgten in der Grenzquarantäne. Laut Regierungsangaben sind mittlerweile sieben Personen an Covid-19 verstorben, lediglich 5 mehr als vor dem massiven Ausbruch ab Mitte April. Diese Zahlen werden jedoch von Expertinnen und Experten angezweifelt und es gibt – ähnlich wie vor vielen Monaten auch in Deutschland – eine Diskussion darüber, wer tatsächlich *an* und wer nur *mit* Corona verstorben ist. So sind allein seit Anfang Juni bei einem Ausbruch in einem Krankenhaus in der fidschianischen Hauptstadt Suva mindestens sechs weitere an Covid-19 erkrankte Menschen verstorben, die allerdings an chronischen Vorerkrankungen litten und deshalb nicht in die offizielle Statistik aufgenommen wurden.

Die Reaktion der Regierung auf den Ausbruch besteht einerseits aus Maßnahmen mit militärischer Härte, bei der etwa einzelne Dörfer oder auch ganze Regionen abgeriegelt werden und teils über mehrere Tage strikte Ausgangssperren verhängt werden. Dies führt in einigen Regionen und Dörfern zu einer extremen Nahrungsmittelknappheit, da zugesagte Lebensmittellieferungen etwa durch das Militär bei einer großen Anzahl an Menschen nicht ankommen. Auf der anderen Seite versucht die Regierung, einen lan-

desweiten oder zumindest die Insel Viti Levu umfassenden flächendeckenden Lockdown und vor allem ein vollständiges Herunterfahren der Wirtschaft zu vermeiden. Reisen aus anderen Landesteilen auf die Insel Viti Levu sind allerdings nur noch mit vorheriger Genehmigung möglich.

In den abgeriegelten Ortschaften, aber auch in einigen Krankenhäusern, in denen zahlreiche Menschen mit Covid-19-Infektionen behandelt werden, herrschen mittlerweile extrem schlechte Zustände. So wurde etwa im Mai ein gesamtes Krankenhaus in Lautoka mit 400 Patient*innen sowie Angestellten vollständig unter Quarantäne gestellt, nachdem es zuvor einen Covid-19-Todesfall in dem Hospital und mehrere positive Tests bei medizinischem Personal gegeben hatte. Mehrere Medien berichteten über verzweifelte Hilfesuche von Menschen in dem Krankenhaus aufgrund von schlechter Hygiene, Versorgung mit Nahrungsmitteln und völliger Überarbeitung des Personals. Ein Vertreter des fidschianischen Gesundheitsministeriums bezeichnete dies als ein „*notwendiges Opfer*“. Zahlreiche Menschen mit medizinischen Notfällen mussten in teilweise mehrere Stunden entfernte Krankenhäuser in Ba und Sigatoka verwiesen werden. Anfang Juni wurde auch das größte Krankenhaus des Landes in der Hauptstadt Suva zeitweise abgeriegelt, nachdem es hier zahlreiche Covid-19-Fälle und auch mehrere Todesfälle gegeben hatte.

In mehreren gesperrten Ortschaften, vor allem im Umfeld der zweitgrößten Stadt des Landes, Nadi, versammelten sich teils Hunderte Menschen trotz vorgeschriebener Quarantäne und Ausgangssperren, um für sofortige Lebensmittelhilfen zu protestieren. Zuvor musste die Verteilung von Lebensmittelrationen in den Dörfern vorzeitig beendet werden, weil die Anzahl der Rationen bei weitem nicht für alle Menschen ausreichte. Einige Familien leben Berichten zur Folge teilweise nur noch von einer Handvoll Keksen am Tag. Die Protestierenden forderten unter anderem, dass Familienangehörige zumindest Lebensmittel und sonstige lebensnotwendige Güter an den vom Militär

eingerrichteten Checkpoints vor den Dörfern abgeben dürfen. Solch sichtbare und laustarke Proteste gegen die Regierung und das Militär sind in dem mit harter Hand geführtem Land normalerweise sehr selten.

Expert*innen und die Opposition kritisieren die Regierung gleichzeitig jedoch, weil sie die zwar sehr harten, aber dennoch lokal begrenzten Maßnahmen, für nicht ausreichend halten. Sie fordern, dass ein 28-tägiger flächendeckender Lockdown und ein nationaler Notstand verhängt werden, um die Verbreitung des Virus nachhaltig einzudämmen. Die Regierung hält einen flächendeckenden Lockdown jedoch für wirtschaftsschädigend und nicht zielführend, da die meisten Infektionen in bestimmten Regionen erfolgen und auf bekannte Infektions-„Cluster“ zurückzuführen sind.

Dem fidschianischen Militär kommt eine zweiseitige Rolle im derzeitigen Covid-19-Ausbruch zu, nicht nur bei der Eindämmung der weiteren Ausbreitung des Virus, sondern auch bei dessen Verbreitung: So hat die zweite und deutlich dramatischere Corona-Welle in Fidschi am 17. April 2021 – genau einen Tag, bevor das Land ein Jahr lang keine Ansteckungen außerhalb der Grenzquarantäne mehr verzeichnet hätte – mit Regelverstößen des Personals einer militärischen Quarantäneeinrichtung in der Nähe von Nadi ihren Anfang genommen. Ein dort infizierter Soldat, der sich mutmaßlich bei einem Einreisenden angesteckt hatte, hatte entgegen der Vorschriften Kontakt mit einer Putzkraft, die anschließend die Einrichtung verließ und das Virus so ins Land brachte. Zwar wurde die ganze Region kurz nach dem Bekanntwerden der Gefahr unter eine Ausgangssperre gestellt und vom Rest des Landes abgeriegelt, dennoch verbreitete sich das Virus schnell – insbesondere, weil eine infizierte Person noch vor Verhängung der Maßnahmen an einer Beerdigung mit über 500 Personen in Ba teilgenommen und den Weg hin und zurück in einem vollen Bus zurückgelegt hatte.

Anfang Juni trug ein Marineoffizier zur starken Ausbreitung des Virus

bei. Er hatte sich ebenfalls bei einer Beerdigung angesteckt und anschließend zahlreiche mit ihm auf demselben Schiff dienende Soldaten angesteckt. Ein erheblicher Teil der neuen Infektionen Anfang Juni war auf dieses sogenannte „Navy Cluster“ zurückzuführen. Auch das sogenannte „Incident Management Team“ des fidschianischen Gesundheitsministeriums, welches für die Nachverfolgung der Infektionen zuständig ist, verzeichnete im Juni zahlreiche Covid-19-Fälle, sodass sich auch führende Mitarbeiter*innen des Gesundheitsministeriums in Quarantäne begeben mussten.

Die Opposition und zahlreiche Menschen in Fidschi kritisieren währenddessen ungewohnt deutlich nicht nur das aus ihrer Sicht unzureichende Management der Corona-Krise in Fidschi, sondern auch, dass Premierminister Voreqe Bainimarama und sein Gesundheitsminister Ifereimi Waqainabete seit Beginn der neuen Infektionswelle weitgehend abgetaucht sind und kaum in der Öffentlichkeit auftauchen. Zum ersten Mal seit Beginn des Ausbruchs im April wandte Bainimarama sich wieder am 14. Juni mit einer Ansprache an die Öffentlichkeit. Verkündet werden die neuen Infektionszahlen in der Regel von James Fong, dem Staatssekretär des Gesundheitsministeriums. In den letzten Wochen gab es jedoch immer wieder Fälle, in denen auf den Pressekonferenzen andere Zahlen genannt als später veröffentlicht wurden. Dies nährt die Sorge vor einer hohen Dunkelziffer an Fällen und die Kritik, die Regierung versuche, die Zahlen zu beschönigen.

Mit 220.000 Menschen (Stand: 12. Juni 2021) hat immerhin etwa ein Viertel der Bevölkerung des Landes bereits eine erste Impfung mit dem AstraZeneca-Impfstoff erhalten. Bereits die erste Impfung soll gegen schwere Verläufe schützen. Angesichts des Ausbruchs im einstigen Covid-19-Musterland Fidschi haben Australien und Neuseeland zusätzliche Impfdosen an das Land gespendet. (*ABC News 28.04.21, 29.04.21, 06.05.21, FBC News 12.06.21, Fiji Village 8.06.21, Radio New Zealand International 14.05.21, 02.06.21, 03.06.21, 05.06.21, 08.06.21, 09.06.21, 14.06.21, 15.06.21, Devpolicy-Blog 11.5.21, Social Media, Wikipedia*)

Regierung kritisiert Hilfsorganisation FRIEND

Mitten in der dramatischen Zuspitzung der Covid-19-Pandemie in Fidschi ist eine politische Kontroverse um die zivilgesellschaftliche Hilfsorganisation „*Foundation for Rural Integrated Enterprises Development*“ (FRIEND) entstanden. FRIEND ist eine von zahlreichen Hilfsorganisationen, die Menschen in Fidschi, vor allem unter Quarantäne gestellte Haushalte, mit teils lebenswichtigen Nahrungsmittellieferungen unterstützt.

Vize-Premierminister und Wirtschaftsminister Ayaz Sayed-Khaiyum kritisierte die Hilfsorganisation jedoch in einer Parlamentsrede und warf ihr vor, der Opposition nahe zu stehen und politischen Nutzen aus der Situation zu ziehen. Ihr gehe es nur darum, öffentlich im Scheinwerferlicht zu stehen und es gebe viele andere Hilfsorganisationen, die eine bessere Arbeit leisten würden, ohne sich ins Rampenlicht zu drängen. Die Kritik löste unzählige Solidaritätsbekundungen mit FRIEND in den Sozialen Medien aus und wurde unter anderem von der fidschianischen Opposition verurteilt.

Biman Prasad, Vorsitzender der *National Federation Party* (NFP), bezeichnete die Attacke des Vize-Premiers auf die Hilfsorganisation als beschämend. Sie ist auch deshalb bemerkenswert, weil viele Fidschianer*innen derzeit offen wie selten die Regierung kritisieren, weil sie der Ansicht sind, die Unterstützung, die von Organisationen wie FRIEND geleistet werde, müsste eigentlich von der Regierung kommen. Doch trotz der scharfen Reaktionen auf Sayed-Khaiyums Äußerungen stellte sich Fidschis Premierminister Voreqe Bainimarama wenige Tage später hinter seine Äußerungen.

Die Dachorganisation fidschianischer Nichtregierungsorganisationen bezeichnete die Äußerungen Sayed-Khaiyums und Bainimaramas als schockierend. Die Direktorin von FRIEND, Sashi Kiran, sagte gegenüber der Nachrichtenseite *FijiVillage*, sie sei angesichts der Kritik regelrecht aus allen Wolken gefallen und sehr verblüfft. (*Fiji Village* 03.06.21, *Asia-Pacific Report* 03.06.21, *Fiji Times* 04.06.21, 11.06.21, *Social Media*)

Tragödie mit sechs Toten auf Fischerboot

Am 16. Mai hat sich auf einem Fischerboot etwa 90 Seemeilen vor der fidschianischen Küste eine Tragödie mit vermutlich sechs Todesopfern abgespielt, nachdem an Bord der Streit zwischen zwei fidschianischen Männern eskaliert ist. Einer der beiden Männer wurde bei dem Streit Berichten zur Folge mit einem Messer enthauptet, drei indonesische und zwei chinesische Fischer flüchteten wegen des Kampfes an Bord ins Meer. Sie werden weiter vermisst und sind vermutlich ertrunken.

Der Überlebende der beiden in den Streit verwickelten Männer flüchtete Berichten zur Folge mit einem Rettungsfloß ebenfalls von dem Schiff. Er wurde ebenso wie zwei weitere fidschianische Männer, die sich während des Streits an Bord versteckt hatten und nach der Flucht des Täters einen Notruf absetzten, drei Tage nach dem Vorfall von einem neuseeländischen Militärflugzeug, das sich an der Suchaktion beteiligte, geortet und von der fidschianischen Marine gerettet. Die Such- und Rettungsmission nach den verschollenen Fischern wurde durch schwierige Wetterbedingungen deutlich erschwert. Nach Aussage der an Bord verbliebenen Männer seien sie ohne Rettungswesten ins Meer gesprungen. Die Suche wurde am 28. Mai eingestellt.

Die genauen Umstände des Streits an Bord bleiben weiter ungewiss, auch weil es kaum überlebende Zeugen gibt. Die vom Boot geretteten Männer, die angaben, sich während des Streits unter anderem im Maschinenraum eingeschlossen zu haben, wurden von der fidschianischen Polizei verhört, später jedoch freigelassen. Der mit dem Rettungsfloß geflüchtete Mann gilt als tatverdächtig, gibt allerdings an, dass er den Streit nicht begonnen habe, sondern sich nur verteidigte, während der Angreifer ausgerutscht und in sein eigenes Messer gestürzt sei. Trotz der zahlreichen Berichte darüber, dass es an Bord eine Enthauptung gegeben habe, ist dies von der fidschianischen Polizei ebenso wie zahlreiche weitere Details wegen der noch laufenden Ermittlungen bisher nicht bestätigt

worden.

Fidschianische Medien veröffentlichten jedoch die Namen und Fotos des Todesopfers und weiterer Personen von dem Schiff. Dennoch variieren auch die Angaben zur Nationalität der verschollenen Personen. Neuseeländische und internationale Medien berichteten teils von fünf indonesischen Fischern, einigen fidschianischen Quellen zur Folge waren anstatt chinesischer weitere fidschianische Fischer an Bord.

Die Aufklärung des Vorfalles wird dadurch nicht erleichtert, dass das Schiff mit dem Namen „*FV TIRO II*“ zwei Tage nach der Rettung der darauf noch befindlichen Personen auf mysteriöse Weise gesunken ist, während es eigentlich von der fidschianischen Marine abgeschleppt werden sollte. Auch warum das Schiff selbst nicht mehr fahrtüchtig war, ist unbekannt. Die beiden auf dem Boot verbliebenen Männer gaben an, das Schiff nicht steuern zu können und deshalb mitten auf dem Meer auf Rettung gewartet zu haben. Vor allem in den sozialen Netzwerken gab es Spekulationen darüber, ob das Fischerboot möglicherweise in illegale Geschäfte, insbesondere in Drogenschmuggel oder Menschenhandel, verwickelt gewesen sein könnte. Anwohner*innen benachbarter Inseln berichteten von ungewöhnlichen Bewegungen auch anderer Boote in der Gegend.

Auch über die Herkunft des auf den Fang von Thunfisch spezialisierten Schiffes gibt es unterschiedliche Aussagen. So soll sich *FV TIRO II* im chinesischen Besitz befunden haben und unter fidschianischer Flagge gefahren sein. In den offiziellen fidschianischen Registern tauchte das Boot verschiedenen Berichten zur Folge jedoch nicht auf. Ein gleichnamiges Boot sei bis vor einigen Jahren jedoch auf ein neuseeländisches Unternehmen zugelassen gewesen, dessen Besitzer jedoch angaben, keine weiteren Informationen zur Nutzung des Boots nach dem Verkauf zu haben.

(*Radio New Zealand International* 21.05.21, 22.05.21, 23.05.21, 02.06.21, *Fiji Times* 22.05.21, 23.05.21, 26.05.21, *Fiji Sun* 25.05.21, 02.06.21, *New Zealand Herald* 24.05.21, 28.05.21, *Stuff.co.nz* 23.05.21, *Social Media*)

VANUATU

Minister der Korruption angeklagt

Oppositionsführer Ralph Regenvanu hat bei der Polizei Klage eingereicht gegen Jay Ngwele, den Minister für Infrastruktur und öffentliche Versorgungsbetriebe. Regenvanu behauptet, Minister Ngwele und sein politischer Berater Joshua Kalsakau hätten eine Schiffahrtsgesellschaft dazu aufgefordert, Bestechungsgeld in Höhe von fünf Millionen Vatu (ca. 46.600 US-Dollar) zu zahlen. Mit dem Geld sollte *Vanuatu Ferry* dazu gebracht werden, eine provisorische Einfuhrgenehmigung für ein Schiff zu erteilen, dass *Vanuatu Ferry* Mitte Februar 2021 importieren wollte. Die Ausstellung einer solchen provisorischen Einfuhrgenehmigung für Fähren kostet regulär 700.000 Vatu.

Regenvanu wirft dem Minister Verfassungsverstoß vor, sowie Verstöße gegen den *Maritime Sector Regulatory Act No. 26* und den *Shipping Act*. Seine Klage stützt Regenvanu auf ein vertrauliches Gespräch mit John Mark Bell, dem Berater von *Vanuatu Ferry*. Er hatte Regenvanu von der geplanten Bestechung erzählt.

Sowohl Ngwele als auch Kalsakau wiesen die Anklage zurück und drohten ihrerseits mit einer Verleumdungsklage gegen Bell und Regenvanu. (*Vanuatu Daily Post* 15.05., 17.05.21, *Marshall Islands Journal* 21.05.21)

Saatgut-Rat gegründet

Im Rahmen des ersten *“Vanuatu Seed Systems Strategy Validation Workshop“* im Mai des Jahres hat sich der „Saatgut-Rat“ gegründet. Der Saatgut-Workshop brachte Vertreter*Innen des Ministeriums für Landwirtschaft, Viehzucht, Forstwirtschaft, Fischerei und Biosicherheit, des *Vanuatu Agriculture College* und des *Vanuatu Agriculture Research and Training Centre* sowie Forschungspartner und SPC-Berater*innen zusammen, die virtuell über Zoom teilnahmen.

Auf dem von der *Pazifischen Gemeinschaft* (Pacific Community,

SPC) organisierten Workshop ging es um die Frage, wie Landwirte Zugang zu erschwinglichem Saatgut bekommen. Mitarbeitende des Programms *Seeds for Life (PS4L)* der *Land Resources Division (LRD)* der SPC diskutierten zusammen mit den Interessensvertretern die Herausforderungen des Saatgutsektors in Vanuatu. Die neue Saatgutpolitik des Agrarministeriums sollte die genetische Reinheit, die Qualität und den Vertrieb von Saatgut steuern.

Der jetzt gegründete Saatgut-Rat soll alle Aktivitäten des Saatgutsystems, sowohl des öffentlichen als auch des privaten Sektors, beaufsichtigen, um sicherzustellen, dass die Saatgutproduktion, die -verarbeitung, -verteilung und die Saatguthandhabung den geforderten Qualitätsstandards für Saatgut entspricht.

Die Direktorin der *SPC Land Resources Division*, Karen Mapusua, lobte die Einrichtung des Rates. *„Ein Saatgutssystem bildet die Grundlage für eine nachhaltige Landwirtschaft und landwirtschaftliche Widerstandsfähigkeit, da es sicherstellt, dass die Landwirte rechtzeitig zu erschwinglichem Qualitätssaatgut kommen und Pflanzmaterial für ihre am besten geeigneten Kulturen haben“*, sagte sie.

Wie andere pazifische Inselstaaten ist auch Vanuatu sehr anfällig für die Folgen des Klimawandels. Effektive Saatgutssysteme sind entscheidend, um sicherzustellen, dass pflanzengenetische Ressourcen verfügbar, zugänglich und nutzbar sind. Studien in den Provinzen von Vanuatu haben gezeigt, dass der fehlende Zugang zu qualitativ hochwertigem Saatgut und die größere Verfügbarkeit von minderwertigem Saatgut den Landwirtschaftssektor des Landes beeinträchtigt, von dem 80 % der Bevölkerung als Subsistenzbauern abhängig sind. (*Pressemitteilung der SPC* 07.06.21)

Installation von neuen Mess-Stationen

Die Abteilung für Meteorologie und Georisiken in Vanuatu hat finanzielle Unterstützung vom *Green Climate Fund (GFC)* erhalten, um ihre

Klima- und Ozeanbeobachtungseinrichtungen zu stärken und zu erweitern.

Die Finanzierung ist Teil des Projekts *Vanuatu Climate Information Services for Resilient Development in Vanuatu* (Vanuatu Klaemet Blong Redy, Adapt mo Protekt, Van-KIRAP), und wurde durch das Sekretariat des *Pacific Regional Environment Programme (SPREP)* zugänglich gemacht.

Die Gesamtinvestition des *Green Climate Fund (GCF)* in Vanuatu beträgt 18.106.905 USD für drei Jahre, sie läuft bis Januar 2022. Mit den Geldern werden acht neue automatisierte Wetterstationen, acht neue automatisierte Niederschlagsmessgeräte, automatisierte Flussüberwachungsmessgeräte und ein C-Band-Wetterradar finanziert. Die Beschaffung und Installation dieser Instrumente hat bereits begonnen und wird vor der tropischen Wirbelsturmzeit Ende 2021/ Anfang 2022 in Betrieb gehen.

Um die Meeresgebiete innerhalb der Ausschließlichen Wirtschaftszone von Vanuatu zu überwachen und Daten zu sammeln, wird ein Netzwerk von sechs Meeresüberwachungsbojen eingesetzt, um Informationen über die Meerestemperatur, die Wellen, die Wellenrichtung, Strömungen und weitere Parameter zu sammeln, die die Auswirkungen des Klimawandels und die Verschmutzung in den Gewässern von Vanuatu anzeigen sollen.

Die neuen Beobachtungssysteme sind wesentliche Bestandteile des Van-KIRAP-Projekts. Ziel des Projekts ist es, die technischen Kapazitäten in Vanuatu aufzubauen, um Klimadaten nutzbar zu machen und gezielt zu verwalten. Dies beinhaltet eine Reihe von Aktivitäten zur Verbesserung der Klima-Informationsdienste. Die von Van-KIRAP durchgeführten Aktivitäten konzentrieren sich dabei auch darauf, Informationslücken und vorrangige Bedürfnisse der Zielgruppen auf nationaler, provinzieller und lokaler Ebene in den fünf Schwerpunktsektoren Landwirtschaft, Tourismus, Infrastruktur, Wasser und Fischerei zu erkennen und Probleme in diesem Bereich zu lösen. (*Pressemitteilung SPREP* 11.02.21)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Prof. Dr. Matthias Kowasch, Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied, Graz.]

Drittes Unabhängigkeitsreferendum noch in 2021

Das dritte Referendum über die politische Souveränität Neukaledoniens wird am 12. Dezember 2021 stattfinden. Nach der Bekanntgabe des Datums am 2. Juni 2021 durch die französische Regierung, nach Gesprächen mit politischen Vertretern aus Neukaledonien in Paris stellen sich sechs Fragen.

1. Gibt es einen Konsens über das Datum des 12. Dezember 2021?

Bereits im Jahr 2020 gingen die Meinungen darüber auseinander, wie das zweite Referendum organisiert werden sollte. Als das Datum für den dritten Wahlgang in Paris festgelegt wurde, gab es keine Einigung unter den neukaledonischen Politikern. Auf der einen Seite stehen die Loyalisten, die von Anfang an für ein Referendum vor Ende des Jahres 2021 plädierten. Virginie Ruffenach von der Partei *Avenir en Confiance* und Gil Brial, zweiter Vizepräsident der Südprovinz, begrüßten z.B. die Entscheidung des Staates und zeigten sich zufrieden mit den Gesprächen in Paris. Für Philippe Gomès, Vorsitzender der Partei *Calédonie-Ensemble*, ist 2021 das richtige Datum.

Die Unabhängigkeitsbefürworter hingegen waren mit der Entscheidung der französischen Regierung unzufrieden. Die Partei *Union Calédonienne* (UC), die – im Gegensatz zu UNI-PALIKA – an den Gesprächen in Paris teilgenommen hatte, akzeptierte das Datum im Dezember 2021, war aber mit dem Verfahren trotzdem nicht einverstanden. Pierre-Chanel Tutugoro, Generalsekretär der Partei, sagte, dass die Argumente der Partei von der französischen Regierung nicht gehört wurden. Ein Urnengang im Herbst 2022 wäre der UC lieber gewesen, weil die Unabhängigkeitsparteien so Zeit gehabt hätten, sich besser auszutauschen und das Referendum vorzubereiten. Die Partei UNI-PALIKA lehnte das Datum ebenfalls ab.

Sébastien Lecornu, der französische Überseeminister, erklärte, dass das Datum des 12. Dezembers zwar nicht konsensfähig sei, dafür aber das Prinzip des dritten Referendums.

2. Kann sich das Datum noch ändern?

Für die Festsetzung des Datums ist ausschließlich der Staat zuständig, der es per Erlass festlegt. Zur Erinnerung: Die Termine der letzten beiden Abstimmungen (2018 und 2020) wurden in unterschiedlichen Zusammenhängen festgelegt. Im Jahr 2018 war es der damalige Premierminister Edouard Philippe, der die neukaledonischen Politiker aufgefordert hatte, ihre Verantwortung wahrzunehmen und das erste Referendum anzusetzen. Im März 2018 hatte das neukaledonische Parlament daher einstimmig den 4. November 2018 als Datum für den ersten Wahlgang beschlossen. Für die zweite Volksabstimmung hatte der Staat zunächst den 6. September 2020 festgelegt. Im Mai hatte die Unabhängigkeitsbewegung FLNKS wegen der Covid-19-Krise um eine Verschiebung gebeten. Die Parlamentsmehrheit Neukaledoniens hatte sich daraufhin für den 25. Oktober ausgesprochen. Der französische Staat hingegen hatte den 4. Oktober 2020 festgelegt.

In einem Interview am 9. Juni 2021 bestätigte Lecornu das Datum des dritten Referendums und bezeichnete es als unumstößlich – auch gegen den Widerstand der neukaledonischen Unabhängigkeitspolitiker. Damit missachtet die französische Regierung die Wünsche der Pro-Unabhängigkeitsparteien.

3. Wird die gestellte Frage die gleiche sein wie bei den letzten beiden Wahlgängen?

Beim ersten Referendum 2018 lautete die Frage „*Wollen Sie, dass Neukaledonien volle Souveränität erlangt und unabhängig wird?*“ Für das Referendum 2020 wurde die gleiche Frage beibehalten. Für 2021 gibt es bisher keine Informationen über eine mögliche Änderung.

4. Was sind die nächsten wichtigen Schritte bis zum 12. Dezember 2021?

Zwischen dem 17. und 21. Juni wird ein Komitee der Unterzeichner zur Vorbereitung des dritten Referendums online zusammenkommen, kündigte Lecornu an. Wer an der

Abstimmung teilnehmen möchte, muss auf der allgemeinen und auch auf einer Sonder-Wahlliste eingeschrieben sein. Ob die im Jahr 2020 gültigen Registrierungen ebenfalls am 12. Dezember 2021 noch gültig sein werden, soll noch geklärt werden, ebenso wie die heikle Frage der automatischen Eintragung in die Sonder-Wahlliste. Wie bei den letzten beiden Abstimmungen könnte wieder eine Kontrollkommission für die Ordnungsmäßigkeit und Rechtmäßigkeit der Abstimmung eingesetzt werden. Delegierte der Kontrollkommission würden dann von Paris erneut nach Neukaledonien geschickt werden. Im Jahr 2020 waren es 235, meist Staatsbedienstete, die auf die Wahllokale verteilt wurden.

Was den offiziellen Wahlkampf anbelangt, so sollte dieser zwei Wochen dauern und am Tag vor der Wahl enden, auch wenn in Wirklichkeit alle politischen Parteien mehrere Monate vorher Wahlkampf betreiben. Im Jahr 2020 war der Wahlkampf heftiger als 2018. Im Bereich der Sicherheit ist mit einer Aufstockung der Ordnungskräfte zu rechnen. 2018 sorgten 1.200 zusätzliche Polizisten und Gendarmen dafür, die Straßen zu sichern und den freien Zugang zu den Wahllokalen zu gewährleisten.

5. Was ist die „Übergangszeit“, von der Lecornu spricht?

„*Wir müssen eine Periode einrichten, die es erlaubt, den wirtschaftlichen, finanziellen und monetären Rahmen Neukaledoniens neu festzulegen und zu sichern*“, sagte Lecornu in einem Interview am 2. Juni. Diese Frist solle am Tag nach dem dritten Referendum beginnen, also am 13. Dezember 2021 und am 30. Juni 2023 enden. Der Minister beschreibt die Übergangszeit als eine Zeit der Konvergenz, der Diskussion und der Stabilität. Es wird notwendig werden, einen neuen politischen Status für Neukaledonien zu definieren, unabhängig vom Ausgang der Abstimmung. Sollte die Konsultation am 12. Dezember 2021 zu einem „Ja“ zur Unabhängigkeit führen, muss eine Verfassung für den neuen Staat aufgesetzt werden. Die Verbindung mit Frankreich müsste ebenfalls diskutiert werden. Wenn die Abstimmung hingegen ein „Nein“ zur Unabhängigkeit ergibt, wird ein neues Pro-

jekt benötigt, das sich mit der Entwicklung Neukaledoniens und seinen zukünftigen Institutionen in der Französischen Republik befassen wird. Ein multilateraler Dialog über die Übergangszeit werde bald aufgenommen, sagte Lecornu.

6. Warum sprechen wir über ein Referendum im Jahr 2023?

Unabhängig vom Ausgang der Abstimmung und dem neu zu definierenden Zukunftsprojekt für das Land, spricht Lecornu von einem „Projektreferendum“, das vor dem 30. Juni 2023, dem Ende der Übergangszeit, stattfinden soll. Dies werde aber kein viertes Referendum sein, sondern eine Abstimmung über eine neue Ära.

(Calédonie 1ière

<https://la1ere.francetvinfo.fr/03.06.,10.06.21>)

Referendum: 66 % der Franzosen sind für die Unabhängigkeit

Während vom 26. Mai bis zum 4. Juni 2021 in Paris Diskussionen über die institutionelle Zukunft Neukaledoniens stattfanden, hat das französische Übersee-Ministerium eine Umfrage beim *Harris-Institut* in Auftrag gegeben. Diese basiert auf einer Stichprobe von 1.042 Personen, die vom 27. bis 29. April repräsentativ für die Französischen und Franzosen im Alter von mindestens 18 Jahren online befragt wurden. Das Ergebnis wurde von der französischen Tageszeitung „*Le Figaro*“ veröffentlicht. Demnach befürworteten 66 % der Französischen und Franzosen eine politische Unabhängigkeit Neukaledoniens. Obwohl 86 % der befragten Bürger*innen ein gutes Bild von Neukaledonien haben, scheinen die Probleme, die die Insel erschüttern, für einen Großteil sehr weit weg zu sein. Die Tageszeitung konstatiert einen Mangel an Wissen über lokale Probleme. So weiß jeder zweite Franzose/jede zweite Französin (49 Prozent) nicht, dass auf Wunsch der Unabhängigkeitsbefürworter bis Oktober 2022 ein drittes Referendum auf der Inselgruppe abgehalten werden soll.

Obwohl das Archipel seit 1853 französisch ist, ist die Zugehörigkeit Neukaledoniens zu Frankreich für einen großen Teil der öffentlichen

Meinung „kein emotionales Thema“, erklärt Jean-Daniel Lévy, stellvertretender Direktor des *Harris-Instituts*, gegenüber „*Le Figaro*“.

Nach Angaben des Meinungsforschungsinstituts gehört das Recht auf Selbstbestimmung zu den Argumenten derjenigen, die sich für die Unabhängigkeit aussprechen. Die Meinungsumfrage mit einem Ergebnis von 66 % für eine politische Unabhängigkeit ergibt damit ein komplett anderes Bild als in Neukaledonien selbst, wo beim letzten Referendum 2020 nur 46,7 % für die Unabhängigkeit des französischen Überseegebietes gestimmt hatten.

(Calédonie

1ière

<https://la1ere.francetvinfo.fr/21.05.21>)

MIKRONESIEN

Umstrittener Paragraph

Nördliche Marianen: Auf den Nördlichen Marianen (Commonwealth of the Northern Mariana Islands) ist ein Streit um die Abschaffung des ersten Abschnitts in Paragraph 12 der Verfassung entbrannt. Dieser regelt die Landfrage auf den Marianen: Langfristig darf sich das Land nur im Besitz der Menschen mit indigener Abstammung von den Marianen befinden und auch nur diese dürfen Land käuflich erwerben. Wörtlich heißt es hier: „*The acquisition of permanent and long-term interests in real property within the Commonwealth shall be restricted to persons of Northern Marianas descent.*“

Senatspräsident Jude U. Hofschneider hatte Ende April die Gesetzesinitiative 22-1 in den neunköpfigen Senat eingebracht. Diese schlägt vor, die Beschränkung der Veräußerung von Land auf den Marianen aufzuheben, um den traditionellen Grundbesitzern einheimischer Abstammung die volle Ausübung ihrer Eigentumsrechte zu ermöglichen.

Der seit Dezember 2015 amtierende Gouverneur der Marianen, Ralph Torres, äußerte sich zurückhaltend zu dieser Initiative. Er sagte: „*Es ist das Einzige, was unsere Identität*

bewahrt, und es gibt unseren Kindern, Enkeln und der nächsten Generation die Möglichkeit, Land im Commonwealth zu besitzen.“

Der Gouverneur erklärte, dass überall im Pazifik Menschen für den Erhalt ihres traditionellen Eigentumsrechts an Land kämpften. Man dürfe das in der Verfassung verbriefte Recht auf Land für die rund 51.700 Bürger*innen nicht einfach abschaffen, forderte der Gouverneur. Er sei jedoch einer sachlichen Diskussion um das Für und Wider der Abschaffung des Abschnitts 1 in Paragraph 12 gegenüber aufgeschlossen und erwarte hier kontroverse Meinungen innerhalb des Senats.

Info: Eine Gesetzesinitiative muss mit der Zustimmung von drei Vierteln der anwesenden und abstimmenden Mitglieder jedes Hauses verabschiedet werden. Der Gouverneur kann kein Veto einlegen, aber die Wähler müssen sie annehmen. Im Senat sitzen neun Mitglieder, das Repräsentantenhaus hat 20 Sitze.

Die Nördlichen Marianen, ein Teilgebiet der Inselgruppe der Marianen im westlichen Pazifik, sind ein nichtinkorporiertes Außengebiet der Vereinigten Staaten von Amerika mit innerer Autonomie seit 1986 und einer eigenen Verfassung seit 1978. (CIA World Factbook, Wikipedia, *Marianas Variety* 27.04.21)

ADB unterstützt Palau

Palau: Die *Asiatische Entwicklungsbank* (ADB) hat ein Darlehen in Höhe von 25 Millionen US-Dollar genehmigt, um Palaus Wirtschaft bei der Erholung von den Folgen der COVID-19--Pandemie zu unterstützen.

Das „*Recovery through Improved Systems and Expenditure Support Program*“ soll dazu beitragen, das öffentliche Finanzmanagement des Landes zu stärken, fiskalische Risiken zu reduzieren und die Entwicklung des Privatsektors zu unterstützen.

„*Diese Unterstützung wird der vom Tourismus abhängigen Wirtschaft Palaus helfen, sich von den Auswirkungen von COVID-19 zu erholen*

und sie auf einen nachhaltigeren fiskalischen Pfad zu bringen", sagte der ADB-Berater für den öffentlichen Sektor, Rommel Rabanal. „Dies wird sich wiederum in einem verbesserten Lebensstandard für die jetzigen und zukünftigen Generationen von Palauern niederschlagen", ergänzte er.

Die Hilfe ist die erste Phase eines Programms, das gemeinsam mit der Regierung von Palau entwickelt wurde, um Schlüsselreformen zur Sicherung der fiskalischen Nachhaltigkeit durchzuführen. Die Regierung führt dazu eine übergreifende Gesetzgebung zur fiskalischen Verantwortung ein, die die staatlichen Bemühungen zur Stärkung des Managements von öffentlichen Einnahmen, Ausgaben, Schulden und fiskalischen Puffern verstärken soll.

Da die Auswirkungen von COVID-19 eine beträchtliche Kreditaufnahme der Inselrepublik erforderlich gemacht haben, sind eine stärkere Mobilisierung inländischer Ressourcen, effizientere öffentliche Ausgaben und ein verbessertes Schuldenmanagement entscheidend, um genügend Spielraum für die Schuldentilgung zu schaffen. Das ADB-Programm unterstützt die Entwicklung eines Steuerreformpakets und die Entwicklung eines Gesetzes für das externe Schuldenmanagement von Palau.

(<https://www.adb.org/news/adb-approves-25-million-help-palau-recovery-covid-19> 26.04.21)

Reiseblase mit Taiwan

Palau: Am 1. April durften 110 Taiwan*innen acht Urlaubstage in Palau verbringen. Es handelte sich um die erste Gruppe von Tourist*innen, die seit mehr als einem Jahr ins Land gelassen wurde. Vor der Einreise waren viele bürokratische Hürden zu nehmen. So durften die Reisenden in den letzten sechs Monaten vor Abflug Taiwan nicht verlassen haben, sie brauchten einen negativen Corona-Test, mussten Fragen zu ihrem Gesundheitszustand beantworten und konnten die Reise nur über die taiwanische Reiseagentur KKDay antreten. Für die acht Tage bezahlten die Tourist*innen zwischen 2.100 und 2.800 US-Dollar. Trotz

des stolzen Preises waren die Tickets schnell vergeben. Auch die 1.000 Lotterielose der Agentur, deren Hauptpreis in einer mehrtägigen Palau-Reise bestand, waren schnell ausverkauft.

Ngirai Tmetuchl von der *Palau Visitors Authority* erklärte, beide Länder profitierten von der Reiseblase. Die Tourist*innen kämen endlich einmal heraus aus ihrem Land und könnten die wunderschöne Natur auf Palau erkunden oder schnorcheln gehen und die Einheimischen könnten endlich wieder Geld verdienen. Die Einnahmen aus dem Tourismus tragen zu 50 % zum Bruttoinlandsprodukt der Inselrepublik bei. Taiwan stellt die drittgrößte Gruppe von Touristen in Palau, nach China und Japan.

Die erste Reisegruppe aus Taiwan nach über einem Jahr Lockdown war auch dem Präsidenten Palaus einiges wert. Surangel Whipps Jr. war eigens nach Taiwan geflogen, um die 110 Tourist*innen persönlich auf dem vierstündigen Flug nach Palau zu begleiten. Hier durften die Menschen nur an ausgewählten Aktivitäten unter Einhaltung der AHA-Regeln teilnehmen. Während des Besuches der Tourist*innen bei den Sehenswürdigkeiten Palaus, wie etwa dem *Jellyfish Lake*, wurde die Region für Einheimische gesperrt. Der Kontakt zu den Einheimischen sollte sich auf das Nötigste beschränken, hieß es.

Info: Bis dato (22. Juni) ist seitens der WHO nur eine Corona-Erkrankung auf Palau gemeldet. (*The Guardian* 30.03.21, 15.04.21, *WHBL online* 01.04.21, <https://focustaiwan.tw/society/202105110024>)

Unterstützung für Sender „Eco Paradise“

Palau: Im Rahmen des von der Europäischen Union (EU) finanzierten Projektes „*Scaling up Pacific Adaptation*“ innerhalb der *Global Climate Change Alliance* hat der Sender „Eco Paradise 87.9 FM“ ein mobiles Radio- und Fernsehstudio sowie weiteres technisches Equipment im Wert von 100.000 Euro für das Tonstudio des Senders erhalten.

Bei dem regionalen Sender handelt es sich um einen Informationssender der Abteilung für Medien- und Informationsdienste der Regierung. Er wurde eingerichtet, um Radiohörer*innen und Fernsehzuschauer*innen auf allen Inseln der Republik Palau über Themen rund um die Klimawandelfolgen, den Umweltschutz und den Schutz der eigenen Gesundheit zu informieren. Dabei soll Wert auf die Erlangung einer gewissen „Klima-Resilienz“ gelegt werden und die Bevölkerung soll Anregungen für eigenes umwelt- und klimabewusstes Handeln im Alltag erlangen.

Das in einem Lieferwagen untergebrachte mobile Fernseh- und Tonstudio soll zu Orten fahren, an denen bereits erfolgreiche Projekte zur Anpassung an Klimawandelfolgen durchgeführt werden. Die Redakteur*innen und Moderator*innen von *Eco Paradise* sollen dann direkt live von vor Ort in Wort und Bild berichten, Interviews mit Verantwortlichen durchführen und Klima- und Umweltschutzprojekte im Radio und Fernsehen vorstellen. Über diese Medien werden weitaus mehr Menschen erreicht als über traditionelle Print-Medien, hieß es seitens des palauischen Innenministeriums.

Lorraine Franz, die Leiterin der Abteilung für Mediendienste, zeigte sich erfreut von der großzügigen Spende. Mit den neuen Aufnahme- und Sendegeräten könne man jetzt in Echtzeit über die Sozialen Medien wie Facebook und YouTube Inhalte streamen und dadurch noch mehr Menschen erreichen. So könne man zukünftig auch die wöchentlichen Pressekonferenzen der Regierung und die Ansprachen des Präsidenten live streamen, zeigte sich Franz begeistert. (*Pressemitteilung SPC Media* 28.05.21, <https://www.facebook.com/ecoparadisefm>)

Sorge um Trinkwasserversorgung

Guam: Die *Guam Waterworks Authority (GWA, Wasserwerke)* verstärkt die Überwachung des Northern Guam Lens Aquifer (dt. Grundwasserleiter), um die Qualität der wichtigsten Trinkwasserquelle der Insel Guam zu erhalten.

„Wir müssen unsere Wasserressourcen angesichts der Bevölkerungszunahme durch Militärpersonal richtig verwalten“, sagte GWA-Geschäftsführer Miguel Bordallo. „Der Northern Guam Lens Aquifer liefert mehr als die Hälfte des Trinkwassers der Insel.“

Etwa 5.000 Marinesoldat*innen und 1.500 Familienmitglieder aus dem japanischen Okinawa und anderen Orten werden noch in diesem Jahrzehnt als Teil einer größeren Neuausrichtung der US-amerikanischen Streitkräfte in der asiatisch-pazifischen Region auf die Insel Guam ziehen. Dazu gehört der Bau von *Camp Blaz* in Dededo und der Bau des *Mason Live-Fire Training Range Complex* in Ritidian. Dieser geplante Schießplatzkomplex befindet sich in der Nähe des Northern Guam Lens Aquifer, was für viele Bewohner*innen der Insel ein Grund zur Sorge ist.

Der regionale Energieversorger *Waterworks*, der u.a. durch einen Zuschuss des Verteidigungsministeriums in Höhe von etwa drei Millionen Dollar finanziert wird, will bis zum Ende dieses Jahres 13 bestehende Überwachungsbrunnen im *Northern Guam Lens Aquifer* sanieren lassen. Laut Miguel Bordallo werden zusätzlich sieben neue Überwachungsbrunnen am Grundwasserleiter errichtet. Diese zusätzlichen und aufgerüsteten Brunnen sollen eine wichtige Überwachungsunterstützung bieten, um die Qualität des Grundwasserleiters sicherzustellen, sagte Bordallo. Die neuen Brunnen dienen nicht der Identifizierung von Verunreinigungen, sondern der Überwachung der Kapazität und der Entnahmemengen.

Bordallo erklärte weiter, dass die Wasserwerke nicht nur die Überwachungsmöglichkeiten für den Grundwasserleiter erhöhen, sondern sich auch weiterhin an die Gesetze für sauberes Trinkwasser halten. Die Wasserwerke fühlten sich hier ihrem Unternehmensleitbild verpflichtet: „*We will provide outstanding customer service by delivering excellent water and wastewater services in a safe, reliable, responsible and cost effective manner.*“

Die Bevölkerung sieht der Stationierung des Militärs mit Sorge entgegen. Senatorin Sabina Perez hat im vergangenen Monat die Resolution 55 eingebracht, die die Bedeutung des *Northern Guam Lens Aquifer* für die Inselbewohner*innen bekräftigt und mögliche Gefahren für diesen durch militärische Aktivitäten auflistet. Die Resolution wird von sechs anderen Senator*innen mitgetragen.

Im Text der Resolution heißt es wörtlich: „*The people of Guam have the basic and fundamental human right to access safe drinking water, as well as the right to advocate for the protection of water in, surrounding and pertaining to Guam and the Marianas, now and for future generations.*“ (*Guam Pacific Daily News* 21.04.21, <http://guamwaterworks.org/>)

MARSHALL-INSELN

Neuer AUS-Botschafter

Die australische Außenministerin Marise Payne hat Anfang Mai Herrn Brek Batley zum neuen Botschafter auf den Marshall-Inseln ernannt. Batley ist seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Australien und den Marshall-Inseln der erste residentielle Botschafter auf den Inseln, d.h. er wohnt auch in der Hauptstadt Majuro. Als Provisorium wurde ihm eine Wohnung samt Büro im Wohnkomplex der *Australian Navy* in der Straße Wallaby Downs im Stadtbezirk Long Island von Majuro zugeteilt. Ein eigenes Botschaftsgebäude gibt es bis dato noch nicht, da der australische Botschafter für die Marshall-Inseln, die Föderierten Staaten und Palau bisher in Pohnpei (Föderierte Staaten von Mikronesien) lebte und von dort aus als nicht-residenteller Botschafter seine Amtsgeschäfte für Palau und die Marshall-Inseln führte.

Außenministerin Payne begründete die Installation des Botschafters vor Ort in Majuro mit der Ausweitung australischer Interessen im Pazifik. Mit neuen Botschaften und mehr Personal will sich Australien gegen den zunehmenden Einfluss von China stemmen. „*Australia's new diplomatic mission in Majuro re-*

flects our ongoing commitment to a resilient and prosperous Pacific“, erklärte Payne.

Info: Brek Batley ist altgedienter Diplomat im Dienst des australischen Außenministeriums. Zuletzt war er stellvertretender Botschafter in Islamabad (Pakistan). Auch war er bereits in Afghanistan und Papua-Neuguinea eingesetzt.

Batley hat einen Master of Strategic Affairs von der *Australian National University*, einen Bachelor of Arts von der *University of New South Wales* und ein Graduate Certificate in Humanitarian Leadership von der *Deakin University*.

Er ist verheiratet mit Prudence Mary Palmer, die ihn nach Majuro begleitet. (*Marshall Islands Journal* 21.05.21, 04.06.21, <https://www.foreignminister.gov.au/minister/marise-payne/media-release/ambassador-marshall-islands>)

WUTMI bildet Polizist*innen fort

Im Rahmen der „*Spotlight Initiative-To eliminate violence against women and girls*“ hat die Nichtregierungsorganisation *Women United Together Marshall Islands* (WUTMI) bereits zum zweiten Mal Workshops zur gewaltfreien Kommunikation und zum Umgang mit weiblichen Opfern sexueller Gewalt durchgeführt. Ein Team von WUTMI-Mitarbeitenden leitete dazu in Kooperation mit dem Familienberatungsbüro „A Place of Life“ auf dem Atoll Ebeye einen Workshop mit 28 Teilnehmenden des *Marshall Islands Police Department*.

WUTMI-Geschäftsführerin Daisy Alik-Momotaro sagte, Polizist*innen seien nach sexuellen Übergriffen oft als Erste am Tatort und müssten wissen, wie sie sich gesetzeskonform gegenüber Tätern und Opfern zu verhalten hätten. Alik-Momotaro erklärte, das Training sei genau zum richtigen Zeitpunkt durchgeführt worden. Die Pandemiebedingten Lockdowns hätten zu einer Zunahme häuslicher Gewalt gegenüber Mädchen und Frauen geführt, bedingt u.a. durch übermäßigen Alkoholkonsum der Täter (meist Ehemänner oder männliche Verwandte).

Die engagierte Frauenrechtlerin beklagte sich: „*RMI's rates of violence against women are unacceptable for a nation whose culture is built on peace, care and love for family and clan*“.

An dem Training auf Ebeye nahm als Gastredner auch der marshallische Generalstaatsanwalt Richard Hickson teil, der als Schirmherr der Spotlight-Initiative zur Vermeidung von sexueller Gewalt fungiert.

Bisher haben 46 Polizist*innen an den WUTMI-Trainings teilgenommen. Finanziert werden die Workshops aus Geldern der Spotlight-Initiative sowie aus Geldern des Frauenprogramms der Vereinten Nationen (*UN Women*).

Info: Mit dem Ziel, alle Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen bis 2030 zu beenden, arbeiten die Europäische Union und die Vereinten Nationen seit 2017 zusammen, um die Rechte von Frauen und Mädchen weltweit zu stärken, zu fördern und zu schützen. Die Spotlight-Initiative ist ein 500-Millionen-Euro-Programm, das gezielte, groß angelegte Investitionen in Afrika, Asien, der Karibik, Lateinamerika und dem Pazifikraum einsetzt.

(*Marshall Islands Journal* 21.05.21, <https://www.spotlightinitiative.org/>)

Erste Klimawandel-Woche

Vom 3. bis zum 7. Mai fand die erste *Marshall Islands Climate Week* statt. Sie stand unter dem Motto: „*Päpjelmae- Securing our future*“.

Die Projektwoche wurde am Montag feierlich im Delap Park in Majuro mit einer „Fossil fuel free-Parade“ eröffnet. Am Dienstag fand von 9 bis 16 Uhr ein wissenschaftliches Symposium zum Thema Klimawandel statt. Mittwochs von 9 bis 16 Uhr gab es einen Markt der Möglichkeiten, bei denen sich verschiedene Organisationen vorstellen konnten. Außerdem gab es einen Debattierclub mit Diskussionen zwischen Studierenden und Politikern. Der Donnerstag stand im Zeichen von praktischen Projekten zur Mülltrennung, Müllvermeidung, Reduzierung von Plastik, Umstieg auf erneuerbare Energien etc. Außerdem

gab es Vorfürhungen in Kunst, Musik und Literatur rund um das Thema Klimawandel. Am Freitag veranstaltete die regionale Umweltschutzgruppe *Tile Til Eo Committee* einen Workshop, in dem es u.a. darum ging, wie Klimawandelfolgen die physische Gesundheit der Bewohner*innen der Marshall-Inseln schädigen können. (*Marshall Islands Journal* 16.04.21, Facebook-Seite des *RMI Climate Change Directorate*)

Suizide bleiben Problem

Kürzlich hat das Gesundheitsministerium (*Ministry of Health and Human Services*) der Marshall-Inseln die aktuelle Statistik zu den Suiziden in den letzten 20 Jahren vorgelegt. Der Psychiater Dr. Holden Nena, ärztlicher Direktor des staatlichen Krankenhauses von Majuro, kommentierte die sinkenden Fallzahlen damit, dass es nicht etwa weniger Selbstmorde gebe, sondern dass nur weniger Fälle offiziell erfasst würden. Die Dunkelziffer bei Suiziden bleibe hoch.

Suizid ist laut der Statistik vor allem ein „Männerproblem“. So nahmen sich zwischen 2000 und 2020 108 Männer, aber nur sechs Frauen das Leben. Im gleichen Zeitraum gab es bei den Frauen 49 versuchte Suizide, bei den Männern 182. Im Zeitraum von 2000 bis 2020 gab es auch einige Jahre, in denen keine Suizide vermeldet wurden. Laut Dr. Nena könne das eigentlich nicht sein, denn generell sei die Suizidrate mit bis zu 15 Fällen jährlich sehr hoch. Das Fehlen von Zahlen für diese Jahre bewertet Dr. Nena nicht als das Ausbleiben von Suiziden. (*Marshall Islands Journal* 30.04.21, Facebook-Seite des Gesundheitsministeriums)

Japan finanziert „Fisch-Basis“

Mit 83.411 US-Dollar hat Japan aus Mitteln seines *Grant Assistance for Grassroots Human Security Projects* eine Fisch-Basis (engl. fish base) auf dem Atoll Utrok finanziert. An der Basis befinden sich Fischfanggeräte, eine Werkstatt mit Ersatzteilen sowie Kühl- und Gefriergeräte. Diese dienen der Nahrungssicherheit der Atollbewoh-

ner*innen, die in guten Fischfangzeiten ihre Fänge an der Basis einfrieren und lagern können und sie je nach Bedarf bei schlechter Wetterlage oder ungünstigen Fischfangverhältnissen auftauen und verzehren können.

An der Einweihung der Basis nahm der japanische Botschafter für die Marshall-Inseln, Norio Saito, teil. Er sagte, sowohl für Japan als auch für die Marshall-Inseln sei der Ozean ein „Segen“. Man habe deshalb gerne die Fisch-Basis als moderne Versorgungsstation für die rund 435 Atollbewohner*innen finanziert. Utroks Bürgermeister Tobin Kaiko bedankte sich bei dem Botschafter für die Unterstützung.

Info: Utrok (auch Utirik, Utrik) ist ein Atoll der Ratak-Kette der Marshall-Inseln. Das Atoll hat eine Landfläche von 2,43 km² bei einer Lagunenfläche von 55,73 km². Die Gesamtfläche einschließlich der Riffplattform beträgt 91 km².

(*Marshall Islands Journal* 14.05.21, Wikipedia)

18 neue Boote für Atolle

Am 25. Mai hat der japanische Botschafter Norio Saito auf dem Dock in Uliga 18 Boote und ein Funkkommunikationssystem an Minister Sandy Alfred vom *Ministerium für Handel und Ressourcen* übergeben. An der feierlichen Übergabe nahm die gesamte Polit-Prominenz der Marshall-Inseln teil, u.a. Präsident David Kabua, mehrere Kabinettsmitglieder sowie auch die Vertreter aller großen kirchlichen Denominationen.

Die Boote gehören zu der Materialspende, die Japan im Rahmen seiner Entwicklungshilfe für pazifische Inselstaaten bereits im März 2016 beschlossen hatte. Die Kosten für die Boote und das Funksystem in Höhe von 920.000 US-Dollar wurden getragen vom *Economic and Social Development Program* der japanischen Regierung.

Zwei der 18 Boote werden in Majuro und Ebeye im Hafen liegen. Beide Boote sollen mit den neuen Funksystemen aus dem Hafenterminal in Uliga überwacht werden. Die Boote dienen dem Waren- und Materialtransport zwischen den beiden Hauptinseln der Marshall-Inseln und nahegelegenen Atollen.

Die 16 anderen Boote werden zu 16 Atollen gebracht, dort sollen sie dem Transport von Menschen und Waren zwischen den Außeninseln dienen. Ziel ist es, den Handel zwischen den kleineren Atollen anzukurbeln und die Menschen zu unterstützen, etwa bei medizinischen Transporten.

Minister Alfred bedankte sich für die großzügige Spende und erklärte, die Boote würden in den isoliert gelegenen Atollen der Marshall-Inseln wirklich sehr gebraucht. (*Marshall Islands Journal 11.06.21*)

† Amon Tibon

Anfang Mai verstarb in Majuro nach langer Krankheit im Alter von 70 Jahren Amon Tibon. Der studierte Volkswissenschaftler und Bankfachmann war 30 Jahre geschäftsführender Direktor der *Marshall Islands Development Bank* (MIDB). Im Laufe der Jahre gelang Tibon zahlreiche Verträge zur Verbesserung der Lebenssituation für die Einwohner*innen der Inseln. So brachte er einen Kooperationsvertrag mit der staatlichen amerikanischen Entwicklungshilfeagentur auf den Weg, mit deren Hilfe Menschen Wohnungsbaukredite zu niedrigen Zinsen erhielten. Außerdem entwickelte Tibon einen Finanzierungsplan für Taxifahrer. Mit Hilfe von Kleinstkrediten wurde es für die Fahrer möglich, eigene Taxen anzuschaffen. In Zusammenarbeit mit Taiwan finanzierte Tibons Bank außerdem ein Solarlampenprogramm. Tibon arbeitete dabei vertraulich mit Patrick Chen zusammen, dem Direktor der *Bank of Marshall Islands*. Gemeinsam konnten sie etliche Gemeindeprojekte finanzieren.

Um dem äußerst respektierten und beliebten Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen, wurde der Sarg im Leichenwagen durch Majuros Straßen gefahren. An den Straßenrändern standen in Trauerkleidung mit weißen Blumen in den Händen Spalier die Vertreter*innen der Taxi-Gemeinschaft sowie Bankangestellte und andere Trauernde.

Tibon hinterlässt seine Ehefrau Amenta Matthew und vier Kinder. (*Marshall Islands Journal 14.05.21*)

KIRIBATI

Diabetes-Gesundheitsstation eröffnet

Die rund 118.000 Einwohner*innen von Kiribati können über einen neuen Gesundheits-Stützpunkt („Wellness Hub“) Zugang zu Gesundheitsuntersuchungen und Workshops erhalten.

Der so genannte „*Tarawa Wellness Hub*“ auf South Tarawa wurde von den Siebenten-Tags-Adventisten, einer protestantischen Freikirche, errichtet und Anfang April eröffnet.

Der Stützpunkt wird von der Kampagne "10.000 Zehen" unterstützt, die am 28. Februar in Kiribati gestartet wurde. An der vom *Hope Radio* übertragenen Auftaktveranstaltung nahmen der Vizepräsident des Landes, Dr. Teuea Toatu, und seine Frau Brucetta sowie der Präsident der Kiribati-Mission der Adventisten, Pastor Taabua Rokeatau, und seine Frau Raobe teil.

Vize-Präsident Toatu war Berichten zufolge sehr beeindruckt von dem Wellness-Hub, der von *10.000 Toes*-Botschafterin Teera Tarataake mit Unterstützung eines Teams von Kranken- und Gesundheitspflegern betrieben wird. Nach der Eröffnung besuchten mehr als 50 Menschen das Zentrum, baten um Gesundheitsuntersuchungen und wurden in das CHIP-Programm (*Complete Health Improvement Program*) eingeführt.

Wie andere pazifische Nationen befindet sich Kiribati inmitten einer Gesundheitskrise aufgrund von Zivilisationskrankheiten. Laut den Gesundheitsdaten von 2019 sind 81 % der Bevölkerung Kiribatis fettleibig, 36 % erfüllen nicht die von der Weltgesundheitsorganisation empfohlenen Richtlinien für körperliche Aktivität. Im Jahr 2019 mussten 96 Menschen aufgrund von Diabetes Gliedmaßen amputiert werden.

10.000 Toes-Koordinatorin Pam Townend sagte, dass 30 Diabetes-Screening-Kits nach Kiribati geschickt wurden, als Ergebnis großzügiger Spenden für die *10.000 Toes-Kampagne*.

„Wir sind sehr aufgeregt über den Start von 10.000 Toes in Kiribati und was es für dieses isolierte Land bedeuten wird“, sagte sie. „Und wir freuen uns darauf, in den kommenden Jahren einen Rückgang der Amputationen zu sehen.“

Tarataake sagte, dass dringend Gelder benötigt werden, um ein Fahrzeug zu kaufen, damit sie Gesundheitschecks und Workshops in abgelegenen Gemeinden auf Süd-Tarawa durchführen können, Schulen besuchen können, um Gesundheitsgespräche und medizinische Untersuchungen durchzuführen, und um Menschen, die am CHIP-Programm teilnehmen, zu betreuen.

Info: Die *10.000-Zehen-Kampagne* ist eine Initiative der Gesundheitsministerien der *South Pacific Division* in Partnerschaft mit der *Adventistischen Entwicklungs- und Hilfsorganisation* (ADRA) in Australien. Sie zielt darauf ab, jedes pazifische Dorf mit den Fähigkeiten und Materialien auszustatten, um gemeinschaftliche Gesundheitsuntersuchungen zur Früherkennung von Diabetes und anderen damit verbundenen chronischen Krankheiten durchzuführen. Außerdem sollen so genannte „Lebensstil-Coaches“ geschult und ausgerüstet werden, um in jedem Dorf Programme zur Vorbeugung, Eindämmung und Umkehrung von Typ-2-Diabetes durchzuführen. Und schließlich sollen die Fähigkeiten von Gesundheitsfachkräften, die in den Gesundheitssystemen des Südpazifiks arbeiten, im Umgang mit Diabetes verbessert werden. (*Adventist Record 08.04.21*, <https://www.1000toes.com/>)

Schul-Lied über Corona-Vorsorgemaßnahmen wird zum Sommerhit

Im Jahr 2020 produzierte das kiribatische Bildungsministerium ein COVID-19-Lied, um Kinder und Familien über die COVID-19-Pandemie aufzuklären.

Mit finanzieller Unterstützung durch das Kinderhilfswerk UNICEF konnte dieser „Corona-Song“ produziert werden. Das Schul-Lied konzentriert sich auf die Förderung gesunder Verhaltensweisen für Kinder

und orientiert sich an den weltweit gültigen COVID-19-Präventionsmaßnahmen wie Abstand-Hygiene-Masken-Lüften. Das Lied ermutigte die Menschen, sich häufig mit Wasser und Seife die Hände zu waschen, ausgewogene Mahlzeiten zu essen, in den Ellenbogen zu husten oder zu niesen und große Menschenansammlungen zu meiden.

Der UNICEF-WASH-Spezialist in der Außenstelle in Kiribati, Herr Waqairapoa Tikoisuva, sagte, dass Musik ein wirkungsvolles Mittel sei, um sich für soziale Veränderungen einzusetzen.

„Singen und Tanzen ist in Kiribati ein fester Bestandteil der Kultur und der Feste und wurde von vielen Gruppen als Mittel zur Unterhaltung, zum Austausch und zur Verbreitung wichtiger Informationen genutzt. Dieses Lied hob wichtige Botschaften hervor und erinnerte die Menschen daran, soziale Distanz zu wahren und sich die Hände zu waschen“, meinte Tikoisuva.

„Das Lied hat eine klare Botschaft, der man leicht folgen kann, und wer lächelt nicht, wenn er ein Kind singen hört? In Verbindung mit den laufenden Aktivitäten zur Einbindung der Gemeinde wurde das Lied nun für die Entwicklung vieler Theaterstücke in Schulen und Gemeinden verwendet.“

Um weitere Erkenntnisse über den Einfluss des Liedes auf eine positive Verhaltensänderung zu gewinnen, unterstützte UNICEF das kiribatische Bildungsministerium dabei, eine SMS-Umfrage an die Besitzer*innen von Mobiltelefonen zu versenden und Antworten zu erfassen.

Die kostenlose Umfrage richtete sich an Kinder in Grund- und weiterführenden Schulen, Eltern und Lehrkräfte (einschließlich Lehrende für frühkindliche Betreuung und Erziehung). Die Antworten wurden von Eltern oder Schülern mit ihren eigenen Telefonen per SMS-Antwort geteilt.

In der SMS wurde gefragt: *„Wie hoch war der Wiedererkennungswert des Liedes?“* Die Umfrage ergab, dass 83 % der Kinder den COVID-19-Song entweder vom Hören oder vom Anschauen des Vide-

oclips her kannten.

84 % der Kinder, die das Lied kannten, haben seitdem ihr Händewaschverhalten geändert. 78 % der Kinder haben gesündere Essgewohnheiten angenommen und ruhen sich öfter aus, um ihre Immunität zu stärken.

57 % der Lehrer*innen, die an der Umfrage teilgenommen hatten, berichteten, dass sie den COVID-19-Song im Klassenzimmer verwendet haben, um das Bewusstsein der Kinder für die Gefahren des Virus zu schärfen. 96 Prozent der Lehrer gaben an, dass ihre Schüler die Schlüsselbotschaften des Liedes geübt haben, nachdem sie es im Klassenzimmer gehört hatten.

(<https://www.unicef.org/pacificislands/stories/kiribati-children-sing-together-and-learn-how-protect-themselves-covid-19>)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

LGBTQI-Aktivist getötet

Tonga: Der 41-jährige Aktivist für die Rechte der LGBTQI-Bewegung im Königreich Tonga, Polikalepo Kefu, ist am 1. Mai ermordet worden. Seine Leiche wurde am Strand nahe seines Hauses auf der Insel Tongatapu entdeckt. Unter Mordverdacht steht ein 27-jähriger Mann aus Fungamisi Vavaú, der in Hala-leva lebte und sich der Polizei stellte.

Der im Volksmund kurz „Poli“ Genannte war Präsident der *Tonga Leitis Association*, einer Nichtregierungsorganisation, die sich für die Rechte von Schwulen, Lesben, Transgender und queeren Menschen einsetzt. Außerdem war er Vorsitzender des Netzwerkes zur Inklusion gehandicapter Menschen, des *Pacific Protection Gender Inclusion Network*. In seinem Brotberuf arbeitete der Ermordete als Pressereferent beim Tongaischen Roten Kreuz. Er engagierte sich ebenfalls gegen den Klimawandel.

Aus der weltweiten LGBTQI-Gemeinde trafen Kondolenzschreiben ein. So heißt es etwa auf der Homepage der *ILGA World* (International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association): *„In the spirit of activism and friendship, we will miss you Poli for your proactive, strong activism, your commitment and dedication to LGBTI issues and movement throughout the Kingdom of Tonga, the Pacific Islands and Oceania.“*

Info: Bis heute stehen Homosexualität sowie das Tragen von Kleidern außerhalb der eigenen körperlichen Geschlechtlichkeit („cross dressing“) in Tonga unter Strafe und werden mit bis zu zehn Jahren Gefängnis geahndet.

„Leiti“ bezeichnet in Tonga einen Mann, der sich in seiner geschlechtlichen Verhaltensart weiblich gibt und die Geschlechterrolle einer Frau annimmt. (*The Guardian* 03.05.21, <https://ilga.org/ilga-oceania-statement-death-polikalepo-kefu>)

Prinzessin als Erste geimpft

Tonga: Am 15. April wurde unter großem medialen Interesse Prinzessin Pilolevua Tuita mit dem AstraZeneca-Impfstoff geimpft. Anschließend ließen sich ihr Ehemann Lord Tuita sowie Premierminister Dr. Pohiva Tu’i’onetoa impfen. Auch Gesundheitsminister Dr. Reynold Ofanoa erhielt seine Impfung. Anschließend sprach er von einem *„historischen Tag für Tonga“*.

Das Team des Gesundheitsministeriums impfte anschließend auch eine Reihe von systemrelevanten Personen aus staatlichen Institutionen, dem Polizei- und Rettungswesen sowie Hafen- und Flughafenarbeiter sowie Kirchenleitende.

Am 31. März hatte das Königreich im Rahmen des COVAX-Programms 24.000 Impfdosen von AstraZeneca erhalten. Bis Juni rechnet die Regierung mit 43.200 Impfdosen, die von der COVAX-Koordinierungsgruppe zugesagt wurden. Damit können zunächst nur rund 20 % aller Einwohner*innen über 18 Jahre geimpft werden, denn AstraZeneca ist bisher noch

nicht für Jugendliche unter 18 Jahren zugelassen.

Info: Im Königreich leben rund 105.780 Einwohner*innen. Bis zum Redaktionsschluss war kein Corona-Infizierter bekannt. Das Land bleibt also „Covid-free“. (CIA World Factbook, Johns Hopkins University Corona Map, Radio NZ Intern. 16.04.21)

Mehr als die Hälfte geimpft

US-Samoa: Bereits Ende April waren 50,3 % - das entspricht 16.696 Menschen - der über 16-jährigen Einwohner*innen von Amerikanisch-Samoa zweifach gegen Corona geimpft. 3.281 Personen hatten bereits die erste Impfdosis erhalten. Die Menschen wurden mit den Impfstoffen von Moderna und Pfizer geimpft.

66,2 % der besonders vulnerablen Altersgruppe der über 60-Jährigen wurde bereits zweifach geimpft. In der Altersgruppe 51 bis 60 Jahre sind es bereits 65 % und in der Altersgruppe der 41 bis 50-Jährigen 66,1 %.

Info: Insgesamt leben in US-Samoa 33.206 Personen über 16 Jahren. Die Gesamtbevölkerung wird mit 46.366 angegeben. Bis zum 28. Mai wurden insgesamt 42.271 Impfdosen verimpft. Bis dato gibt es keinen bekannten Corona-Fall auf der Insel und auch keine Corona-Toten. (Samoa Observer 26.04.21, <https://covid19.who.int/region/wpro/country/as>)

Nach Parlamentswahl: Machtkampf und Staatskrise – zwei Regierungen beanspruchen Mehrheit für sich

Samoa: Seit der Parlamentswahl am 9. April 2021 kommt es in Samoa zu einem Machtkampf zwischen der bisherigen Regierung unter Premierminister Sailele Tuila'epa Malielegaoi von der *Human Rights Protection Party* (HRPP) und der Spitzenkandidatin der bisherigen Oppositionspartei *Fa'atuatua i le Atua Samoa ua Tasi* („Glaube an den einen Gott von Samoa“, FAST) und früheren stellvertretenden Regierungschefin, Fi-

ame Naomi Mata'afa. Nachdem sich ein unabhängiger Abgeordneter auf die Seite von FAST geschlagen hat, hat Fiamē eine knappe Mehrheit von einer Stimme im Parlament und ist von den Abgeordneten ihrer Partei zur neuen und ersten weiblichen Regierungschefin des Landes gewählt worden. Ihre Wahl und das Ergebnis der Parlamentswahl wird von Tuila'epa und der HRPP-Partei jedoch nicht anerkannt. So existieren derzeit de facto zwei konkurrierende Regierungen in Samoa. Die neue Regierung unter Fiamē wird dabei vom Obersten Gerichtshof des Landes unterstützt, während die bisherige Regierung von Tuila'epa das samoanische Staatsoberhaupt, Tuimaleali'ifano Va'aletoa Sualauvi II, hinter sich hat und mit immer neuen Tricks versucht, den Amtsantritt von Fiamē zu verhindern.

Bei der Parlamentswahl gewannen sowohl die HRPP-Partei, die seit fast 40 Jahren an der Macht ist, als auch die erst wenige Monate vor der Wahl gegründete FAST-Partei jeweils 25 Sitze im *Fono*, dem Parlament des Landes. Die HRPP hat dabei im Vergleich zur letzten Wahl im Jahr 2016 zehn Sitze verloren. Dies liegt vor allem am samoanischen Mehrheitswahlrecht, von welchem die HRPP als stärkste Partei jahrzehntelang profitierte. Nun verhalf dieses Wahlsystem aber der FAST-Partei, die mit ihren Siegen in zahlreichen Wahlbezirken die gleiche Anzahl an Parlamentssitzen erlangen konnte wie die HRPP, obwohl die HRPP landesweit etwa 55 % der Stimmen aus der Bevölkerung erhielt.

Aufgrund des Patts zwischen den beiden Parteien wurde der einzige verbliebene unabhängige Abgeordnete im *Fono*, Tuala Tevaga Iosefo Ponifasio, zum Mehrheitsbeschaffer. Er teilte am 21. April 2021 mit, dass er Fiamē und die FAST-Partei unterstütze. Bereits zuvor beantragten Tuila'epa und die HRPP bei der Wahlkommission jedoch aufgrund einer Klausel zum Anteil von Frauen im Parlament die Nachnominierung einer zusätzlichen weiblichen HRPP-Abgeordneten. Tatsächlich ist der Anteil an Frauen im samoanischen Parlament sehr gering und lag sogar noch unter den eigentlich vorgeschriebenen 10 %. Aufgrund

des neuerlichen Patts in Folge der Nachnominierung der weiblichen Abgeordneten beantragte die HRPP schließlich beim Staatsoberhaupt die Durchführung von Neuwahlen, die Sualauvi für den 21. Mai 2021 ausrief. Internationale Medien wie der *Guardian* bezeichneten das Vorgehen von Tuila'epa als zivilen Putschversuch durch die eigentlich abgewählte Regierung.

Wenige Tage vor der angesetzten Neuwahl wurde diese dann auch vom Obersten Gerichtshof des Landes gestoppt, da das Staatsoberhaupt nach Auffassung des Gerichts keinerlei Befugnisse hat, eigenmächtig Neuwahlen zu verkünden. Außerdem nahm der Gerichtshof auch die Nachnominierung der zusätzlichen weiblichen HRPP-Abgeordneten zurück, da die entsprechende Klausel zum Anteil an Frauen im Parlament nicht eindeutig sei. So sei zwar tatsächlich von 10 % die Rede, dies beziehe sich aber auf die vorherige Größe des Parlaments mit 50 anstatt den nun 51 Abgeordneten – und gleichzeitig werde die Zahl von mindestens fünf weiblichen Abgeordneten genannt und sei dieses Quorum bereits ohne die Nachnominierung erreicht gewesen.

An Stelle der Neuwahl ordnete das Gericht außerdem die Konstituierung des Parlaments für den 24. Mai 2021 an. Dies war laut Verfassung tatsächlich der letzte Tag, an dem ein Zusammentreten des Parlaments noch verfassungskonform möglich gewesen ist. Da die HRPP-Abgeordneten die konstituierende Sitzung nicht nur boykottierten, sondern auch das Parlamentsgebäude verriegelten, wurde Fiamē schließlich von den Abgeordneten ihrer Partei und im Beisein des früheren Staatsoberhauptes Tui Atua Tupua Tamasese Efi in einem provisorisch errichteten Zelt zur neuen Regierungschefin gewählt. Richter, die sich vor Ort davon überzeugten, dass das Parlamentsgebäude verschlossen war, erkannten die Wahl dennoch als legitim an.

Ende Mai erkannten auch die Föderierten Staaten von Mikronesien und Palau die neue Regierung von Fiamē als erste Staaten an. Die Mehrheit der unmittelbar benachbarten pazifischen Inselstaaten ver-

hält sich bisher aber zurückhaltend und hat sich für keine der beiden Seiten ausgesprochen. Auch Australien und Neuseeland machten deutlich, dass es sich um eine interne samoanische Angelegenheit handele und keine Einmischung geplant sei, um ein Ende der Staatskrise in Samoa herbeizuführen. Insgesamt ist die Lage auch weiter friedlich, was auch daran liegen dürfte, dass Samoa kein Militär besitzt. Angestachelt durch eine Rede von Tuila'epa, in der dieser vor sozialen Ausschreitungen und Gewalt warnte, schlossen sich allerdings Bewohner*innen des Heimatdorfes des amtierenden Staatsoberhauptes zusammen, um diesen „unter ihren Schutz“ zu stellen. Sie errichteten Straßenblockaden und kontrollierten vorbeifahrende Autos.

Fiame und die FAST-Partei reagieren seit der Wahl betont ruhig und sachlich und setzen auf die Unterstützung der Gerichte. Tatsächlich hatte sich die FAST-Partei im vergangenen Jahr erst gegründet, um eine umstrittene Justizreform der bisherigen Regierung zu verhindern, die aus Sicht von Kritikern ein Angriff auf die Gewaltenteilung darstellt. Obwohl Tuila'epa die Reform als eine Stärkung des traditionellen samoanischen Systems präsentierte, fürchteten aber auch viele konservative Samoaner*innen, dass insbesondere das traditionelle und für die samoanische Gesellschaft extrem wichtige Landrechtssystem durch die Reform untergraben werden könnte.

Neben der Kritik an der Justizreform dürfte auch das schlechte Management einer Masernepidemie vor zwei Jahren ein Grund für den Vertrauensverlust in Tuila'epa sein, der zuvor fast 23 Jahre lang und zuletzt fast ohne Opposition regierte. Aufgrund seiner Weigerung zur Anerkennung des Wahlergebnisses und seiner zunehmenden Entrückung von der Realität wird Tuila'epa mittlerweile von vielen Beobachter*innen mit dem ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump verglichen. Zuletzt begründete er seinen Machtanspruch in verschiedenen Ansprachen auch nicht mehr mit dem Willen des samoanischen Volkes, sondern bezeichnete sich als den von Gott

eingesetzten Anführer seines Landes. Auch hat er bisher, ähnlich wie Trump, keinerlei Belege für seine Behauptung von Wahlfälschungen vorgelegt.

Auch wenn sie als Reformerin des politischen Systems in Samoa angetreten ist, stammt Fiame selbst ebenfalls aus dem politischen Establishment des Landes. Bis zur umstrittenen Justizreform diente sie als stellvertretende Regierungschefin im Kabinett von Tuila'epa, zog sich dann aber aus Protest gegen die Reform aus der Regierung zurück. Ihr Vater war der erste Premierminister Samoas nach der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1962. Sie entstammt außerdem aus der mächtigen Familie, die den Mata'afa-Titel innehat, einer der vier höchsten Titel in der samoanischen Gesellschaft und damit einer von nur vier Familien, die traditionell das Staatsoberhaupt des Landes stellen. Langfristig könnte die Wahl von Fiame aus Sicht von Kritikern also sogar zu einer noch stärkeren Konzentration von Macht in Samoa führen. Anhänger von Tuila'epa werfen Fiame außerdem vor, ihr Wahlkampf sei vor allem von wohlhabenden Samoaner*innen im Ausland finanziert worden.

Mittlerweile hat sich unter anderem der katholische Bischof von Samoa in einer bemerkenswerten Predigt, während Tuila'epa selbst in der Kirche saß, hinter Fiame gestellt. Die Vereinten Nationen haben beide Seiten aufgerufen, einen Dialog miteinander zu suchen. Bisherige Gespräche zwischen Tuila'epa und Fiame, um die Staatskrise zu beenden, sind jedoch ergebnislos gescheitert. Vielmehr versucht die bisherige Regierung unter Tuila'epa ihren Machtanspruch weiter durch verschiedene politische Manöver zu festigen. So wurden vom Justizministerium mehrere FAST-Abgeordnete, darunter auch Fiame, wegen Korruption angeklagt. Erste Anklagen sind jedoch bereits von den Gerichten abgewiesen worden. Mehrere HRPP-Abgeordnete haben auch Anträge auf die Wiederholung von Abstimmung in besonders umkämpften Wahlbezirken eingereicht, die teilweise aber bereits vor der Verhandlung wieder zurückgezogen worden sind. In der Woche nach dem Redaktionsschluss werden ei-

nige weitere wichtige Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes erwartet, unter anderem eine erneute Überprüfung der Entscheidung zur Zurücknahme der Nachnominierung einer zusätzlichen weiblichen Abgeordneten. Wie der Machtkampf ausgeht, war zum Redaktionsschluss (Stand: 16.5.2021) jedoch noch völlig unklar.

(Artikel von Oliver Hasenkamp, Vorstandsmitglied des Pazifik-Netzwerks, Berlin. Quellen: Wahlberichterstattung des Samoa Observer am 09.04.21, Tägliche Updates des Samoa Observer seit dem 10.04.21, Radio New Zealand International 27.04.21, 13.05.21, 27.05.21, 15.05.21, New Zealand Herald 24.05.21, Guardian 14.05.21, UN News 24.05.21)

Gesetzesreform geplant

Cook-Inseln: Die Regierung der Cook-Inseln hat Anfang Juni angekündigt, das Strafgesetzbuch umfassend novellieren zu wollen, um niemanden mehr zu diskriminieren. Der Gesetzesentwurf sieht auch die Entkriminalisierung von Homosexualität vor.

Ein erster Anlauf zur Reform dieses Gesetzes war 2017 an den Vertretern der Kirchen gescheitert. Geplant war damals, den *Crimes Act* aus dem Jahr 1969, der noch auf britisches Kolonialrecht zurückging, durch das neue Strafgesetzbuch *Crimes Bill 2017* zu ersetzen. Zahlreiche Passagen über „*unanständige Handlungen zwischen Männern*“ (Zitat) und zur Transidentität sollten damals gestrichen werden. Die Abgeordneten des Parlaments beugten sich jedoch dem Druck der *Cook Island Christian Church* und nahmen ihr Versprechen zur Entkriminalisierung der Homosexualität zurück, was zu Protesten der queeren Community auf den Inseln sowie auch zu Protesten des Tourismusverbandes führte. Der Verband hatte zahlreiche Protestnoten der queeren Gemeinde erhalten mit dem Hinweis, einen Urlaub auf einer „schwulenfeindlichen Insel“ lehne man ab.

Bis dato ist gleichgeschlechtlicher Geschlechtsverkehr zwischen Männern verboten und wird mit bis zu fünf Jahren Gefängnis geahndet. Geschlechtsverkehr zwischen Frauen wird inoffiziell geduldet. Nun gab die Regierung bekannt, sie wolle die Strafgesetzgebung mo-

dernisieren und die Rechte gleichgeschlechtlicher Paare im Gesetz verankern. Karla Eggelton, die Präsidentin der LGBTQ-Organisation *Pride Cook Islands*, äußerte sich verhalten optimistisch ob der Ankündigung. Man müsse das Ergebnis des neuseeländischen Ausschusses (Parliamentary Counsel Office, PCO) abwarten, der dem Parlament den genauen Änderungstext für das Gesetz vorlegen soll, sagte Eggelton.

Info: Das PCO ist Neuseelands Gesetzesentwurfsbüro und verfasst und veröffentlicht die Gesetzesentwürfe und Gesetze des Landes, denen die Cook-Inseln aufgrund der freien Assoziierung mit Neuseeland unterliegen. (*Cook Islands News* 02.06.21, *Männer Media* 05.06.21, <https://www.equaldex.com/region/cook-islands>, <https://www.facebook.com/PrideCookIslands/>)

Dengue-Ausbruch

Cook-Inseln: Das englischsprachige Nachrichtenportal *Cook Islands News* vermeldet einen Anstieg der Dengue-Fieber-Infektionen im letzten Monat um 44 %. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums der Cook-Inseln war es Anfang Februar des Jahres zum Ausbruch der Dengue-Epidemie gekommen. Bis dato sind 180 positive Fälle vom Typ 2 bekannt, die meisten davon auf der Hauptinsel Rarotonga. 38 Erkrankte mussten wegen starker Symptome stationär im Krankenhaus aufgenommen werden. In diesem Jahr gibt es noch keine Todesfälle durch das Dengue-Fieber.

Dr. Anura Jayasinghe, Allgemeinmediziner und Berater im Gesundheitsministerium, erklärte, die Bevölkerung trage eine Mitschuld am Ausbruch des Fiebers. Die Moskitos, die das Dengue-Fieber übertragen, brüten am liebsten in Wasserlachen innerhalb weggeworfener Autoreifen sowie in Konserven- und Getränkedosen, die einfach auf die Straße geworfen würden. Dr. Jayasinghe mahnte die Bewohner*innen an, ihre Umgebung sauber zu halten und den Moskitos keine Brutstätten zu ermöglichen.

Inzwischen hat das Gesundheitsamt mit dem Einsatz von Insekten-

vernichtungsmitteln begonnen. Mobile Teams sind mit Sprühcontainern auf den Inseln unterwegs, um Schulen und öffentliche Gebäude mit dem Vernichtungsmittel einzusprühen. Auch private Häuser, in denen Brutstätten ausgemacht wurden, werden von den Teams besucht.

Info: Dengue ist eine durch die Aedesmücken übertragbare Viruserkrankung mit regional unterschiedlichen Serotypen (Typ 1-4). Dengue gilt weltweit als die häufigste durch Mücken übertragene virale Erkrankung.

Eine Dengue-Infektion äußert sich als akute fiebrige Krankheit mit stark erhöhter Temperatur von bis zu 40 Grad sowie starken Kopf-, Muskel-, Knochen- und Gliederschmerzen - daher auch der Name "*breakbone fever*". Meist erholen sich die Betroffenen innerhalb weniger Tage wieder. Das Dengue-Fieber kann aber auch zu schweren Komplikationen oder sogar zum Tod führen.

Die Dengue-Mücken kommen vor allem in städtischer Umgebung vor. Die Mücken-Weibchen legen ihre Eier nahe kleiner Wasseransammlungen ab wie bspw. in Eimern, alten Reifen, Blumentöpfen oder Regentonnen. Infizierte Mücken-Weibchen können das Dengue-Virus direkt auf ihre Brut übertragen. (*Cook Islands News* 26.04.21, <https://reliefweb.int/report/cook-islands/cook-islands-2021-dengue-type-2-denv-2-outbreak-situation-report-latest-3>, <https://tropeninstitut.de/krankheiten-a-z/denguefieber>)

Reiseblase mit Neuseeland

Cook-Inseln: Seit dem 17. Mai besteht eine gegenseitige „Reiseblase“ (travel bubble) zwischen den Cook-Inseln und Neuseeland. Konkret heißt das, dass sich Reisende vor Einreise in eine der beiden Länder mindestens 14 Tage im jeweils anderen Land aufgehalten haben müssen. Mit dieser 14-tägigen Frist einher geht die Befreiung von der Quarantäne nach der Einreise.

Reisenden aus anderen Ländern ist die Einreise auf die Cook-Inseln nicht gestattet, es sei denn, sie begeben sich zunächst in Neuseeland

in Quarantäne und haben einen gewichtigen beruflichen Grund für eine Einreise auf die Cook-Inseln. Neuseeländische Staatsbürger*innen dürfen sich bis zu 90 Tage auf den Cook-Inseln aufhalten. Reisende anderer Nationen dürfen nur 31 Tage bleiben und müssen bei Einreise bereits ihr Rückflugticket vorweisen. Bisher fliegt einzig und allein die *Air New Zealand* von Neuseeland auf die Cook-Inseln. Die maritimen Grenzen der Cook-Inseln sind nach wie vor geschlossen, es findet kein Kreuzfahrtverkehr statt.

Auf den Inseln selber, die bisher noch keine Corona-Fälle hatten, gilt keine Maskenpflicht und Geschäfte, Restaurants, Hotels und weitere Einrichtungen haben für den Publikumsverkehr geöffnet.

Ob und wann die Cook-Inseln für den außer-neuseeländischen Tourismus geöffnet werden, steht auf dieser informativen Seite der Regierung: <https://covid19.gov.ck/> (*newsroom.co.nz* 23.04.21, <https://cookislands.travel/nzfaq> 28.05.21)

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI

Präsidententreffen in Paris

Frz.-Polynesien: Bereits Ende März war der Präsident von Französisch-Polynesien, Edouard Fritch, nach Paris gereist, um dort mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron und dem französischen Übersee-Minister Sebastian Lecornu die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Frz.-Polynesien zu besprechen. Es ging bei dem Treffen vor allem um den von Frankreich verhängten Einreise-stopp nach Tahiti, der Hauptinsel von Frz.-Polynesien. Die Zentralregierung in Frankreich hatte entgegen dem Willen der Territorialregierung unter Fritch das Einreiseverbot durchgesetzt und dies mit den Erfahrungen aus dem letzten Jahr begründet. Nachdem Tahiti im vergangenen Juli wieder Tourist*innen empfangen hatte, war die Zahl der Corona-Infizierten sprunghaft auf 18.000 Fälle angestiegen und es waren 140 Menschen verstorben.

(Stand am 22. Juni: 18.963 Fälle und 142 Tote). Mit dem erneuten Lockdown ab Februar 2021 wollte Frankreich die Inselgruppe im Pazifischen Ozean vor einer weiteren Welle schützen, erklärte Macron bei dem Treffen im Élysée-Palast. Fritch erklärte daraufhin, die Wirtschaft in Tahiti lege brach, die Lebensgrundlage und die pure Existenz vieler im Tourismussektor tätiger Beschäftigter stünde auf dem Spiel.

Die Präsidenten einigten sich schließlich darauf, ab dem 1. Mai 2021 die Grenzen der Inselgruppe für internationale Reisende zu öffnen, die sich mindestens 30 Tage vor der Einreise nach Tahiti in den USA aufgehalten haben. Für alle anderen Reisenden gelten nach wie vor die Lockdown-Einreisebestimmungen: Reisende, die aus beruflichen, gesundheitlichen oder familiären Gründen nach Tahiti müssen, müssen einen maximal drei Tage alten negativen PCR-Test vorweisen, verschiedene Gesundheitsformulare ausfüllen und sich nach Ankunft in eine zehntägige Quarantäne begeben, während der zwei weitere Corona-Tests gemacht werden müssen.

Die Präsidenten nutzten das Treffen auch für die Unterzeichnung verschiedener bilateraler Verträge. Der französische Premierminister Jean Castex und Fritch unterzeichneten ein Millionenschweres Infrastrukturprojekt für den Zeitraum von 2021 bis 2023. Von den bewilligten 283 US-Dollar sollen allein 60 Mio. US-\$ in die Verbesserung des Trinkwassersystems und in die Abfallentsorgung fließen. Weitere 60 Mio. US-\$ sollen für den Bau von Notunterkünften auf den Atollen Rangiroa und Hao genutzt werden. Hier sollen die Bewohner*innen Schutz finden im Falle von Tsunamis und/oder Wirbelstürmen. Die restlichen Gelder fließen in Projekte in den Bereichen Landwirtschaft, Fischerei, Aquakultur und Tourismus sowie in den Wohnungsbau.

Präsident Macron kündigte an, er wolle Tahiti im August des Jahres besuchen. Bereits zweimal musste der geplante Besuch im französischen Überseegebiet abgesagt werden, zunächst 2019 wegen der Teilnahme Macrons an einer Konferenz und dann 2020 wegen der

Corona-Pandemie. (*Radio NZ Intern 31.03.21*, <https://www.md.de/reise/tahiti-offnet-als-erstes-land-in-ozeanien-fur-tourismus-IGQG7SLQGRCFRGSIODWLSHSHAA.htmlhttps://tahititourisme.de/de-de/covid-19/>)

Ex-Bürgermeister wegen Nackt-Spaziergängen vor Gericht

Pitcairn: Der ehemalige Bürgermeister der Insel Pitcairn, Michael Calvert Warren, steht in Adamstown vor Gericht. Ihm werden im Zeitraum von Januar bis Juli 2020 drei hüllenlose Spaziergänge auf der Insel vorgeworfen. Wegen „unanständigen Verhaltens in der Öffentlichkeit“ drohen Warren 100 US-Dollar Strafgeld.

Besonders pikant: Im Dezember 2010 wurde Warren wegen des Besitzes kinderpornographischen Materials angeklagt. Er kämpfte darum, dass sein Fall in Pitcairn verhandelt wird; die Staatsanwaltschaft wollte ihn in Neuseeland vor Gericht stellen. Sein Antrag wurde in einer Anhörung im Mai 2012, noch während seiner Amtszeit, abgelehnt. Im Jahr 2016 wurde er für schuldig befunden, mehr als 1.000 Bilder und Videos von sexuellem Kindesmissbrauch heruntergeladen zu haben. Während der Zeit, in der er die Bilder heruntergeladen hatte, war er im Kinderschutz tätig. Warren wurde auch für die Teilnahme an einem "Sex-Chat" mit einer Person verurteilt, die er für ein 15-jähriges Mädchen hielt. Das Gericht verurteilte ihn zu einer 20-monatigen Haftstrafe.

Info: Der 1964 in der Hauptstadt Adamstown geborene Warren war vom 1. Januar 2008 bis zum 31. Dezember 2013 Bürgermeister der Insel mit ihren rund 50 Einwohner*innen. (*Stuff.co.nz 20.04.21, Wikipedia*)

Neue Unterwasserkameras im Meeresschutzgebiet

Pitcairn: Mit zwei neuen Unterwasserkameras soll zukünftig das Meeresschutzgebiet vor der Küste von Pitcairn überwacht werden. Ziel ist es, die Unterwasser-Flora und Fauna aufzuzeichnen und sich einen Überblick über die Artenvielfalt in

diesem Teil des Pazifischen Ozeans zu verschaffen.

Im September 2012 hatte der Rat von Pitcairn sich für die Schaffung eines Meeresschutzgebietes rund um die Insel eingesetzt. Da Pitcairn administrativ ein britisches Überseegebiet ist, musste zunächst die Zustimmung Großbritanniens eingeholt werden. Am 18. März 2015 genehmigte die britische Regierung ein 834.000 Quadratkilometer großes Schutzgebiet „*Pitcairn Islands Marine Reserve*“. Neben Pitcairn liegen auch die unbewohnten Inseln Ducie, Oeno und Henderson in diesem Gebiet.

Die Bevölkerung von Pitcairn entschied sich daraufhin dafür, ihre ausschließliche Wirtschaftszone zu einer „No take-Zone“ zu erklären, in der der kommerzielle Fischfang durch ausländische Nationen untersagt ist. Seit 2016 überwacht eine Drohne die Gewässer aus der Luft und sucht nach unerlaubten Fischfangflotten.

Die beiden Unterwasserkameras (*baited remote underwater video stations*, BRUVS) werden von der britischen Regierung bezahlt und dienen der Beobachtung der Unterwasserwelt. Der britische Premierminister Boris Johnson sagte, die marine Tierwelt in den britischen Überseegebieten sei „*one of the most spectacular in the world and we must do more to protect it.*“ (Zitat)

Großbritannien hat angekündigt, auch in weiteren britischen Überseegebieten wie den Cayman Inseln, den British Virgin Islands und Anguilla Unterwasserkamera-Systeme installieren zu lassen.

(*Stuff.co.nz 03.04.21*, https://www.visitpitcairn.pn/marine_reserve/reserve/index.html)

HAWAII

Rücktritt von Senator Kalani English

Zum 1. Mai hat Senator Kalani English aus gesundheitlichen Gründen sein Amt niedergelegt.

Jamie Kalani English von der *Demokratischen Partei* war Mitglied des Senats des US-amerikanischen Bundesstaates Hawaii und vertrat den Distrikt 7. Er trat sein Amt im

Jahr 2000 an.

English gewann die Wiederwahl in den Senat des Bundesstaates Hawaii, um den Distrikt 7 zu vertreten, nachdem die allgemeine Wahl am 6. November 2018 annulliert wurde.

Er diente von 2015 bis 2021 als Mehrheitsführer des Staatssenats. Bevor er in den Senat kam, war English von 1997 bis 2000 Mitglied des *Maui County Council*.

Im November 2020 erkrankte Kalani auf einer privaten Reise mit seiner Familie an COVID und konnte sich bis heute nicht von den Folgen erholen. Auf Anraten seiner Ärzte erklärte der unter dem Post-COVID-Syndrom leidende Senator Mitte April seinen Rücktritt zum 1. Mai.

English wurde am 7. August 1966 in Hāna (Hawai'i) geboren. Er erwarb seinen BA in *Pacific Island Studies* am Hawaii Loa College, seinen MA an der *University of Hawaii* und besuchte die John F. Kennedy School of Government.

Auf seiner Homepage begründet English seinen Rücktritt und äußert sich mit Bedauern, aber auch Dankbarkeit. Er schreibt: „*Ich hatte das Glück, den Gemeinden, in denen ich aufgewachsen bin, etwas zurückzugeben - es wird eine gewaltige Aufgabe sein, nach 25 Jahren im Dienst meiner Inselheimat aufzuhören.*“

(https://ballotpedia.org/Jamie_Kalani_English,
<https://www.kalanienglish.com/>,
<https://www.kalanienglish.com/>)

Investition in nachhaltige Energien

Hawaii Gas, das einzige konzessionierte Gasversorgungsunternehmen des Bundesstaates und das größte Propangas-Vertriebsunternehmen der Hawai'i-Inseln, wird von *Argo Infrastructure Partners, LP* („Argo“), einem Investor in Versorgungsinfrastrukturen mit einer langjährigen Erfolgsbilanz bei nachhaltigen Investitionen, übernommen. Die Transaktion wird voraussichtlich in der ersten Hälfte des Jahres 2022 abgeschlossen, vorbehaltlich der Genehmigung durch die *Hawaii Public Utilities Commission*.

„*Argo ist bestrebt, in gut geführte*

Versorgungsunternehmen zu investieren, die sich auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft befinden“, sagte Richard Klapow, Managing Director des Unternehmens. „*Wir unterstützen voll und ganz das Ziel des Staates Hawaii, bis 2045 kohlenstoffneutral zu sein, und den Beitrag von Hawaii Gas zu diesem Ziel, während wir weiterhin sichere und zuverlässige Energiedienstleistungen für Bewohner und Unternehmen bereitstellen. Wir sind fest entschlossen, die ökologische Führungsrolle des Staates und von Hawaii Gas zu übernehmen.*“

Laut Alicia Moy, Präsidentin und CEO von *Hawaii Gas*, wird sich für die Gewerbe- und Privatkund*innen nichts ändern. Auch die Mitarbeiter*innen können bleiben. Moy begrüßte die Ankündigung von *Argo*, einen indigenen Hawai'ianer in den Vorstand zu berufen, um die „*Kultur des Bundesstaates vollständig zu verstehen und zu berücksichtigen*“ (Zitat).

(<https://bigislandnow.com/2021/06/20/hawaii-gas-to-be-acquired-by-argo-infrastructure-partners/>)

AOTEAROA

Neuaustrichtung in Einwanderungsfragen

Die Regierung unter Premierministerin Jacinda Ardern will sich im Umgang mit Einwanderern neu positionieren. Gerade in der Zeit der Abschottung in der Corona-Pandemie, als man nur sehr wenige Menschen in das Land einreisen ließ, habe man gesehen, in welcher Abhängigkeit Neuseeland von Zeitarbeiter*innen aus dem Ausland stehe.

Die wirtschaftlichen Einbußen, die Unternehmen aufgrund des Mangels an Arbeitskräften hatten, sieht die Regierung in den vielen auswärtigen Zeitarbeitenden.

Die Zahl der temporären Arbeitsvisa habe sich in den letzten zehn Jahren von weniger als 100.000 auf mehr als 200.000 verdoppelt (laut Stuart Nash machen Zeitarbeitende rund fünf Prozent aller Erwerbstätigen Neuseelands aus – dies sei der höchste Wert aller OECD-Länder). Denn für Unternehmen ist es lukrativer, billige Zeitarbeitende einzu-

stellen, als Neuseeländern höhere Löhne auszuzahlen und sie davor auch noch für den Job auszubilden.

Die Antwort der Regierung auf dieses Problem ist ein Konzept, welches sie „*once-in-a generation reset*“ nennen. Der Fokus von Einwandernden soll nach dem Ende der COVID-19-Pandemie nun stärker auf qualifizierte Arbeitskräfte und Investor*innen gelegt werden. Tourismusminister Stuart Nash erklärte, dass nicht nur die Probleme am Arbeitsmarkt während der Pandemie ausschlaggebend waren für die Überlegungen der Regierung.

„*Die große Anzahl an Einwander*innen hat zu 30 % des gesamten neuseeländischen Bevölkerungswachstums seit den frühen 1990er Jahren beigetragen. Dies wurde insbesondere durch eine steigende Zahl von temporären Arbeitsmigrant*innen und Student*innen angetrieben. Der Druck, den wir in den letzten Jahren auf Wohnraum und Infrastruktur gesehen haben, bedeutet, dass wir dem Bevölkerungswachstum zuvorkommen müssen*“, erklärte der Tourismusminister.

Premierministerin Jacinda Ardern betonte auf einer Pressekonferenz am 17. Mai, dass es sehr wichtig sei, die richtige Balance in diesem Diskurs zu finden.

(Artikel von FSJ'ler Jakob Holland.
<https://www.rnz.co.nz/news/political/442754/government-announces-reset-of-immigration-system>)

Neuseeland blickt auf UK und EU, um den Markt über China hinaus zu erweitern

Neuseeland will noch in diesem Jahr Freihandelsabkommen mit Großbritannien und der EU abschließen, um seine Exportmärkte angesichts der zunehmenden Spannungen mit China zu diversifizieren, sagte der Handelsminister der Pazifiknation.

Handelsminister Damien O'Connor besteht darauf, dass Neuseeland seine Handelsbeziehungen mit Peking weiter ausbaut, trotz der „Ruinen“ (Zitat), die die Beziehungen zwischen seinem Nachbarn Australien und China belasten. Er sagte: „*Jedes Land, das Handel betreibt,*

sieht den Wert darin, verschiedene Märkte zu haben, besonders in einer Welt, die zunehmend durch Störungen, klimatische Veränderungen und geopolitische Ereignisse herausgefordert wird. Natürlich ist China auch für Australien ein wichtiger Markt. Und während wir über einige der auftretenden Unruhen besorgt sind, machen wir einfach weiter und bauen auf die Stärke zwischen unseren beiden Nationen."

China ist Neuseelands größter Handelspartner mit einem Exportvolumen von 19 Milliarden NZ\$ (13,5 Milliarden US\$) in diesem Jahr bis Ende März, ein Viertel der gesamten Exporte.

Neuseeland hat es geschafft, die diplomatischen Streitigkeiten zu vermeiden, die die chinesisch-australischen Beziehungen seit mehr als einem Jahr belastet haben und Peking dazu veranlassten, Strafzölle auf australische Wein- und Gerstenimporte zu erheben.

„Wir waren immer geradlinig in Bezug auf unsere Beziehung [mit China], was unglaublich wertvoll war“, schilderte O'Connor, als er gefragt wurde, wie Neuseeland es geschafft habe, neutral zu bleiben.

Neuseeland war das erste Industrieland, das 2008 ein Freihandelsabkommen mit China unterzeichnete und im Januar stimmte es zu, den Handelspakt zu verbessern und zu erweitern, um den Marktzugang zu erweitern.

Dennoch hat Neuseeland im Stillen seine Bemühungen verstärkt, seine Handelsbeziehungen zu diversifizieren, um die Abhängigkeit von China zu verringern.

Als Teil dieses Prozesses wird sich O'Connor im Juni in London mit Liz Truss, der britischen Handelsministerin, treffen, um die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit dem Vereinigten Königreich voranzutreiben. Später wird er nach Brüssel reisen, um ein EU-Abkommen zu besprechen.

Truss hat Neuseeland als nächstes Ziel für ein substanzielles Post-Brexit-Handelsabkommen ins Visier genommen.

Aber britische Beamte warnten, dass der Fortschritt von O'Connors

Treffen mit Truss abhängen würde. „Die Neuseeländer*innen müssen uns mehr in Bezug auf Investitionen, Mobilität und Dienstleistungen geben, wenn sie ein Abkommen wollen. Bisher haben sie sich bei diesen Themen nur langsam bewegt“, sagte ein hoher Beamter aus Whitehall.

O'Connor sagte, dass ein neuseeländisch-britisches Abkommen wahrscheinlich ähnlich wie das britisch-australische Handelsabkommen sein wird, welches diese Woche vereinbart wurde. Zollsenkungen für neuseeländische Agrarexporte wie Milchprodukte, Lamm- und Rindfleisch würden zu den Forderungen Neuseelands gehören, sagte er.

Er fügte hinzu, dass britische Landwirte keine Angst vor neuseeländischen Importen haben sollten. Die meisten seiner landwirtschaftlichen Produkte seien für Asien, die USA und andere Märkte bestimmt, während das Volumen für Großbritannien und die EU gering sei. Neuseeländische Produkte könnten jedoch eine Rolle bei der Deckung der Nachfrage außerhalb der Saison spielen, erklärte er.

Analyst*innen sehen in den Bemühungen des Handelsministers eine Hintertür, um die neuseeländische Wirtschaft im Falle eines Abbruchs der Beziehungen zu China aufzufangen, auch wenn es derzeit wenig wirtschaftliche Gründe dafür gäbe, dies zu tun.

„Diversifizierung ist immer eine Frage des Schutzes vor Risiken“, erklärte Rob Scollay, Professor an der Universität von Auckland. „Aber ich bin nicht sicher, ob es ohne eine Art politischen Super-GAU einen starken Grund gibt, sich von China zu entfernen.“

Neuseeland wurde von australischen Politiker*innen, Analyst*innen und Medien kritisiert, weil es ihrer Meinung nach ein sehr enges Verhältnis zur chinesischen Regierung hat, der vorgeworfen wird, die Menschenrechte in Hongkong und Xinjiang mit Füßen zu treten.

Damien O'Connor bestritt allerdings vehement, dass Neuseeland gegenüber China weich geworden sei. „Wir sprechen unsere Meinung aus, wenn es nötig ist, und wir bauen

weiterhin die Handelsmöglichkeiten aus, die sowohl für den Lieferanten als auch für den Kunden von Wert sind.“ (<https://www.ft.com/content/410b3fc8-8ed6-4977-91bf-ef64935fb017>)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

Neuer Greenpeace-Bericht: *License to clear*

Indonesien: Eine Reihe von Schlupflöchern und Verstößen haben die Waldschutzpolitik der indonesischen Regierung untergraben und es Ölpalmenunternehmen ermöglicht, weiterhin Lizenzen für die Abholzung von Regenwäldern für Plantagen zu erhalten, so ein im April des Jahres veröffentlichter Bericht der internationalen Umweltschutzorganisation *Greenpeace*.

Der 196-seitige Bericht „*License to Clear: The Dark Side of Permitting in West Papua*“ analysiert den Lizenzierungsprozess in der östlichsten Provinz Papua (Indonesien), der letzten Grenze intakter Tropenwälder.

In den letzten Jahren hat die Palmölindustrie die Region für ihre Expansion ins Visier genommen, nachdem die Wälder auf den zu Indonesien gehörenden Inseln Sumatra und Borneo für großflächige Plantagen weitgehend abgeholzt wurden. Da sich immer mehr Unternehmen um Genehmigungen für den Betrieb in Papua bemühen, hat die Regierung sogenannte *Waldfreigabe-Dekrete* erlassen, um Waldgebiete neu zu zonieren und sie vor der Umwandlung für andere Zwecke zu schützen.

Seit dem Jahr 2000 hat die Regierung fast eine Million Hektar Waldfläche - sechsmal so groß wie London - für 37 Plantagen in Papua freigegeben. Dreißig dieser Plantagen sind laut Angaben des indonesischen *Ministeriums für Umwelt und Forstwirtschaft* für Ölpalmen bestimmt.

Die Öffnung der Wälder Papuas ist die eklatante Ausnahme von dem, was die indonesische Regierung in den letzten Jahren als allgemeinen Rückgang der Entwaldungsraten im ganzen Land anpreist. Um das Phänomen zu verstehen, untersuchten Greenpeace-Forscher, warum die Maßnahmen, die von der Regierung zur Verlangsamung der Abholzung angepriesen werden, nicht in der Lage waren, die Ausgabe von Waldfreigabe-Lizenzen in Papua zu stoppen.

Zu diesen Maßnahmen gehören ein dauerhaftes Verbot der Erteilung neuer Genehmigungen für die Abholzung von Primärwäldern und Torfgebieten (Wald- und Torfmoratorium) und ein Moratorium für die Erteilung neuer Genehmigungen für Ölpalmenplantagen (Palmöl-Moratorium).

Die Forscher*innen fanden „systematische Verstöße gegen die Genehmigungsvorschriften“, da die Behörden die Moratorien und andere Vorschriften umgingen, um weiterhin Genehmigungen zu Gunsten der Unternehmen zu erteilen. Bei der Untersuchung der Anwendung des Wald- und Torfmoratoriums stellten die Forscher*innen fest, dass Plantagenunternehmen ihre Konzessionen ausnehmen konnten, indem sie einfach behaupteten, dass die fraglichen Gebiete keinen Torf- oder Primärwald enthielten. Es gibt Beweise dafür, dass diese Behauptungen in vielen Fällen unwahr waren, so der Bericht.

Die Unternehmen konnten damit davonkommen, indem sie ein Schlupfloch im Moratorium ausnutzten, heißt es weiter. Unter dem Moratorium veröffentlicht das *Ministerium für Umwelt und Forstwirtschaft* eine Karte, die zeigt, welche Gebiete durch das Moratorium geschützt sind. Diese Karte wird alle sechs Monate überarbeitet. Dabei können schon einmal ganze Waldflächen von der Karte „verschwinden“. Es wurde festgestellt, dass sich einige der aus der Karte entfernten Primärwald- und Torfgebiete innerhalb von Ölpalm-Konzessionen befinden. Nachdem sie entfernt worden waren, gab das Ministerium Waldfreigabe-Erlasse heraus, die diese Gebiete für den Ölpalmenanbau umwidmeten.

In dem Greenpeace-Bericht heißt es, dies scheine eine "gängige Praxis" zu sein. In 32 Konzessionen wurden seit Inkrafttreten des Wald- und Torfmoratoriums im Mai 2011 Teile der Flächen durch die Ausgabe von Waldfreigabe-Dekreten neu eingezont. Vierzehn von ihnen enthalten Gebiete, die zuvor in der Moratoriumskarte als Primärwald ausgewiesen waren, die dann aber vor der Erteilung der Waldfreigabeerlasse aus der Karte entfernt wurden.

Sieben Konzessionen enthalten auch Gebiete, die zuvor als Torf gekennzeichnet waren, die ebenfalls aus der Karte entfernt wurden, bevor eine Waldfreigabe erteilt wurde.

In dem Bericht heißt es, dass diese Änderungen in der Moratoriumskarte offenbar absichtlich vorgenommen wurden und nicht auf die Korrektur von Ungenauigkeiten bei der Kartierung der Waldbedeckung oder des Torfs zurückzuführen sind. Dies liegt daran, dass die Änderungen in den meisten Fällen nur innerhalb der betroffenen Konzessionen vorgenommen wurden und genau mit den Konzessionsgrenzen übereinstimmten, während Gebiete knapp außerhalb der Konzessionsgrenzen überhaupt nicht verändert wurden. In vielen Fällen waren es die Unternehmen selbst, die darum baten, ihre Konzessionen von der Moratoriumskarte zu streichen.

Arie Rompas, ein Waldaktivist von *Greenpeace Indonesien*, sagte, es sei klar, dass das Umweltministerium den Interessen der Unternehmen entgegenkomme, indem es ihre Konzessionen von der Karte des Moratoriums entfernt. „Das Moratorium sollte wirklich die Landschaft der Primärwälder und des Torfs berücksichtigen, aber diese Änderungen wurden aufgrund der Bitten der Unternehmen vorgenommen“, sagte er bei der Vorstellung des Greenpeace-Berichts.

Nicodemus Wamafma, ein anderer Waldaktivist bei Greenpeace Indonesia, ergänzte: „These show us that the government only claimed success of forest management on paper, but in practice, the government has failed to protect Papua's natural forests that have always been campaigned as the last fron-

tier of natural forests and the hope of this country and the planet Earth.“

Man dürfe nicht vergessen, dass Papua kein "leeres Land" sein, sagte Wamafma. Auf 41 Millionen Hektar Land lebten immerhin 250 verschiedene indigene Volksgruppen und diese hätten ein Recht auf ihren Lebensraum.

(<https://news.mongabay.com/2021/04/forest-peat-palm-oil-moratorium-papua-greenpeace-report/>, <https://www.greenpeace.org/international/publication/47071/licence-to-clear/>, Westpapua-Netzwerk online 30.04.21)

Unabhängigkeitsaktivist verhaftet

Indonesien: Victor Yeimo, der internationale Sprecher der KNPB (Nationales Komitee Westpapas), wurde von der indonesischen Polizei im Zusammenhang mit den Anti-Rassismus-Protesten aus dem Jahr 2019 am 10. Mai in Jayapura verhaftet. Die KNPB ist eine Organisation der zivilen Widerstandsbewegung, die sich für das Recht auf Selbstbestimmung einsetzt. Yeimo spielt auch eine wichtige Rolle bei der Bildung einer Petition gegen die Verlängerung der Sonderautonomie von Papua.

Yeimo steht auf einer polizeilichen Fahndungsliste für Hochverratsverdächtige im Zusammenhang mit seiner angeblichen Rolle bei den weit verbreiteten Anti-Rassismus-Protesten im August und September 2019 in Westpapua. Die Proteste folgten auf öffentlichkeitswirksame rassistische Angriffe auf papuanische Studierende in Java.

Es wird angenommen, dass Yeimo derzeit im Polizeipräsidium in Jayapura festgehalten wird. Nach Angaben des Leiters der regionalen Polizei von Papua (Polda Papua), Mathius Fakhiri, plant die Polizei, den papuanischen Aktivisten wegen Hochverrats anzuklagen, gemäß Artikel 106 des indonesischen Strafgesetzbuches (KUHP) und/oder Artikel 110 des KUHP über kriminelle Verschwörung und/oder Artikel 160 KUHP über Aufwiegelung und/oder Artikel 187 KUHP über Brandstiftung und/oder Artikel 365 KUHP über Diebstahl unter Anwendung von Gewalt

und/oder Artikel 170 (1) über kollektive Gewalt und/oder Artikel 2 des Notstandsgesetzes Nr. 12/1961 über den illegalen Besitz von Hieb- und Stichwaffen sowie mehrere gesetzliche Bestimmungen, die im Gesetz Nr. 24/2009 über Flagge, Sprache, Nationalembem und Nationalhymne geregelt sind.

Der 38-jährige Victor Yeimo ist der letzte einer Reihe von Papuas, die nach den Anti-Rassismus-Protesten wegen angeblichen Hochverrats inhaftiert wurden. Der engagierte Sprecher für die Menschenrechte in Westpapua war im Jahr 2018 Referent bei einer Konferenz der *International Coalition for Westpapua* in Berlin.

Proteste gegen die Inhaftierung des Auslandsvertreters des *Nationalen Komitees von Westpapua* wurden von der Polizei teils gewaltsam aufgelöst. Dutzende von bewaffneten Polizisten gingen gegen die Demonstrierenden in den Städten Manokwari, Sorong und Jayapura vor und lösten mehrere ihrer Versuche auf, öffentlich zu demonstrieren. 130 Demonstrierende wurden verhaftet. (Reuters 10.05.21,

https://www.papuansbehindbars.org/?prisoner_profile=victor-yeimo, Westpapua-Netzwerk online 12.05.21, 26.05.21)

Chef des Geheimdienstes erschossen

Westpapua: Mitglieder der *Nationalen Befreiungsarmee Westpapas* (Tentara Pembebasan Nasional Papua Barat, TPN-PB) haben den Chef des papuanischen Geheimdienstes, Brigadegeneral I Gusti Putu Danny Nugraha Karya, erschossen. Die Schießerei ereignete sich am 25. April 2021, als der balinesische Geheimdienstchef das Dorf Dambet im Distrikt Beoga des Bezirks Puncak in der Provinz Papua besuchte. Die TPN-PB bekannte sich offiziell zu dem Mord an dem 51-jährigen Mann. Der getötete regionale Geheimdienstchef war mit einer Patrouille im Bergland der Provinz unterwegs. „Er war in der Gegend, um die Sicherheit wiederherzustellen und die Moral der Einwohner nach einer Serie von Angriffen der Separatisten und Terroristen zu heben“, erklärte Wawan Purwanto, der Sprecher des Badan

Intelligen Negara („Staatlicher Geheimdienst“, BIN).

TPN-PB-Sprecher Sebbly Samon erklärte, man habe versucht, noch weitere Soldaten im Bataillon des Geheimdienstchefs zu erschießen, dies sei aber misslungen.

Während einer öffentlichen Rede am 26. April 2021 wies der indonesische Präsident Joko Widodo das Militär und die Polizei an, alle Täter, die für die Morde im Distrikt Beoga verantwortlich seien, zu verhaften.

Menschenrechtsbeobachter*innen sind besorgt, dass das Militär bald weitere Razzien in der Puncak Regency durchführen werde. Frühere Operationen der Sicherheitskräfte in Puncak und anderen Konfliktgebieten waren häufig von außergerichtlichen Tötungen, Folter und Binnenvertreibung der indigenen Bevölkerung begleitet. (*The Jakarta Post* 26.04.2021, *New York Times* 27.04.21)

Kirchenrat besorgt über Situation in Westpapua

Westpapua: Der Kirchenrat von Westpapua (*West Papuan Council of Churches*, WPCC) wandte sich am 6. Mai 2021 an den indonesischen Präsidenten Jokowi und sprach den Opfern der Gewalt auf beiden Seiten des andauernden bewaffneten Konflikts sein Beileid aus. Der WPCC sieht die Ursachen für die Probleme in Papua in dem „kolonialen Blick“, mit dem Papua oft von indonesischen Offiziellen betrachtet wird; der systematischen Zerstörung einer papuanischen Identität mit der Geschichte, einschließlich der Verbrennung ethnohistorischer und politischer Schriften über Papua in der Vergangenheit und der Etikettierung der OPM (*Organisation für ein freies Papua*) als terroristische Organisation in einem Kontext der Straflosigkeit für grobe Menschenrechtsverletzungen, die gegen das papuanische Volk begangen wurden.

Die Kriminalisierung der OPM als Terroristengruppierung und das militärische Vorgehen, so befürchtet der WPCC, wird zu weiteren Tausenden von Morden an indigenen Papuas führen und hat bereits zu

Binnenvertreibungen geführt und kritisches politisches Denken in Papua zerstört.

Der WPCC fordert Präsident Jokowi auf, sein Versprechen zu erfüllen, sich mit der ULMWP (United Liberation Movement for West Papua) zu treffen. Während die indonesische Regierung die Rechte der Palästinenser und der Rohingyas unterstütze, bezeichne sie die OPM als terroristische Gruppe, obwohl die OPM keine Kirchen, Einkaufszentren oder Bahnhöfe angegriffen habe. Der WPCC weist darauf hin, dass es keine Beweise dafür gebe, dass die OPM solche Angriffe verübe und warnt vor dem Risiko, dass solche Angriffe in Zukunft sogar von indonesischen Sicherheitskräften verursacht werden könnten, um dann fälschlicherweise der TPN-PB-OPM die Schuld zu geben und ein internationales Monitoring der Menschenrechtssituation in Westpapua zu verhindern.

In einem offenen Brief an den Gouverneur der Provinz Papua fragt der WPCC den Gouverneur, ob das Parlament an der Entscheidung beteiligt war, neue Militäreinrichtungen zu bauen, die OPM als terroristische Organisation zu bezeichnen und ob er den Leiter der Provinzpolizei für die von ihr begangenen Übergriffe zur Verantwortung gezogen habe. Die WPCC-Mitglieder weisen auf Verstöße gegen papuanische Institutionen wie dem MRP (Volksrat der Provinz Papua) hin und stellen die Pläne für ein Autonomie-plus-Konzept in Frage.

Namentlich unterzeichnet wurde der offene Brief von Benny Giay, Andrius Mofu, Dorman Wandikmbo und Socrates Yoman.

Hier geht es zum englischsprachigen offenen Brief:

https://www.humanrightspapua.org/images/docs/WPCC_Open_Letter_Pres_Jokowi_May2021.pdf

(Westpapua-Netzwerk online 19.05.21)

Erste öffentliche Speisekammer eingerichtet

Timor-Leste: Als Konsequenz aus den verheerenden Überflutungen in Folge des tropischen Wirbelsturms *Seroja* am 4. April mit 37 Toten,

rund 70 Vermissten und mehr als 4.300 Vertriebenen hat im Stadtteil Bairro Farol in Dili die erste „öffentliche Speisekammer“ („community pantry“) eröffnet. Dies sind Sammel- und Ausgabestellen für Lebensmittel und Gebrauchsgüter, ähnlich dem System der „Tafeln“ in Deutschland.

Die Idee einer solchen öffentlichen Ausgabe („bayanihan“) stammt von einer philippinischen Geschäftsfrau aus Quezon City. Inzwischen gibt es bereits 350 solch öffentlicher Lebensmittelausgaben auf den Philippinen. Dabei befinden sich die gespendeten Lebensmittel nicht unbedingt in Räumlichkeiten, sondern stehen oft einfach so „zur Mitnahme“ an Ständen am Straßenrand. Es gibt auch nicht unbedingt Personal, das die Waren ausgibt, sondern bedürftige Personen sollen aus Verantwortungsgefühl gegenüber anderen nur so viel mitnehmen, wie sie zum persönlichen Überleben benötigen.

Der Vize-Konzul der philippinischen Botschaft in Dili hatte die Idee aus den Philippinen übernommen und war unter timoresischen Diplomaten und Politikern auf „Spendenfang“ gegangen. Nach einem langen Lockdown wegen der Corona-Pandemie und den Überflutungen im April seien viele Ost-Timoresen buchstäblich in ihrer Existenz bedroht. Sie litten Hunger und seien von der kostenlosen Ausgabe von Nahrungsmitteln sowie von Hygieneprodukten abhängig, vor allem in den Gebieten, in denen der Wirbelsturm starke Schäden angerichtet hatte, so Vize-Konsul Laser Sumagaysay. (*Inquirer.net* 22.04.21, <https://www.rappler.com/world/asia-pacific/east-timor-volunteers-open-community-pantry>)

AUSTRALIEN

Französische U-Boote für Australien

Der französische Schiffbauer *Naval Group* (ehemals DCNS) wird den Vertrag zur Lieferung französischer U-Boote an Australien erfüllen und

visiert sogar eine schnellere Abwicklung an. Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron sagte dem australischen Premierminister Scott Morrison bei einem Besuch im Élysée-Palast in Paris am 15. Juni 2021 seine volle Unterstützung bei der Abwicklung des Geschäftes zu.

Der Großauftrag zum Bau von 12 konventionell angetriebenen U-Booten für die australische Marine im Wert von 56 Milliarden Euro ist eine industrielle Herausforderung, die eine permanente Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen französischen und australischen Herstellern erfordert. Der *Naval Group*, die die Boote im australischen Adelaide bauen lässt, wurden Budgetüberschreitungen und Verzögerungen vorgeworfen. Der französische Konzern verteidigte sich.

Die Fortführung des Projekts ist ein sensibles Thema für die australische Innenpolitik, zu der noch die heikle Frage des Technologietransfers bei dieser Art von Verträgen und der geopolitische Kontext der indo-pazifischen Zone hinzukommt. Australien ist mit wachsendem militärischen Druck durch die chinesische Marine und der Bedrohung durch ballistische Raketen konfrontiert. Der indo-pazifische Raum und Chinas hegemoniale Ambitionen sind zu einer der strategischen Prioritäten Frankreichs unter Präsident Macron geworden, der jegliche Zwangsmaßnahmen wirtschaftlicher Natur gegen Australien und Verletzungen des Völkerrechts entschieden kritisiert. Die Kritik bezieht sich auf die jüngsten Episoden wachsender Spannungen zwischen Australien und China.

Premierminister Morrison wollte in Europa, um an dem jüngsten G7-Gipfel in Cornwall teilzunehmen. Im Anschluss trafen sich Macron und der australische Premierminister zu einem Arbeitessen. Morrison dankte Präsident Macron für die französische Unterstützung in diesen „schwierigen Zeiten“ im Indo-Pazifik und lobte insbesondere seine „Führungsrolle“ in Klimafragen.

(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Prof. Dr. Matthias Kowasch. *Calédonie 1ière* <https://la1ere.francetvinfo.fr>, 17.06.21, Alain Jeannin mit AFP 17.06.21)

UNICEF lobt Hilfe von Kreuzfahrtanbieter

Das australische Regionalbüro des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) hat sich bei Sture Myrmell, dem Präsidenten des Kreuzfahrtanbieters *P&O Cruises Australia*, für die kontinuierliche finanzielle Unterstützung bedankt.

P & O unterhält ein eigenes Wohltätigkeitsprogramm in Papua-Neuguinea namens *P & O Pacific Partnership*. Australische Kreuzfahrttourist*innen können freiwillig einen australischen Dollar pro Fahrt spenden, dieses Geld fließt dann in das UNICEF-Projekt „*Saving Lives-Spreading Smiles*“ in den Provinzen Western Highlands und Milne Bay in Papua-Neuguinea.

Das Geld kommt Müttern und Säuglingen zu Gute, da es um die Gesundheitsfürsorge für Säuglinge und um die Schwangerenvorsorge in PNG schlecht bestellt ist. Jährlich sterben 6.000 Babys vor Vollendung des sechsten Lebensmonats an Krankheiten, die mittels Hygiene verhindert hätten werden können.

Kreuzfahrt Direktor Myrmell sagte, man fiebere dem Ende der Pandemie entgegen, um den Tourismus in die entsprechenden Regionen in Papua-Neuguinea wieder aufnehmen zu können. Die Menschen dort lägen der Kreuzfahrtgesellschaft aufgrund der häufigen Stopps sehr am Herzen. Mit der Geldspende könnten sich die Passagiere an Bord der Schiffe erkenntlich zeigen für die Gastfreundschaft, die ihnen die Menschen bei ihren Stopps entgegenbrächten, erläuterte Myrmell.

Info: P & O Cruises ist eine Marke des britisch-amerikanischen Kreuzfahrtunternehmens *Carnival Corporation & plc* für Kreuzfahrten im englischsprachigen Markt. Markenzeichen ist der Schriftzug P&O, in Anlehnung an die Herkunft aus der ehemaligen *Peninsular and Oriental Steam Navigation Company*. Das Kreuzfahrtunternehmen hat seine Fahrten von Australien aus bis zum 17. September 2021 eingestellt und nimmt danach mit nur wenigen Fahrten den Betrieb wieder auf. (www.seatrade-cruise.com 10.05.21, <https://www.pocruises.com.au/destinations/papua-new-guinea/papua-new-guinea>)

Australien fördert Zugang zu Elektrizität

Die Regierung der Salomonen hat Mitte Juni ein historisches Abkommen mit der australischen Regierung im Rahmen der *Australian Infrastructure Financing Facility for the Pacific* (AIFFP) unterzeichnet.

Australien finanziert den Bau eines 22 km langen Übertragungssystems, um die vom *Tina River Hydropower Project* erzeugte erneuerbare Energie in die Hauptstadt Honiara zu liefern. Dies ist ein Teil der Investition von fast 60 Millionen Dollar in Energieprojekte auf den Salomonen. Das Tina River Wasserkraftwerk liegt rund 20 Kilometer südöstlich der Hauptstadt nahe des internationalen Flughafens Henderson.

Ziel der australischen Förderung ist es, den Bewohner*innen der Salomonen einen verbesserten und zuverlässigeren Zugang zu Elektrizität zu ermöglichen.

Die erzeugte erneuerbare Energie soll es den Salomonen auch ermöglichen, 100 % ihrer internationalen Verpflichtung zur Emissionsreduzierung im Rahmen des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen.

Die australische Außen- und Frauenministerin, Senatorin Marise Payne, sagte, dass das Abkommen ein wichtiger Beitrag zur wirtschaftlichen Erholung der Region nach der COVID-19-Pandemie sei. *„Australiens Unterstützung wird nicht nur in der Bauphase lokale Arbeitsplätze schaffen, sondern auch längerfristige Chancen für die Menschen auf den Salomonen“*, erklärte sie. (<https://www.tina-hydro.com/>, <https://www.miragenews.com/supporting-reliable-electricity-for-solomon-578687/>)

SPORT

[Die Artikel in dieser Rubrik sind von Jakob Holland, FSJ'ler bei Mission EineWelt und in der Pazifik-Infostelle.]

Jane Nicholas tritt bei Olympia an

Cook-Inseln: Jane Nicholas wird 2021 an den Olympischen Sommerspielen 2020 in Tokio teilnehmen. Diese finden voraussichtlich vom 23. Juli bis zum 08. August 2021 statt.

Dabei wird sie die Cook-Islands im Kanuslalom vertreten und führt damit die Familientradition fort. Sowohl ihre Schwester als auch ihr Bruder vertraten ihr Heimatland bereits bei den Olympischen Spielen im Kanuslalom. Damals vertrat Jane ihre Zweitheimat Neuseeland. Dann begann ihre Schwester eine berufliche Karriere als Allgemeinmedizinerin. Somit wurde ein Platz frei und Jane Nicholas gelang es, sich 2019 für die ursprünglich vom 24. Juli bis zum 09. August 2020 stattfindenden Spiele in Japan zu qualifizieren.

„Ich bin Bürgerin der Cook-Iseln. Ich bin eine Cook-Insulanerin. Es ist meine Heimat“, erklärte die Sportlerin.

Neben den sportlichen Gemeinsamkeiten verbindet die Geschwister auch der Beruf. Wie ihr Bruder macht die 28-jährige eine Ausbildung zur orthopädischen Chirurgin und wird nach ihrer Karriere als Profisportlerin genau wie ihre Schwester einen medizinischen Beruf ergreifen.

Mit zwölf Jahren lernte sie in Neuseeland Kajakfahren, als die Familie ihren Bruder bei einem Rennen begleitete. Jane und ihre Schwester Ella fanden daraufhin auch Gefallen an dem Sport. Seitdem werden sie von ihrer Mutter Sue trainiert.

Diese ist nicht nur sehr stolz auf ihre Töchter, sondern auch auf ihr Land: *„Es ist das erste Mal, dass wir sowohl zwei Männer- als auch Frauenklassen an den Start bringen.“*

Sue wird ihre Tochter Jane nach Tokio begleiten. Für dieses teure Unterfangen sammelt sie noch

Spenden.

(<https://www.cookislandsnews.com/uncategorized/internal/features/weekend/a-family-of-kayakers/>)

Dorfwettkampf ist großer Erfolg

Cook-Inseln: Ein entschlossenes Arorangi (Arorangi ist einer der fünf Bezirke der Insel Rarotonga) kämpfte hart, um den Kumete-Pokal nach einer brillanten Leistung im jährlichen Wettbewerb im Nationalstadion in Nikao zurückzuerobern.

Athletics Cook Islands zeigte sich erfreut über die Teilnahme und den Wettkampfgeist der Bewohner*innen der Dörfer, die am diesjährigen *Kumete Athletics Day* teilgenommen hatten.

Der ganztägige Wettbewerb umfasste eine Reihe von Leichtathletikwettbewerben für Kinder unter 5 Jahren bis hin zu erwachsenen Spitzensportler*innen.

Leichtathletik-Verbands-Sekretärin Ruth Tangiaua Mave sagte: *„Letztes Jahr, als der Sport und das Stadion wegen der Bedrohung durch die Covid-19-Pandemie gesperrt waren, wurde die traditionelle Veranstaltung des Kumete Athletics Day am Montag, dem Geburtstag der Königin, später im Monat abgehalten, nachdem die Einschränkungen aufgehoben wurden. Die Leute, die sich gerne bewegen wollten, strömten ins Stadion zu einem familienfreundlichen Event mit Rennen, Springen und Werfen, bei dem der riesige hölzerne Kumete-Pokal zum ersten Mal seit einigen Jahren die Hände des Titelverteidigers Arorangi verließ, dank einer starken und mutigen Leistung von Avatiu.“*

Mave sagte, dass Arorangi entschlossen war, den Pokal zurückzuerobern, ebenso wie Avatiu, die alles dafür gaben, ihren Titel zu verteidigen.

Arorangi holte sich den Kumete Cup mit 512 Punkten zurück, dicht gefolgt von Avatiu mit 489 Punkten. Tupapa erreichte mit 233 Punkten den dritten Platz, gefolgt von Titika-veka (32) und Ngatangia (20).

„Der Tag war perfekt, um Rennen zu fahren und eine Familientradition zu teilen. Die Organisatoren des Leichtathletik-Verbandes haben die

Veranstaltungen angepasst, um mehr Mitmach-Events anzubieten, die Spaß und Spannung für alle Altersgruppen bieten", erklärte Mave. Bei der Kinderleichtathletik gab es für Kinder unter 5 bis 12 Jahren lustige Sprintstarts aus dem Sitzen und Liegen, Reifenwerfen über Stangen, Hüpfen, Stufenspringen und Scherensprünge in die Sandgruben.

Anstatt die Athleten zu begrenzen, bekam jeder einen Teilnahmepunkt und man ermöglichte die Einbeziehung von Athleten der Stiftungen Downsyndrom und Autismus, „weil das Gewinnen für diese Altersgruppe nicht im Vordergrund stand.“, sagte sie.

Die Wettkämpfe waren hart umkämpft, wobei einige aufstrebende Sekundarschüler nahe daran waren, sich für den Wettbewerb der neuseeländischen Sekundarschulen im Dezember zu qualifizieren.

„Der Spaß und das Lachen der Neuzugänge im Programm, der Mutter-Tochter- und Vater-Sohn-Staffel, waren beeindruckend zu beobachten.“, schilderte Mave ihre Eindrücke von dem Sportfest.

Sowohl Arorangi als auch Avatiu hatten Zahlen und Talent auf ihrer Seite und liefen den ganzen Tag über ein enges Kopf-an-Kopf-Rennen.

Am Ende waren es die Punkte aus dem am Samstag ausgetragenen Kumete Cycle Race (29), die den Spieß umdrehten und Arorangi knapp vor Avatiu brachten.

Mave sagte: „Die Verteidiger waren gnädig bei der Rückgabe der Trophäe und Arorangi war dankbar und dankbar für all die Freiwilligen und Familien, die gekommen waren, um Unterstützung zu geben, aber auch um den 'Holzklotz' zurückzugewinnen. Glückwünsche gehen an alle, die an diesem Tag für ihr Dorf angetreten sind, und an die Dorfmanager, die ihr Team während des Tages bei Laune gehalten haben.“

(<https://www.cookislandsnews.com/internal/sport/other-sports/arorangi-reclaim-the-log-of-wood/>)

(<https://www.cookislandsnews.com/internal/sport/other-sports/kumete-sports-on-queens-birthday-holiday/>)

Auftaktspiel bei den Oceania Sevens

Australien: Am 25. Juni 2021 findet das Auftaktspiel der Australischen Männer-Rugby-Nationalmannschaft gegen das Team aus Fidschi statt. Expert*innen beobachten das Spiel mit besonderer Begeisterung, da es das erste internationale Spiel der Olympiasieger seit Anfang 2020 ist. Die Männer-Rugby-Nationalmannschaft gewann 2016 die Olympischen Spiele in Rio im Finale gegen das Team aus Großbritannien mit 43 zu 7.

Danach folgt das Spiel des Weltmeisters Neuseeland gegen die Oceania Barbarians, bevor die Frauenmannschaften die Eröffnungsrunde abschließen.

Die australische Frauenmannschaft muss bis zum 26. Juni warten, bevor sie auf die Erzrivalen Kiwis trifft. Die Spielpläne spiegeln das olympische Format wider, so dass jedes Team zwei Spiele pro Tag (eines pro Session) bestreiten kann.

Alle Spiele werden vom 25. bis 27. Juni im Queensland Country Bank Stadium in Townsville (Australien) ausgetragen.

Es wird das erste Mal sein, dass die Männerteams seit den Vancouver Sevens im März 2020 im selben Turnier spielen, die Frauen traten zuletzt einen Monat zuvor in Sydney gegeneinander an.

Jedes Team wird sechs Spiele über den gesamten Wettbewerb hinweg bestreiten und dabei zweimal gegeneinander antreten.

Der Wettbewerb ist der letzte offizielle Wettkampf vor den Olympischen Spielen, die am 26. Juli in Tokio beginnen werden.

(<https://www.rugby.com.au/news/australia-set-for-blockbuster-opening-round-against-fiji-in-oceania-sevens-2021615>)

(<https://olympics.com/de/video/7er-rugby-team-beschert-fidschis-erstes-olympia-gold/>)

UC plant Forschungsinstitut mit Fokus auf Frauen, Vielfalt und Inklusion

Australien: Die University of Canberra (UC) plant die Gründung des weltweit ersten Forschungsinstituts für die Integrität im Sport, mit einem gezielten Fokus auf Frauen, Vielfalt und Inklusion.

Dieses Vorhaben kommt zur gleichen Zeit, in der Swimming Australia sein eigenes Gremium nur für Frauen ankündigte, um Missbrauchsvorfälle zu untersuchen.

Ein UC-Sportstrategiepapier, das von *The Ticket* eingesehen wurde, zeigt, dass eines der Ziele darin besteht, Beziehungen zu Sportverbänden aufzubauen, um „Sportkulturen zu entwickeln, die Leistung, Führung, Integrität, Fairness und Inklusion schätzen.“

Der Mangel an Frauen in Führungspositionen ist ein Dauerthema im Sport, ebenso wie die geringe Anzahl an weiblichen Trainern in der gesamten Sportlandschaft.

In den vergangenen fünf Jahren feierten Sportverbände wie *Swimming Australia*, *Basketball Australia* und *Sport Australia* die Ernennung ihrer ersten Frauen als CEOs, obwohl sie diese Positionen heute nicht mehr innehaben.

Im Fall von *Swimming Australia* und *Sport Australia* wurden die Frauen durch Männer ersetzt.

Der ehemalige CEO von *Swimming Australia*, Leigh Russell, twitterte diese Woche: „Ein System im Sport, das durch eine Gender-Linse überprüft werden muss, ist das föderale System. Es ist schlecht für Frauen. Eine erschreckende Anzahl von CEOs (seit 30 Jahren unverändert), Vorstände, die von denen gewählt werden, die ihre eigene Agenda verfolgen, Machtmissbrauch und Tyrannen, die sich in einem System verstecken dürfen, das funktioniert.“

Auch bei den Schwimmtrainer*innen auf der Elitestufe überwiegen die Männer, obwohl es an der Basis mehr Trainerinnen gibt.

Zahlen aus dem Jahr 2020 zeigen, dass von den 1.286 Trainern der Einsteigerebene 51 % Frauen waren. Diese Zahl halbiert sich auf der "fortgeschrittenen" Ebene, wo nur 24 % Frauen sind. In der höchsten Stufe, dem "Performance"-Niveau, waren nur 22 % Frauen - oder 13 von insgesamt 58.

Dr. Catherine Ordway von der UC, eine Assistenzprofessorin für Sportmanagement, die sich auf Integrität, Ethik und Führung konzentriert, sagte, die Vision der Organisation sei es, mit dem neuen

Institut die führende Universität in Bereichen wie Vielfalt und Inklusion zu werden.

(<https://www.abc.net.au/news/2021-06-16/canberra-university-plans-for-sports-integrity-hub/100221102>)

National Bank unterstützt Spitzensportler*innen

Samoa: Die *National Bank of Samoa* (NBS) unterstützt zukünftig finanziell das *Samoa Association of Sports and National Olympic Committee* (SASNOC). Das Geld soll in die Unterstützung von Spitzensportler*innen fließen, um diese bei der Qualifikation für die Teilnahme an sportlichen Großveranstaltungen zu fördern. Mit jährlich rund 13.300 € will die NBS die Athlet*innen fördern.

Diese Zusage samt erstem Scheck überreichte NBS-Geschäftsführer Sam Swann Mittel April dem SASNOC-Präsidenten Patrick Fepulea'i. Dieser erklärte, das Geld werde zur Vorbereitung der Olympischen Spiele in Tokio in diesem Jahr, den *Commonwealth Games 2022* in Birmingham sowie den *Pacific Games* auf den Salomonen 2023 dienen.

Zu den Olympischen Spielen in Tokio wird Samoa voraussichtlich acht Sportler*innen entsenden: Den Diskuswerfer Alex Rose, die Boxer*innen Marion Ah Tong und Ato Plodzicki-Faoagali, die Kayak-Fahrer*innen Clifton Tuva'a und Anne Cairns sowie den Segler Eroni Leilua. (Artikel von Julia Ratzmann. *Inside the Games* 10.04.21)

„TOK BILONG PASIFIK“

Miss-Titel aberkannt

Papua-Neuguinea: Die Ausrichter des pazifikweiten Schönheitswettbewerbs *Miss Pacific Islands* haben Lucy Maino nachträglich den Titel als „Miss Papua New Guinea“ aberkannt. Maino war 2019 bei der Misswahl zur schönsten Frau aus Papua-Neuguinea gekürt worden. Da bis dato wegen der Corona-

Pandemie kein neuer Schönheitswettbewerb stattfinden konnte, war Maino weiterhin als „Miss PNG“ im Amt und hatte diverse Verpflichtungen.

Jetzt wurde der 25-Jährigen ein Video auf der Internetplattform TikTok zum Verhängnis. Dort hatte die junge Frau einen Kurzfilm veröffentlicht, der sie tanzend in westlicher Kleidung zeigt. Auf diesen Post hin kam es zu einem *Shitstorm* im Netz. Die junge Frau lege ein unmoralisches westliches Verhalten an den Tag, hieß es dort. Das öffentliche Tanzen entspreche keinem Verhalten, das einer christlichen Nation angemessen sei, stand u.a. in den Kommentaren zum Video.

Als Reaktion auf die Hasskommentare im Netz einigte sich Maino mit dem Veranstalter des Schönheitswettbewerbs, ihren Miss-Titel zurückzugeben.

Die Aberkennung des Titels wiederum sorgte bei neuguineischen Frauenrechteaktivistinnen für Protest und Unmut. Vertreterinnen der Regionalabteilung der *UN Women* erklärten, Geschlechter-indizierte Gewalt sei Ausdruck von Ungleichheit und Diskriminierung. Männer dürften sich nicht anmaßen, darüber bestimmen zu können, wie Frauen sich in der Öffentlichkeit kleideten oder tanzten.

Die regionale Nichtregierungsorganisation „*Papua New Guinea Against Violence*“ zog ihre Unterstützung der Miss-Wahlen zurück.

Allan Bird, der Gouverneur der East Sepik Province und der Co-Vorsitzende der recht neuen „*Coalition of Parliamentarians against Gender-based violence*“, fragte provokant, welche Art von Gesellschaft sich über tanzende Frauen aufregte, wenn auf der anderen Seite Frauen Gefahr liefen, in Papua-Neuguinea als „Hexen“ gefoltert oder gar getötet zu werden.

Info: Lucy Maino spielt seit 2019 als Rechtsverteidigerin für die Frauen-Fußballnationalmannschaft von Papua-Neuguinea. (www.globalcitizen.org 09.04.21, *Wikipredia*)

Babygroßer Frosch entdeckt

Salomonen: Arbeiter eines Holzfräsbetriebs haben im Hinterland der Hauptstadt Honiara (Salomonen) bei der Jagd auf wildlebende Schweine einen Frosch in der Größe eines Säuglings entdeckt und fotografiert. Der Besitzer der Holzfabrik, Jimmy Hugo, postete das Foto auf Facebook und fragte die Internetgemeinde, ob sie schon jemals einen Frosch dieser Größe gesehen hätten.

Der auf den Salomonen forschende Biologe Dr. Patrick Pikacha identifizierte den Frosch als zur Gattung der *Cornufer guppyi* zählenden Art. Diese Art kommt im Pazifischen Ozean auf den Inseln des Bismarck-Archipels sowie auf den Salomonen vor und kann einen bis zu 30 cm langen Körper haben (plus Schenkel).

Info: *Cornufer Guppyi* ist eine Froschart aus der Familie der *Ceratobatrachidae*. Auf den Salomonen wird der große Frosch auch „bush chicken“ genannt. Er wird von den Einheimischen gejagt und verzehrt, da er ähnlich wie gebratenes Hähnchen schmeckt. Die auf den Salomonen lebenden Exemplare des Frosches sind vom Aussterben bedroht, wie Biologe Pikacha erläuterte. Die empfindliche Haut der Riesenfrösche wird durch Substanzen aus Waschmitteln, mit denen die Frauen ihre Wäsche in den Flüssen waschen, stark angegriffen. (*ABC News* 30.04.21, <https://www.iucnredlist.org/species/58256/150475801>)

Einwohner*innen trauern um Prinz Philip

Tanna/Vanuatu: Die Einwohner*innen der beiden Dörfer Yakel und Yaohnanen auf der zu Vanuatu gehörenden Insel Tanna haben kurz nach dem Tod des britischen Prinz Philip, Ehemann der britischen Königin Elisabeth II, mit der Durchführung traditioneller Trauer- und Beerdigungsrituale begonnen und eine offizielle Trauerzeit ausgerufen. Die Unionsflagge wurde auf Halbmast auf dem Gelände des Nakamals (traditioneller Versammlungsplatz) gehisst. Chief Yapa er-

klärte, man habe auch Kondolenzschreiben an das britische Königshaus auf den Weg gebracht. Noch sei es zu früh, sich für einen Nachfolger für die Verehrung von Prinz Philip zu entscheiden, erklärte der Chief. Der Ethnologe Kirk Huffman geht davon aus, dass die Verehrung von Philip auf seinen ältesten Sohn Charles übergeht, den potentiellen Thronfolger von Elisabeth.

In Bezug auf die britische Königin sagte Chief Jack Malia, dass sie als Dorfbewohner*innen, obwohl der Prinz tot sei, immer noch eine geistige Verbindung zur „Mutter“ der königlichen Familie hätten. Viele der Dorfbewohner*innen glaubten, dass, während der Körper des britischen Prinzen in englischer Erde ruhe, die Seele des Prinzen zu seiner „wahren spirituellen“ Heimat, der Insel Tanna, zurückkehren werde.

Prinz Philip (geboren am 10. Juni 1921 in Korfu, Griechenland) war am 9. April 2021 im Alter von 99 Jahren in Windsor Castle (England) verstorben. Philip hatte am 20. November 1947 die damalige Prinzessin und Thronfolgerin Elisabeth geheiratet.

Info: Die Ursprünge der so genannten „Prinz-Philip-Bewegung“ liegen in dem ersten Aufeinandertreffen der melanesischen Bevölkerung mit europäischen Siedlern, denen als Vertreter einer höher entwickelten Kultur übersinnliche Kräfte nachgesagt wurden. Seit den späten 1960er Jahren wurde Prinz Philip als lange zurück erwartete Inkarnation eines Berggeistes quasi wie ein Gott verehrt. Die Bewohner*innen beider Dörfer schickten Geschenke an das britische Königshaus, u.a. eine traditionelle Waffe, eine Nal-Nal-Keule, die zur Schweinejagd verwendet wird. Philip revanchierte sich mit einem Foto, in der er in einem Raum des Buckingham Palastes die Keule in den Händen hält sowie mit weiteren Fotos von sich in Marine- und Paradeuniform. Diese Fotos wurden in den Dörfern aufgestellt, gemeinsam mit Geschenken wie etwa Tonpfeifen, die Prinz Philip den Dorfbewohner*innen geschickt hatte.

(<https://de.wikipedia.org/wiki/Prinz-Philip-Bewegung>, BBC News 12.04.21)

87-Jährige graduiert als Ehrenabsolventin

Guam: Die 87-jährige Ana Acfalle Macek (Spitzname „Tan Ana“) hat am 11. Juni bei der Graduierungsfeier „Grad and Go“ der Absolvent*innen der *George Washington Oberschule* (High School) in Hagåtña ein Ehrendiplom erhalten. Sie war die älteste Absolventin der Oberschule, die das Abschlussdiplom erhielt - 80 Jahre, nachdem Macek in der angegliederten Grundschule der *George Washington High School* eingeschult worden war.

Macek wurde am 10. März 1934 in Piti an der Westküste von Guam geboren. Sie wuchs mit einem älteren Bruder bei ihrer alleinerziehenden Mutter auf. Bereits in der Grundschule entdeckten die japanischen Besatzer der Insel ihr Sprachtalent, sie rekrutierten Macek zwangsweise als Dolmetscherin für den Kontakt zu den Dorfbewohner*innen im besetzten Guam. Macek musste die Grundschule abbrechen und zukünftig den japanischen Besatzern für Übersetzungstätigkeiten zur Verfügung stehen. Dadurch entging die Familie den Grausamkeiten der japanischen Besatzer, obwohl Nahrung oft knapp war und die Familie sich bei Nachbarn durchschnorren musste. Im Alter von 10 Jahren wurde Ana mit ihrer Mutter und allen anderen Dorfbewohner*innen ins Dorf Yona bei Manenggon (Ostküste) zwangsumgesiedelt.

Nach der Befreiung Guams durch die Amerikaner wurde Ana als „Veräterin“ angesehen und konnte kaum mehr Fuß fassen in der Gesellschaft. Im Alter von 15 Jahren gebar sie einen unehelichen Sohn. 1961 heiratete Ana den US-amerikanischen Soldaten Robert Macek und zog mit ihm in die USA. Ihren Sohn ließ sie in Guam bei ihrer Mutter zurück. Nach der Pensionierung ihres Mannes aus der US Navy zog das Paar nach Guam zurück. In Anerkennung ihrer Leistungen als Vermittlerin zwischen den Japanern und der einheimischen Bevölkerung hatte der Bürgermeister in ihrem Wohnort Sinajana sie als „Ehrenabsolventin“ der High School vorgeschlagen.

Gemeinsam mit 237 Absolvent*innen wurde sie im Juni feierlich aus der Schule entlassen. Die Graduierungszeremonie wurde gebührend mit Familienangehörigen und Freunden gefeiert. (*Guam PDN 11.06.21, Facebook*)

IN MEMORIAM

† Marshall Sahlins 1930 - 2021

Am 5. April verstarb in Chicago (Illinois, USA) im Alter von 90 Jahren der US-amerikanische Ethnologe Marshall Sahlins, Ehemann von Barbara und Vater von Julie, Peter und Elaine.

Sahlins wurde am 27. Dezember 1930 in Chicago geboren. Seinen BA und MA erwarb er an der *University of Michigan*. 1954 promovierte er an der *Columbia University*. Er kehrte in den 1960er Jahren als Dozent an die *University of Michigan* zurück und wurde bei Protesten gegen den Vietnamkrieg politisch aktiv.

Während eines zweijährigen Aufenthaltes in Paris lernte Sahlins insbesondere die Arbeiten des französischen Strukturalisten Claude Lévi-Strauss kennen und erlebte die studentischen Proteste bei den Mai-Unruhen 1968. Ab 1973 lehrte Sahlins an der *University of Chicago* und ab Juni 1997 führte er den Titel des *Charles F. Grey Distinguished Service Professor of Anthropology Emeritus*. Er wurde 1976 in die *American Academy of Arts and Sciences*, 1991 in die *National Academy of Sciences* und 1998 in die *British Academy* gewählt.

Sahlins publizierte u.a. zu sozialer Stratifizierung in Polynesien (1958), zu Fidschi („*Moala. Culture and Nature on a Fijian Island*“, 1962) sowie zu Hawai'i („*Anahulu. The Anthropology of History in the Kingdom of Hawaii*“, 1992).

Ende der 1990er Jahre lieferte sich Sahlins eine Debatte mit Gananath Obeyesekere über die Details des Todes des britischen Kapitäns James Cook auf Hawai'i im Jahre

1779. Im Mittelpunkt der Kontroverse stand die Frage nach der Beurteilung der Rationalität indigener Völker. Obeyesekere bestand darauf, dass sie grundsätzlich genauso dächten wie Menschen aus der westlichen Welt und befürchtete, dass jede andere Einschätzung sie als „irrational“ oder „unzivilisiert“ einstufen würde. Sahlins hingegen sah die westliche Denkweise selbst kritisch und betonte, dass indigene Kulturen anders seien und dabei denen im Westen gleichwertig. (www.legacy.com, [Wikipedia](https://www.wikipedia.de), [ASAOnet online](https://www.asaonet.com))

† Meinhard Schuster 1930 - 2021

Am 4. März 2021 verstarb in Basel im Alter von 90 Jahren der deutsch-schweizerische Ethnologe Professor Dr. Meinhard Schuster. Der am 17. Mai 1931 als Sohn einer Lehrerfamilie im deutschen Offenbach geborene Schuster studierte nach seinem Abitur ab 1948 Ethnologie als Hauptfach sowie Kunstgeschichte und Klassische Archäologie als Nebenfächer an der Frankfurter Universität. Nach Feldforschungen bei den Yanomami (Brasilien) und in Venezuela promovierte er über die indonesische Kopffjagd, seine Dissertation basierte dabei auf reiner Literaturrecherche.

Ab 1961 wandte sich Schuster dem Pazifik zu und unternahm im Auftrag des Frankfurter *Städtischen Museums für Völkerkunde* zusammen mit Eike Haberland eine erste Expedition ins Sepik-Gebiet nach Papua-Neuguinea. Die Objekte von dieser Expedition befinden sich seit dieser Zeit im Frankfurter Museum. 1958 übernahm er die Assistentenstelle im Frankfurter Frobenius-Institut.

1965 wurde er Assistent in der Ozeanien-Abteilung am *Museum für Völkerkunde und Schweizerisches Museum für Volkskunde* (heute Museum der Kulturen) in Basel. Von Ende 1965 bis Anfang 1967 forschte er zusammen mit seiner Frau Gisela Schuster († 2012) und dem Baseler Studenten Christian Kaufmann in verschiedenen Gebieten am Mittleren und Oberen Sepik und seinen Nebenflüssen. 1967 wurde er Konservator der Ozeanien-Abteilung des Baseler Museums für

Völkerkunde und von 1968 bis 1969 leitete er das Museum als Stellvertreter des Museumsdirektors. 1968 habilitierte er in Basel mit einer Arbeit über die Makiritare, eine Gruppe Indigener im Grenzgebiet zwischen Brasilien und Venezuela. 1970 wurde er zum Nachfolger von Alfred Bühler und somit auch zum Ordinarius für Völkerkunde an der Universität Basel. Im Oktober 2000 wurde Schuster emeritiert; er lebte zuletzt in einem Altersheim in Basel.

(<https://zasb.unibas.ch/de/news/details/prof-dr-meinhard-schuster-1930-2021/>, Nachruf auf der Seite des Frobenius-Instituts Frankfurt)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

[Die Artikel in dieser Rubrik sind von Jakob Holland, FSJ'ler bei Mission EineWelt und in der Pazifik-Infostelle.]

AUS PAPUA-NEUGUINEA

ALLGEMEIN

Kritik am Bau des ersten Casinos in PNG

Pläne zum Bau von Papua-Neuguineas erstem Casino in Port Moresby haben die Kritik von Transparenz-Befürwortern und Experten ausgelöst, die sagen, dass die Industrie-Regulierungsbehörde des Landes ihre Unabhängigkeit mit dem Deal untergraben hat und befürchten, dass das Casino soziale Probleme verschlimmern könnte.

Der Vertrag zum Bau der 43 Millionen US-Dollar teuren Spielstätte wurde am 28. Mai von der *Paga Hill Development Corporation* und dem *National Gaming Control Board* (NGCB) unterzeichnet, was eine sofortige Verurteilung durch die internationale Nichtregierungsorganisation *Transparency International* zur Folge hatte.

„Sie [die NGCB] sind der Schiedsrichter, der für die Anwendung der Spielregeln verantwortlich ist; sie sollten nicht als Spieler auf dem Feld herumlaufen“, sagte der Vorstandsvorsitzende von *Transparency International PNG*, Peter Aitsi.

„Die weltweiten Erfahrungen mit Casinos legen nahe, dass die Wahrscheinlichkeit von Geldwäsche und unzulässiger politischer Einflussnahme steigt, wenn die Regulierungsbehörde schwach ist oder kompromittiert wird“, fügte er hinzu.

George Hallit, der Chief Operating Officer von Paga Hill, verteidigte die Pläne und sagte, dass das Casino direkt und indirekt tausende von Arbeitsplätzen schaffen würde. Er argumentierte auch, dass das Casino, zu dem ein Hotel, Einkaufszentren und Kinos gehören werden, Tourist*innen anziehen würde, da derzeit nur ein Drittel der Besuche in PNG mit dem Tourismus zusammenhängen.

„Es wird prognostiziert, dass Chinas wachsende Mittelschicht bis 2030 ein Viertel des gesamten internationalen Tourismus ausmachen wird. Achtzig Prozent der chinesischen Touristen, die zum ersten Mal ins Ausland reisen, besuchen ein Casino, und 90 Prozent der chinesischen Besucher in den USA besuchen Las Vegas“, sagte er.

Aber Paul Barker, Geschäftsführer des unabhängigen Thinktanks *Institute of National Affairs*, sagte, dass Papua-Neuguinea nicht über die soziale oder rechtliche Infrastruktur verfüge, um mit den Problemen umzugehen, die oft mit dem Glücksspiel einhergehen.

Die Einführung von Spielautomaten in PNG habe bereits eine "beträchtliche" soziale Auswirkung gehabt, da viele süchtig geworden seien und ihr begrenztes Einkommen in der Hoffnung auf große Gewinne vergeudeteten, immer mehr Schulden machten und oft nicht mehr in der Lage seien, ihre Familien zu ernähren, was dazu führe, dass Menschen ihre Arbeit und ihren Lebensunterhalt verlieren, sagte er.

„Casinos bringen es auf ein höheres Niveau. Unser großer Nachbar Australien hat einige der strengsten Regeln und verfügt über Kapazitäten, um seine Glücksspielindustrie zu managen, und sie haben auch starke Bildungs- und Sozialsysteme, dennoch hat Australien ein großes Problem mit Spielsucht, und den damit verbundenen schädlichen sozialen, familiären und wirtschaftlichen Folgen. PNG hat si-

cherlich nicht die Gesetze, Strafen, Regierungsführung, Bildung oder Wohlfahrtskapazitäten, die Australien hat, und es hat bereits ernsthafte Probleme mit Recht und Ordnung. Es sollte die Situation sicherlich nicht verschlimmern wollen und ein großes Casino zu haben, wird die Situation sicherlich verschlimmern“, so die ausführliche Stellungnahme.

Er wies auch darauf hin, dass Casinos oft zur Geldwäsche genutzt werden und argumentierte, dass es angesichts der weit verbreiteten Vorwürfe über schlechte Regierungsführung und Korruption in Papua-Neuguinea *„keine Möglichkeit gibt, dass das Land es sich leisten kann, diese zusätzliche Last der Genehmigung von Casino-Aktivitäten auf sich zu nehmen.“*

Die katholische Kirche, eine mächtige Stimme in dem überwiegend christlichen Land, hat sich ebenfalls gegen die Casino-Pläne ausgesprochen.

Priester Giorgio Licini von der Katholischen Bischofskonferenz Papua-Neuguineas sagte, es *„bricht uns das Herz, wenn wir sehen, was ausgegeben wird, um der Elite und den Privilegierten von außerhalb und innerhalb des Landes Unterhaltung zu bieten. Unsere jungen Leute in den Siedlungen und Dörfern spielen stattdessen Rugby auf improvisierten schlammigen Feldern voller Plastik und Müll. Und es werden keine anderen Einrichtungen für gesunde Unterhaltung und Freizeit gebaut, um sie von den Straßen fernzuhalten und ihnen die in ihrem Alter so notwendigen und sinnvollen Sozialisationsmöglichkeiten zu bieten.“*

Auch Bischof Dr. Jack Urame, leitender Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Papua-Neuguinea, kritisierte die Pläne zum Bau des Casinos: *„Ich bin mit der Genehmigung zum Bau eines Casinos in der Hauptstadt der Nation nicht einverstanden, da das Land genug soziale Probleme hat. Die Familieneinheiten zerfallen, die Kriminalität nimmt zu, die Armut betrifft viele Familien, die Arbeitslosigkeit steigt und die allgemeine Rechts- und Ordnungslage im Land sieht nicht mehr gut aus. So bleibt die Zukunft unseres Landes unge-*

wiss“, erklärte Bischof Urame.

Clemence Kanau, der Vorsitzende der NGCB, hält diese Vorwürfe für unbegründet. Er ist der Meinung, dass die Regulierungsbehörde *„an vorderster Front steht, um die Einhaltung von Vorschriften und Anforderungen zu gewährleisten“* und fügte hinzu, dass sie auch plant, *„Lotterie, Bingo, Online-Wetten und andere Glückspielaktivitäten einzuführen, um Einnahmen zu erzielen und wirtschaftliche Aktivitäten, Beschäftigung und andere Möglichkeiten anzuziehen. Es sind aufregende Zeiten für PNG nach dem durch Covid-19 verursachten Niedergang der Wirtschaft des Landes“,* sagte er.

(<https://www.theguardian.com/world/2021/jun/07/plans-to-build-papua-new-guinea-png-first-casino-trigger-fears-over-social-problems>, *The National* 08.06.21)

Zweitätiges Jugendfestival

Am letzten Maiwochenende fand in der evangelisch-lutherischen Gemeinde Namibung im Boana Distrikt (Morobe Provinz) ein zweitägiges Jugendfestival statt. Zu dem Kunst-, Musik- und Kulturfestival „Youths Christ in Culture“ hatten sich Jugendliche aus neun Dörfern getroffen, um beim gemeinsamen Musizieren und Tanzen Gott zu loben.

Der Boana-Distrikt ist bekannt für seine einzigartige Musik auf Kundu-Trommeln und Panflöten sowie für seine Bambus-Bands. Das Festival war organisiert worden von dem Programm „Christ in Culture“. Dies gehört zum so genannten „Five Star-Programm“ der Evangelisch-Lutherischen Kirche und soll mittels Musik, Tanz und Gesang Jugendliche zum Glauben bringen. (Mark Gabong auf Facebook 01.06.21)

Glenda Giles und die MAF

Glenda Giles ist eine Pionierin, Missionarin und treue Freundin der MAF (*Mission Aviation Fellowship*). Geboren in Neuseeland, begann Glenda ihren Einsatz für die Menschen in Papua-Neuguinea im Jahr 1967, als sie mit der Christlichen Brüdergemeine in eine abgelegene Region zog, um an der Bibelüber-

setzung zu arbeiten. Nachdem sie ein Neues Testament in einem lokalen Yuna-Dialekt fertiggestellt hatte, beschloss Glenda, ihren Schwerpunkt auf die Bildung zu legen.

1976 gründete sie eine High-School in Koroba in der bergigen Hela-Provinz, 1987 eine weitere in Margarima. Als Inspektorin für weiterführende Schulen eröffnete Glenda 1991 die Green River High-School und schließlich 2007 die Oksapmin High-School, beide in der nordwestlichen Sandaun-Provinz. Bei der Eröffnung dieser Schulen war Glenda vollständig von der MAF abhängig, denn das Flugzeug war die einzige Möglichkeit, wegzukommen.

Inzwischen ist sie weit über siebzig und wird liebevoll *„Miss Glenda“* genannt. Sie unterrichtet immer noch in Oksapmin und setzt sich mit großer Leidenschaft für die Ausbildung zukünftiger Generationen von Kindern vor Ort ein.

„Es treibt mir die Tränen in die Augen“, sagt Glenda, als sie über ihre langjährige Partnerschaft mit MAF nachdenkt. *„Ich bin der MAF so dankbar, dass sie unsere Papiere gebracht hat, damit diese Schüler ihre Prüfungen ablegen können“,* sagt sie und lächelt.

„Dies ist ein sehr abgelegener Ort, der einzige Weg hinein und hinaus ist mit dem Flugzeug“, erklärt Glenda. *„Alles, was wir nicht selbst vor Ort herstellen können, wird von MAF hergebracht. Wir sind sehr abhängig von MAF“,* sagt Glenda. *„Sie bringen unsere Post rein. Sie liefern das Essen für die Schüler. Wenn wir krank sind, bringen sie uns raus. Aber vor allem sind sie unsere Freunde. Sie sind Freunde der Schüler und Freunde der Lehrer. Sie unterstützen uns und nehmen Anteil an allem, was wir hier tun.“*

Diese Freundschaft ist deutlich zu sehen, und die Schüler bestätigen, wie sehr sie auf die kleinen Flugzeuge von MAF angewiesen sind.

Mit einer Schreibaufgabe mit dem Titel *„If Aeroplanes had never come“* (Wenn die Flugzeuge nie gekommen wären), hilft Glenda ihren Schülern, die Ankunft ihrer Prüfungsunterlagen mit Nachdenklichkeit und Dankbarkeit zu erwarten.

„Wenn die Flugzeuge nie in mein Tal gekommen wären, würden mei-

ne Familie, mein Clan und ich im finsternen Mittelalter leben, ohne einen einzigen Schimmer von Licht", schreibt Nasep.

„Wären die Flugzeuge nicht gekommen, könnten die meisten Menschen kein Geld verdienen. Die MAF bringt Fracht herein, transportiert Kranke und holt das Gemüse ab, das wir in andere Orte schicken. Es bringt auch Pastoren her!“, schwärmt Glen.

„Ohne das Flugzeug“, schreibt Gondo, „hätten die Menschen keine medizinische Hilfe, keine Kirche und keine Schule. Die Menschen wüssten vielleicht nicht einmal, wer Gott ist. Wir sagen Danke an MAF, weil das Flugzeug kam und uns all das gebracht hat.“

Wie so viele Schulen in ganz PNG ist auch die Okspamin High-School unterbesetzt, überfüllt und hat nur minimale Ressourcen. Dennoch übertreffen viele der 120 Schüler die Leistungen anderer Schulen.

„Aber“, so Glenda, „ich kann sagen, wenn es die MAF nicht gäbe, wären wir gar nicht hier. Und diese Kinder würden nicht die Bildung bekommen, die sie verdienen.“

(<https://news.pngfacts.com/2021/06/a-mother-to-nation.html>)

RÖM.-KATH. KIRCHE

Roche fordert Evangelisierung

1976 zählte die katholische Kirche in Papua-Neuguinea 619.814 Anhänger*innen. Das waren etwa 29,8 Prozent der Gesamtbevölkerung. Rund alle zehn Jahre wird die Religionszugehörigkeit in Papua-Neuguinea erfasst. 2021 ist es wieder soweit. Prognosen gehen davon aus, dass nur noch 25,7 % aller Einwohner*innen Mitglied der katholischen Kirche sind.

Deshalb fordert Victor Roche von der Katholischen Bischofskonferenz in Papua-Neuguinea und auf den Salomonen die Katholik*innen zu etwas eher Ungewöhnlichem auf: Evangelisierung. Was normalerweise mit protestantischen oder evangelikalen Kirchen assoziiert wird, soll gerade der katholischen Kirche in Papua-Neuguinea wieder neue Mitglieder bringen.

Seiner Meinung nach unterschätzen zu viele Katholik*innen und Leiter*innen der Kirche die Situation. Gerade die jungen Menschen konvertieren immer öfter in andere Kirchen. Deshalb fordert Victor Roche den Ausbau der Jugendarbeit, um Menschen vom jungen Alter an an die katholische Kirche zu binden und die frühe Begegnung mit Jesus zu ermöglichen. Auch die Verantwortung der Familien müsse mehr in den Vordergrund gerückt werden. Durch regelmäßige Gebete und das Vorleben des Christseins könne die Kirche neue Anhänger*innen gewinnen und der Glaube gestärkt werden.

Diese Forderungen stützt eine von Februar 2020 bis Mai 2021 durchgeführte Umfrage. 450 Priester, kirchliche Mitarbeitende und Laien wurden zu Wegen aus der Krise befragt. Neben den schon von Roche geforderten Lösungsansätzen sahen sie es auch als wichtig an, Katholik*innen aus ihrer „comfort-zone“ heraus zu bringen. Wie auch von Victor Roche festgestellt, ist es für Katholik*innen nicht selbstverständlich, ihren Glauben nach außen zu tragen. (*Catholic Reporter-June 2021-Issue 186-Page 2*)

Earth gRACE 2021

Im Juni 2020 wurde die zweite Enzyklika des Papstes Franziskus fünf Jahre alt. Das wurde von der katholischen Kirche in Papua-Neuguinea mit der Aktion „Earth gRACE 2021“ gefeiert. In der päpstlichen Schrift fordert Franziskus einen bewussteren und verantwortungsvolleren Umgang mit Gottes Schöpfung.

Die in vielen Diözesen und Pfarreien stattfindenden Aktivitäten wurden von der „Don Bosco Green Alliance“ organisiert. Junge Christ*innen konnten sich unabhängig von Herkunft und Nation kennenlernen und sowohl in körperlich als auch geistig fordernden Aktionen spielerisch einen nachhaltigeren Umgang mit der Umwelt erlernen.

Am Ende der Kampagne stellten alle Teilnehmenden gemeinsam fünf einfache Werkzeuge auf, Andere und sich selbst für die Bewahrung

der Schöpfung zu begeistern: teilen, für einander sorgen, denken, schaffen, engagieren.

Das Teilen bedeutet Weitergeben der Gnade Gottes und das Teilen des gemeinsamen Planeten. Die Fürsorge tragen wir Menschen für die Erde, die unsere Quelle für Nahrung und vieles mehr ist. Und so wurden auch für die anderen Schlagworte kurze Sätze zur Erläuterung verfasst.

Über allem steht aber die Verantwortung, welche der Menschheit von Gott auferlegt wurde. Die Verantwortung für den Planeten Erde, seine Schöpfung. (*Catholic Reporter-June 2021-Issue 186-Page 2*)

Medientraining in Rabaul

Das Informations- und Kommunikationsbüro der katholischen Erzdiözese von Rabaul veranstaltete am 12. Mai 2021 ein dreitägiges Medientraining für das Personal der Kirche. Der Teamleiter des Büros, Trevor Pasma, brachte den Teilnehmer*innen die Grundlagen des Schreibens und Redigierens von Nachrichtenartikeln, der Fotografie und der Techniken zu Audioaufnahmen bei. Dies soll es den Pfarreien ermöglichen, qualitativ besser mit den Gläubigen zu kommunizieren. (*Catholic Reporter-June 2021-Issue 186-Page 2*)

Catholic Professionals Society beklagt die Gewalt im Land

Die *Catholic Professionals Society* (CPS) mit Sitz in Port Moresby beklagt den drastischen Anstieg der Gewaltdelikte im Land. Anlass zu diesem Statement im *Catholic Reporter* ist ein im Internet kursierendes Video, auf dem zwei Personen eine unbewaffnete Person jagen und sie anschließend auf brutalste Weise ermorden.

Paul Harricknen, der Präsident der CPS, verurteilt dieses Verhalten als „*Missachtung des Lebens und der Würde dieser Person. Wir sehen, wie unsere Hauptstadt Port Moresby an Mörder*innen verfüttert wird. Es gibt keinen Weg, dies anders zu beschreiben.*“

Auch die Unruhen in Alotau in der Milne Bay Provinz seien für ihn ein Beleg seines Fazits. Ende April stürmten Hooligans und Schläger eine Polizeikaserne, nachdem sie die Geschäfte in der Stadt geplündert hatten.

In dieser Provinz brachen Jugendliche in das Haus eines katholischen Priesters ein und stahlen ihm fast sein ganzes Hab und Gut, sogar die Küchenutensilien.

„Des Weiteren habe ich auch von einem Vater gehört, der seine Tochter vergewaltigt hat sowie von einem brutalen Doppelmord an Söhnen durch ihren eigenen Vater in Morata. Außerdem gibt es noch diese vielen sinnlosen Gewalttaten und Morde, die mich mit viel Scham und Entsetzen über dieses Land erfüllen,“ so Paul Harricknen gegenüber dem *Catholic Reporter*.

Eine Lösung dieser Probleme sieht die *Catholic Professionals Society* darin, den Polizeikommissar von den Pflichten als Aufseher der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie zu befreien. Er solle sich wieder mehr auf die alltägliche Gewalt konzentrieren und diese effektiver verhindern.

(Catholic Reporter-May 2021-Issue185-Page 1)

Neuer Bischof ernannt

Papst Franziskus hat am 13. Mai Priester Siby Mathew Peedikayil zum neuen Bischof in der Diözese Aitape in Papua-Neuguinea ernannt. Der 50-jährige Priester war bisher als Generalvikar der Diözese Vanimo in PNG tätig. Er tritt die Nachfolge von Bischof Otto Separy an.

Pater Siby Mathew Peedikayil, wurde am 6. Dezember 1970 in Meloram, im südindischen Bundesstaat Kerala, geboren. Seine schulische und religiöse Ausbildung erhielt er in Indien, wo er 1996 am Saint Albert's College in Ranchi den Magistertitel in Theologie und 1999 den B.A.-Abschluss erwarb. Nach seiner Priesterweihe am 1. Februar 1995 wurde ihm die Leitung der geistlichen Ausbildung und die Prokura des Saint Joseph's Major Seminary in Andhra Pradesh, Indien, übertragen (1996-1997).

Im Jahr 1998 wurde er als Missionar nach Vanimo in Papua-Neuguinea entsandt, wo er zunächst als Rektor des *Saint John Vianney Minor Seminary* (1998 - 2003) tätig war. Von 1999 bis 2004 war er auch Dozent am St. *Charles Borromeo Major Seminar*. Später diente er als Generalvikar der Diözese Vanimo (2003 - 2004) und dann als Rektor des *Saint Joseph's Major Seminary* und Pfarrer der Pfarrei Pallegudem in Khammam, Indien, von 2004 bis 2008.

Im Jahr 2008 wurde P. Peedikayil zum Provinzoberen der St. Paul-Provinz des Ordens „Herolds of the Good News“ in Indien ernannt, bis er 2014 zum Pfarrer der Pfarrei St. Bruno in der Diözese Vanimo in Papua-Neuguinea berufen wurde. Er diente auch als bischöflicher Vikar für Seelsorge und als Mitglied des Kollegiums der Konsultoren. Im Jahr 2015 wurde er Professor am *St. Charles Borromeo Major Seminar* und erneut von 2018 bis jetzt.

Seit 2014 ist P. Peedikayil Generalvikar der Diözese Vanimo. Pater Peedikayil ist der sechste Bischof von Aitape.

(<https://www.vaticannews.va/en/pope/news/2021-05/pope-francis-png-appointment-bishop-aitape-peedikay.html>)

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten: Jakob Holland (Jakob.Holland@Mission-EineWelt.de)

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik.
Evangelische Bank
IBAN: DE12520604100001011111
BIC: GENODEF1EK1

Quellen:

ABC • Australien Info • Contemporary Pacific • Cook Islands News • Fiji Times • Loop Pacific • National • Neuseeland Info • Noovell • Pacific Islands Business • PNG Mine Watch • Pacific Beat • Pacific Daily News • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand International • Solomon Islands Broadcasting • Association • Tahiti Info • Wantok • Westpapua Netzwerk •

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSTELLE

und
Mission
EineWelt

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neundettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de